

Hetzewelle in Israel

Rechtsextreme Minister wollen „ganz Gaza“ einnehmen. Ben-Gvir plädiert für tägliche Tötung von Palästinensern, die es nicht verdient hätten zu leben. Einige seien „nicht einmal Menschen“. Sogar CDU-Politiker fordern entsetzt Sanktionen

2



„Einfach einen nach dem anderen töten“: Der israelische Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir bei einer Veranstaltung seiner rechtsextremen Regierungspartei Otzma Jehudit Foto: Oren Ziv/ap

VERBOTEN

Guten Tag, meine Damen und Herren!

Nach Venezuela, Kuba, Grönland und Iran droht Donald Trump jetzt auch noch dem friedlichsten Vermittler im Nahen Osten mit US-Angriffen. „Wenn uns Oman im Weg steht, werden wir ihn in Grund und Boden bomben.“

O man!

Kommentar von **Pauline Jäckels** zu den deutschen Reaktionen auf die Aussage von Ben-Gvir

Taktische Empörung

Von der einst so hitzig geführten Nahostdebatte in Deutschland sind – fast drei Jahre nach dem Hamas-Massaker und dem Genozid, der folgte – bloß noch ihre Umrisse übrig. Wer Israels Politik schon vorher ablehnte, tut das weiter – heute nur verbitterter als damals. Dem Lager der Israelkritiker haben sich zwar im Laufe der täglich offengelegten Gewaltabgründe etliche Menschen angeschlossen – sie haben sich inzwischen aber größtenteils wieder zurückgezogen. Die, die viel zu spät gemerkt haben, dass sie etwas hätten sagen müssen, sind irgendwie froh, wieder ungestört weiterschweigen zu können. Und die Hardcore-Fans der israelischen Regierung bleiben ihrer menschenverachtenden Haltung treu.

Der Kampf ist vorerst ausgekämpft, und wer ihn gewonnen hat, ist klar. Die geopolitischen Interessen der Bundesregierung wogen stärker als die

Meinung der Mehrheit. Deshalb hat sich an der deutschen Israelpolitik absolut nichts verändert. Und obwohl die israelische Gewalt nie aufgehört hat, redet kaum noch jemand darüber.

Doch etwa alle sechs Wochen löst irgendeine Aussage eines israelischen Politikers noch einmal eine kurze Empörungswelle aus. Diesmal ist es der rechtsextreme Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir, der forderte, dass pro Nacht 30 bis 40 Palästinenser in Gaza sterben sollten. Dann tun selbst die treuesten Freunde der israelischen Regierung auf einmal ihre Entrüstung kund. Wie etwa der CDU-Außenpolitiker Jürgen Hardt, der die Aussage menschenverachtend nennt und EU-Sanktionen gegen den Minister fordert.

Auf den ersten Blick ist es schleierhaft, warum es genau diese Forderungen sind, die plötzlich für so viel Furore sorgen. Denn erstens tötet die israelische Armee jeden Tag Menschen in Gaza, im

Westjordanland oder in Libanon. Zweitens war Ben-Gvir schon immer so offen rechtsextrem. Und drittens ist der Minister mit seiner Haltung bei Weitem keine Ausnahme – sie ist schon lange Teil des israelischen Mainstreams.

Doch diese selektive Empörung hat einen Zweck. Zum einen lenkt sie von der permanenten und von der gesamten israelischen Regierung mitgetragenen Gewalt ab. Und so auch davon, dass CDU, CSU und SPD diese die ganze Zeit über weiter mit Waffenexporten und einer Blockade von EU-Handelssanktionen unterstützen. Außerdem ermöglicht die Sanktionsforderung gegen Ben-Gvir, so zu tun, als würde man etwas tun, ohne etwas zu tun. Damit würde sich weder an Israels Vorgehen in Gaza, im Westjordanland und in Südlibanon maßgeblich etwas ändern – noch gefährdet sie die deutsch-israelischen Beziehungen. Es sind sogenannte Low-Hanging Fruits.

Ernte 26

Bauernverband beklagt Verluste und will Hilfe. Wie wär's mit Klimaschutz? 3, 12

26.000

GenossInnen ermöglichen die taz, indem sie in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder unter 030 | 25 90 22 13



Foto: Darko Vojnovic/AP/epa

Schöne blaue Donau immer seichter

Wracks und Wehrmacht-Motorräder: Was alles bei Niedrigwasser auftaucht 4–5

Nord-Süd-Kabel

Stromnetzausbau leider schwierig: Ein Besuch auf deutschen Baustellen 9

„Spiegel“ doch nicht ganz verkehrt

Eine Replik auf die Kritik an dem Titelbild mit AfD-Kandidat Siegmund 13



Foto: Mubi

„Ein sexy queerer Film ist ein Akt des Widerstands“

Regisseurin Schoenbrun über ihren Film „Teenage Sex and Death at Camp Miasma“ 15



Die Grüne **Constanze Oehrich** muss vor der Meck-Pomm-Wahl die Reißleine ziehen

Für die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern geht es bei der Landtagswahl am 20. September um jede Stimme. Manche Umfragen sehen sie bei 5 Prozent, andere darunter. Was der Landesverband in der Situation nicht gebrauchen kann, sind interne Querelen. Doch genau damit macht die Partei im Nordosten nun Schlagzeilen – schon wieder.

Nur wenige Wochen vor der Wahl schmeißt die Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Schweriner Landtag, Constanze Oehrich, hin. Sie habe sich entschieden, das Amt mit sofortiger Wirkung niederzulegen, teilte die 51-Jährige am Montag mit. Auslöser sind zum einen Berichte in der *Welt* und im *Nordkurier*, Oehrich habe in der Vergangenheit einen Fraktionsmitarbeiter sexuell belästigt.

Zum anderen spielt ein interner Beschluss des Grünen-Landesvorstands vom 4. August eine Rolle. Darin heißt es: „Die betroffene Person hat diese Handlungen und Äußerungen mit sexualisierter Sprache von Constanze Oehrich als entwürdigend beziehungsweise belastend empfunden.“ Das widerspreche eklatant „den Grundwerten und den inhaltlichen Positionen“ der Partei.

Es ist der Tiefpunkt einer sich seit einem Jahr hinziehenden Affäre um die gebürtige Bonnerin, die die Fraktion seit 2024 führte. Denn die Belästigungsvorwürfe sind nicht neu. Schon im vergangenen Jahr war die Aufregung deswegen groß. Anfang 2026 musste Oehrich dann auch die ursprünglich für sie reservierte Spitzenkandidatur für die Landtagswahl aufgeben. Hinterher war viel von innerparteilichem Neuanfang die Rede.

Davon unbeeindruckt verblieb die studierte Politikwissenschaftlerin an der Spitze der Fraktion mit ihren nur vier Abgeordneten. Bis jetzt. Alle Vorwürfe seien zwar längst „in einem unabhängigen Verfahren geprüft und als unbegründet zurückgewiesen worden“, erklärte Oehrich. Trotzdem trete sie zurück, „um meine Fraktion, meine Familie und auch mich selbst vor weiteren Verletzungen zu schützen“.

Tatsächlich kam eine vom grünen Fraktionsgeschäftsführer beauftragte Kanzlei bereits im November 2025 zu dem Schluss, die Anschuldigungen seien „nicht substantiiert und rechtlich unbegründet“. Das überzeugte nicht alle in der Partei. Und die neuen Vorwürfe wiegen im Detail weit schwerer als die vielen Gerüchte aus dem vergangenen Jahr.

Unabhängig voneinander zitieren *Welt* und *Nordkurier* ausführlich aus einem Schreiben vom 29. Juli, das zwei vom Land geförderte Antidiskriminierungs-Beratungsstellen an die Fraktion und den Landesvorstand der Grünen richteten. Oehrichs Ex-Mitarbeiter berichtet darin von „unerwünschten Liebes- und Gefühlsbekundungen und verbaler sexueller Belästigung“ bis zu einem Rüffel der Chefin, der zwölf Jahre Jüngere würde „zu wenig körperbetonte Kleidung“ tragen und solle sich doch etwas anziehen, das „am Hintern engers sitzt“. So geht das über vier Seiten.

Oehrich wurde für den Bericht nicht angehört. Er gibt ausschließlich die Perspektive des Mitarbeiters wieder. Dass sich der Landesvorstand dem ohne Weiteres angeschlossen hat, sorgt wiederum nach taz-Informationen in der kleinen Fraktion für Irritationen. Man könnte auch sagen: massiven Unmut.

Die Außenwirkung ist fatal. Hatte die Partei nach dem Auswechseln der Spitzenkandidatin Oehrich vor acht Monaten den großen Neuanfang beschworen und wollte alles hinter sich lassen, geht so jetzt kurz vor der Wahl alles wieder zurück auf Los: ein Landesverband als Selbstbeschäftigungsgruppe.

Rainer Rutz

Foto: Jens Büttner/dpa

„30 bis 40 Palästinenser pro Nacht töten“

Erneut schockiert Israels rechtsradikaler Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir mit einer Aussage die internationale Öffentlichkeit. Kritik kommt diesmal auch aus Deutschland

Aus Tel Aviv
Serena Bilanceri

Israels Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir hat mit einer Aussage erneut international für Kontroversen gesorgt. Der rechtsradikale Politiker sagte am Sonntag in einem Podcast, man solle im Gazastreifen gezielt „30, 40 Palästinenser pro Nacht“ töten. Es gebe Menschen in Gaza, die es nicht verdienten zu leben, sagte er weiter. Dabei gehe es nicht nur um Militante, die eine unmittelbare Gefahr darstellten.

Außerdem plädierte der Minister für eine israelische Übernahme des Gazastreifens. „Ich betrachte ganz Gaza als unser Gebiet“, sagte er zu der Ex-Geisel Rom Braslavski, der den Podcast leitete. „Siedlungen nicht nur in Gusch Katif, sondern im gesamten Gazastreifen, eine möglichst starke Auswanderung, sie in ihre Länder schicken. Und was die Terroristen betrifft: keine Auswanderung, nichts dergleichen – sie einfach einen nach dem anderen töten.“

Ähnlich äußerte sich Finanzminister Bezalel Smotrich. Er forderte die vollständige Eroberung des Gazastreifens. Es gebe „keine andere Lösung“, sagte er am Sonntag vor jüdischen Religions-

studenten in Sderot. Israel müsse eine Militärregierung errichten, Siedlungen bauen und die Auswanderung von Palästinensern fördern.

Die Aussagen lösten international eine Welle der Empörung aus. Jürgen Hardt, außenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, nannte sie im Deutschlandfunk menschenverachtend und forderte EU-Sanktionen gegen Ben-Gvir. Vertreter:innen der anderen Fraktionen im Bundestag äußerten sich ähnlich. Die Linken-Parlamentarierin Lea Reisner rief die Regierung auf, alle Waffenexporte nach Israel zu stoppen.

Auch der Präsident des Zentralrates der Juden, Josef Schuster, distanzierte sich auf Anfrage der Katholischen Nachrichten-Agentur (kna) ausdrücklich: „Das Verhalten von Itamar Ben-Gvir ist zutiefst beschämend und verantwortungslos“, sagte Schuster. Dessen „menschenverachtende Aussagen“ stünden diametral zu jüdischen Werten und schaden Israels Ansehen. „Es veranschaulicht die Gefahr, die von rechtsradikalen Kräften ausgeht.“

Irans Vizeaußenminister Kasem Gharibabadi schrieb auf X, die Aussagen Ben-Gvirs seien „Geständnisse“, die „für den Tag der Abrechnung und

für den Prozess gegen diese Verbrecher“ aufgezeichnet und aufbewahrt werden müssten.

Die Aussagen fielen einen Tag vor dem Treffen zwischen Premierminister Benjamin Netanjahu und dem US-Gesandten Jared Kushner in Jerusalem. Dort sollten sie den von Trump unterstützten 15-Punkte-Friedensplan diskutieren, zusammen mit Vertretern des Board of Peace – dem von Trump gewollten Gremium für eine nachhaltige Lösung des Konflikts.

Zwischen Israel und der Hamas, die im Gazastreifen de facto regiert, herrscht seit Oktober eine fragile Waffenruhe. Israel greift aber immer wieder Ziele aus der Luft an. Mehr als 1.000 Menschen sind laut dem palästinensischen Gesundheitsministerium seit Beginn des Waffenstillstands dabei ums Leben gekommen. Unklar ist, wie viele davon Kämpfer waren. Etwa 630 Toten sind von den Vereinten Nationen bis Mitte Juni verifiziert worden. Immer wieder werden auch Zivilist:innen verletzt.

Israel hat seine letzten Siedlungen im Gazastreifen 2005 geräumt. Seitdem hält das Land eine Blockade der Land- und Seegrenzen um das Ge-

biet aufrecht, hatte aber vor dem jüngsten Konflikt keine militärische oder zivile Präsenz mehr innerhalb des Küstenstreifens. Inzwischen hält das israelische Militär fast 70 Prozent von Gaza unter seiner Kontrolle.

Rechte Gruppen plädieren immer mal wieder für eine erneute Besiedlung. Im Juli organisierte die von der Europäischen Union sanktionierte Bewegung Nachala zuletzt einen Marsch zu den Grenzen, den die israelische Armee zu verhindern versuchte – mit mäßigem Erfolg. Das Areal rund um die Sperranlage, die Gaza von Israel trennt, war als militärisches Sperrgebiet am Tag der Demonstration deklariert worden, doch einige Hundert Teilnehmer:innen schafften es trotzdem bis zum Zaun. Ben-Gvir selbst nahm unter schwerem Polizeischutz an der Veranstaltung teil.

Es ist nicht das erste Mal, dass der israelische Sicherheitsminister mit seinen Aussagen für eine Kontroverse sorgt. Sein Plan, Krokodile in Gefängnissen mit palästinensischen Insassen einzusetzen, löste selbst innerhalb der israelischen Behörden Fassungslosigkeit aus.

(mit kna)



taz **lage**

Panter fast so chancenreich wie Spanien im WM-Finale

Die Deutsche Welle und die taz haben mancherlei gemeinsam. Beide sind mehr als andere Medien an internationalen Themen interessiert und beide erreichen damit in Deutschland eher nicht die Massen. Allerdings verfügt die Deutsche Welle über deutlich mehr Angestellte als die taz und damit zumindest rein statistisch auch über ein größeres Reservoir an Mitarbeitenden, die Fußball spielen können.

Trotzdem rangierte das Team der Deutschen Welle bis zum Montagabend nur knapp vor dem taz Panter FC in der Tabelle der Medienliga.

Das Ziel der Panter war also klar und hochgesteckt: gleichziehen oder am besten überholen! Das Problem: Dazu mussten sie gewinnen, was nach dem Ausfall einiger LeistungsträgerInnen noch schwerer wurde. Aber ohne die gefürchteten Ağar Brothers in der Abwehr, ohne die

einzigste hochklassige (Hockey-)Spielerin Nanja Boenisch auf der rechten Außenbahn und ohne Cheftrainer Pascal Beucker an der Seitenlinie schworen sich die verbliebenen Panter-Spieler: Jetzt erst recht!

Und siehe da, die taz-Kicker versteckten sich nicht, sie hielten im Gegenteil von Anfang gut mit, blieben das gesamte Match über auf Augenhöhe mit den technisch leicht überlegenen Gegnern – und erspielten

sich mit einem erstaunlich feinen Offensivspiel fast so viele Chancen wie Spanien im WM-Finale. Einziges kleines Manko: Die Panter fanden keinen Wellenbrecher und ließen alle Möglichkeiten ungenutzt. Zum fehlenden Glück kam Pech dazu, was sich vor allem deshalb nachteilig für das Spielergebnis auswirkte, weil die Panter-Abwehr und der Torwart hinten gleich fünfmal auf dem falschen Fuß erwischt wurden. (lkw)

Bauern pochen auf Staatshilfe

Die Hitze belastet die deutsche Landwirtschaft, die Ernte fällt bei Getreide und Äpfeln niedrig aus. Aber wie sollte man den Betrieben helfen?



Von **Wolfgang Mulke**

Die Landwirtschaft leidet unter dem vielerorts fehlenden Niederschlägen. In der Folge fiel insbesondere die Getreideernte in diesem Jahr mickrig aus. Nach Angaben des Deutschen Bauernverbands (DBV) holten die Landwirte mit knapp 42 Millionen Tonnen Weizen, Roggen, Gerste oder Hafer 7 Prozent weniger Getreide von den Feldern als im vergangenen Jahr. „Prägend waren ein zu trockenes Frühjahr und eine Hitzewelle in der zweiten Junihälfte während der Kornfüllungsphase, die vielerorts zu Notreife führte“, teilte der Verband mit.

Dabei waren die einzelnen Landesteile unterschiedlich stark betroffen. „Im Süden ist es nach wie vor viel zu trocken“, sagt DBV-Chef Joachim Rukwied. Im Norden, wo es häufiger regnete, seien der Erträge etwas besser ausgefallen. Auch bei Zuckerrüben oder beim Raps sind die Ernten nicht gut. Das gilt bei gleichbleibender Witterung wohl auch für die noch anstehen-

den Ernten, etwa bei Kartoffeln oder Kohl.

Auch bei den Biohöfen sieht es wenig besser aus. Nach Angaben des Bunds ökologische Lebensmittelwirtschaft (Bölw) fuhren die Betriebe bei Winterweizen, Roggen und Gerste zwar durchschnittliche Ernten ein. Schlecht sehe es aber beim Hafer aus. „Hitze und Trockenheit haben die Körner teilweise verkümmern lassen“, heißt es in einer Mitteilung. Ebenso wie konventionelle Landwirte sind die Ökobauern von Hitze und Trockenheit betroffen. Kartoffeln werden nicht sehr groß. Insgesamt sieht der Bölw die Bioerzeuger an der Belastungsgrenze. „Der Klimawandel macht vor Bio nicht halt“, betont die Bölw-Vorsitzende Tina Andres.

Auch die Apfelernte fällt in diesem Jahr nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts schwach aus. Die Früchte leiden an Sonnenbrand, werden nicht sehr groß und fallen frühzeitig vom Baum. Mit 934.0000 Tonnen Äpfeln liegt der Ertrag gut 5 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Ein Mangel ist trotzdem nicht zu befürchten. Die Lager sind noch gut gefüllt.

Der Bölw hofft auf treue Verbraucher angesichts der klimatischen Herausforderungen. So ist die Direktvermarktung der Biohöfe mit einem Jahresumsatz von 1,6 Milliarden Euro eine wichtige Stütze der Ökolandwirtschaft. Diese Leistung sei nur zu halten, wenn Verbraucherinnen und Verbraucher die Lebensmittel ihrer regionalen Höfe weiterhin wertschätzten, sagt Andres. „Jeder Cent für ein Biolebensmittel ist eine Investition in Artenvielfalt, in sauberes Wasser und in eine resiliente Landwirtschaft“, betont sie.

Die wirtschaftlichen Folgen sind für viele Betriebe gravierend. Als Beispiel nennt DBV-Präsident Rukwied jene Höfe, die Futterpflanzen für ihre Viehhaltung anbauen. Durch die Dürre wachsen die Pflanzen nicht ausreichend. In der Folge müssten die Viehhalter im Winter entweder Futter zukaufen oder die Zahl der Tiere reduzieren. Zudem plagen die Landwirte generell seit drei Jahren anhaltend unterdurchschnittliche Erzeugerpreise.

„Es ist zwingend notwendig, dass die Bundesregierung ein Sofortprogramm auf den Weg bringt“,

sagt der Bauernpräsident. Der Verband fordert eine Verdreifachung der EU-Düngemittelhilfe auf 180 Millionen Euro. Zudem sollten die Direktzahlungen auf den Oktober vorgezogen und die Dieselsteuer gesenkt werden. „Die wirtschaftliche Lage ist in manchen Betrieben toxisch“, begründet Rukwied den Hilfebedarf.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (ABL) fordert hingegen, Zahlungen der Agrarpolitik der EU sollten „vorrangig in qualifizierende Maßnahmen fließen, die Klimaresilienz und konkrete Leistungen der Höfe honorieren“, wie Lucia Heigl der taz sagte, die selber Milchbäuerin im Allgäu ist.

Olaf Bandt, Vorsitzender des Bunds für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), sieht die Forderungen von Bauernpräsident Rukwied ebenfalls kritisch: „Statt Geld in Risikoversicherungen oder kurzfristige Nothilfen zu stecken, die bald keiner mehr zahlen kann, müssen unsere Landwirtinnen und Landwirte bei den dringenden nötigen Anpassungsmaßnahmen unterstützt werden.“ Um die

Ernährungssicherheit zu gewähren, brauche es „keine Kurzfristmaßnahmen und keine technologischen Versprechen, sondern engagierter Klimaschutz und eine Wiederherstellung zerstörter Natur“.

Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer (CSU) signalisiert die Bereitschaft zu Hilfen für die Bauern, will jedoch erst einmal profunde Daten zur Ernte abwarten. Mit Versorgungsengpässen oder stark steigenden Preisen für die Verbraucher rechnet der DBV angesichts der weltweiten Ernteerträge nicht. Auch Rainer verweist darauf, dass die Erzeugerpreise nur einen kleinen Teil der Kosten für Lebensmittel ausmachen.

Die Verbraucherorganisation Foodwatch wirft dem Bauernverband dagegen eine falsche Strategie vor. Statt den Landwirten immer nur mehr Geld zu geben, müsse die Landwirtschaft klimasicher umgebaut werden, fordert der Verband. „Noch mehr Subventionen für Kunstdünger und Diesel erhalten das zerstörerische Agrarsystem am Leben und führen nur zu immer weiteren Ernteausfällen“, warnt Sprecher Andreas Winkler.

Sorge um die Ernte: Landwirte rechnen mit einem mäßigen Ertrag
Foto: Peter Gercke/dpa

Erwartbarer Heißhunger

Nicht nur Deutschlands Landwirte kämpfen mit der Erderwärmung. Die Folgen für die weltweite Ernährung könnten enorm sein

Von **Leila van Rinsum** und **Thomas Salter**

Nicht nur Deutschland ist mit Ernteausfällen aufgrund von Dürre und Hitze konfrontiert, wie sie der Deutsche Bauernverband am Dienstag beklagte. Das Problem ist global und der Trend nimmt zu, weil Wetterextreme weltweit durch den Klimawandel zunehmen.

Von der globalen Erderwärmung verstärkte Extremwetterereignisse, Hitze und Dürre haben in diesem Sommer Felder in ganz Europa ausgedörrt und Ernten von Mais, Reis und Sojabohnen sowie Gemüse und Obst minimiert. Einige Landwirte haben außerdem Vieh geschlachtet, weil auch das Futter knapper wurde, sodass etwa die Milchproduktion ebenfalls betroffen ist.

Im Juli prognostizierte der Verband des europäischen Getreidehandels Cocal, dass die gesamteuropäische Getreideernte durch Hitze in den 27 EU-Staaten plus dem Vereinigten Königreich mit 287 Millionen Tonnen über 20 Millionen Tonnen niedriger aus-

falle als im Vorjahr. Neben dem Süden Deutschlands waren demnach zudem Südfrankreich, Österreich, Polen, Spanien und Ungarn besonders betroffen.

Und auch die Welternährungsorganisation und die Weltorganisation für Meteorologie, beides Organe der Vereinten Nationen, warnten im Juni in einem gemeinsamen Bericht vor der Gefahr, die die Hitze für die weltweite Ernährung darstellt. Hitzefolgen seien demnach ein „systemisches Risiko für die weltweite Ernährungssicherheit sowie für mehr als 1,23 Milliarden von der Landwirtschaft abhängige Menschen“, heißt es in dem Bericht.

Die Erträge von Mais und Weizen seien in der Vergangenheit pro Grad gestiegener Temperatur um 7,5 bzw. 6 Prozent gesunken, für jeden weiteren Grad Erderwärmung erwartet der Bericht einen Ernterückgang von 10 Prozent.

Extreme Hitze werde auch eine massive negative Auswirkung auf die Versorgung mit Fisch und Meerestieren haben, wie der Bericht herausstellt. Eine WWF-Studie hatte schon 2020 festgestellt: Selbst wenn die Erder-

wärmung auf 2 Grad begrenzt werden kann, könnte das je nach Spezies und Szenario die Biomasse um 5 bis 20 Prozent dezimieren.

In diesem Jahr gab es auch in Teilen Afrikas, Lateinamerikas, sowie in Indien erhebliche Ernteausfälle infolge von Dürre und Hitzewellen. Besonders Ostafrika ist derzeit von Einbrüchen in der Landwirtschaft konfrontiert. Das Intergovernmental Authority on Development (Igad), das Climate Prediction and Applications Centre (Icpac) und der EU-Klimadienst Copernicus sagen bis September unterdurchschnittliche Niederschlagsmengen in Sudan, Südsudan, Äthiopien, Eritrea und Somalia voraus. Die Institute erwarten eine anhaltende Dürre, was die Ernteerträge weiter beeinträchtigen werde.

Verbände, die Kleinbauern vertreten, wie die Allianz für Ernährungssouveränität in Afrika (Afsa) oder La Via Campesina, fordern eine Abkehr der konventionellen Landwirtschaft, die nicht nur einen hohen CO₂-Ausstoß hat und damit erheblich zum Klimawandel beiträgt, sondern durch Monokulturen und hohen Pestizid- und



Fast schon Popcorn: ein Maisfeld während der Hitzewelle in Frankreich im August
Foto: Huchot-Boissier Patricia/ABACA/imagio

Düngemiteinsatz auch deutlich krisenanfälliger ist. Eine zukunftsfähige Agrarpolitik müsse hingegen Agroökologie als Maßnahme der Klimaan-

passung fördern, also dass organische Dünger und Schädlingsbekämpfung eingesetzt werden und vielfältige Kulturen angepflanzt werden.



Geschichte zum Anfassern – und drauflaufen: ein Kriegsschiff aus dem Zweiten Weltkrieg im heutigen Serbien
Foto: Darko Vojinovic/AP/dpa

An der schmalen, blauen Donau

Auf Europas zweitlängstem Strom sind sich Menschen jahrhundertelang im Guten wie im Schlechten begegnet. Doch diesen Sommer hat sich etwas geändert. Grundlegend

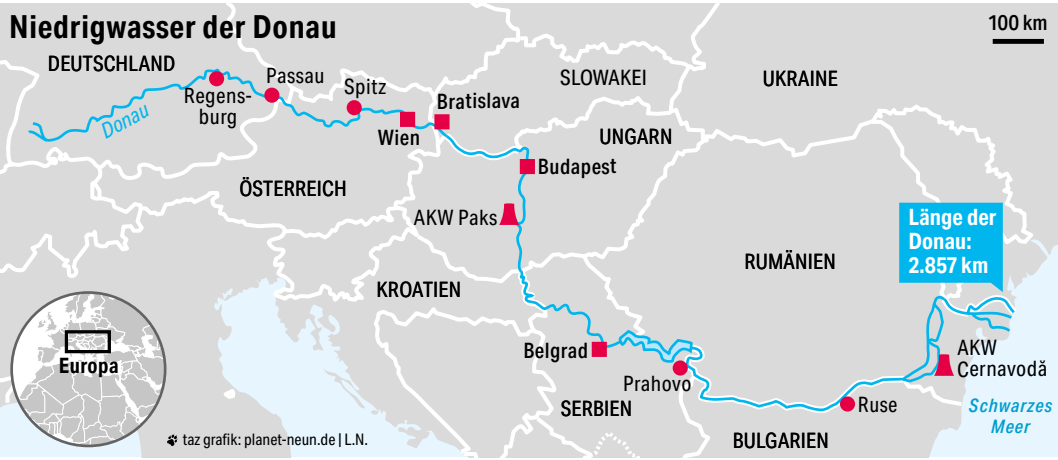
Von der Donau **Klaus Hillenbrand**

Es ist anders in diesem Sommer an der Mündung der Naab in die Donau. Das Ruder nach rechts gestellt, und mit leichten Schlägen bewegt sich das Kajak vorbei an der barocken Wallfahrtskirche von Mariaort in die Donau hinein. Gegen die Strömung, flussaufwärts. Vor einem Jahr noch kamen wir, geübte Paddler, kaum vom Fleck gegen die starke Strömung. Jetzt aber gleitet das Boot ohne größere Kraftanstrengung unter einer Eisenbahnbrücke hindurch und hält auf den Sportboothafen von Sinzing zu. Kein Frachtschiff begegnet uns, nur ein Motorboot sorgt für Wellenschlag. Schon kommt die nächste Brücke in Sicht. Nicht unsere Muskeln haben sich in einem Jahr wundersam verstärkt. Es ist der Fluss, der das Fahren erleichtert. Die Geschwindigkeit des Wassers hat sich enorm verringert, schlicht, weil es an diesem fehlt. Für das nahe Städtchen Kelheim meldet der Niedrigwasser-Informationsdienst Bayern Ende letzter Woche einen Abfluss von 79,2 Kubikmetern in der Sekunde und schreibt dazu: „neuer Niedrigstwert“. Die Flusskarten des Dienstes sind voller gelber und roter Warnpunkte, nicht nur an der Donau. „Sehr niedrig“, heißt es dazu fast überall. Dazu ist die Temperatur der Donau mit mehr als 25 Grad Celsius viel zu hoch, sagt Jörg Brand-

ner vom Wasserwirtschaftsamt Regensburg. Das sorgt für Stress unter den Wasserbewohnern. Um den für Fische lebensnotwendigen Sauerstoffgehalt zu stabilisieren, hat Brandner dafür gesorgt, dass Baggern im Fluss derzeit verboten ist. Aber natürlich kann er nichts dagegen tun, dass die Laich- und Aufwuchsgebiete von Fischen und anderen Wasserbewohnern austrocknen und Altwasser zu Rinnsalen verkommen. Rechts und links des Stroms liegt die sonst unter Wasser liegende Uferbefestigung frei, man sieht vom Boot aus die großen Steine hässlich aus dem Wasser ragen. Dabei ist die Lage in Regensburg durch die dort bestehende Regulierung mithilfe von Wehren vergleichsweise günstig. Anderswo an dem 2.880 Kilometer langen Strom vom Schwarzwald bis zum Schwarzen Meer schaut es dramatischer aus. Das sorgt für Störungen im Betriebsablauf in halb Europa. Die Donau berührt zehn Staaten – Deutschland, Österreich, die Slowakei, Ungarn, Serbien, Kroatien, Bulgarien, Moldau, die Ukraine und Rumänien. Das sind zehn Länder, die auf dem Strom Handel betreiben und dessen Wasser sie nutzen. Aber jetzt sind reguläre Schiffsbewegungen vielerorts nicht mehr möglich.

Zum Beispiel in Matting, einem Dorf nur ein paar Kilometer stromaufwärts von der Kirche in Mariaort entfernt. Dort können Fußgänger und Radler mit einer Seilfähre, angetrieben nur vom Strom des Wassers, das Ufer wechseln. Oder besser: Sie könnten. Denn seit dem 3. August ist der Fährverkehr eingestellt, berichtet Thomas Kohlmeier von der Gemeinde Pentling, die den Betrieb unterhält. „Die Fließgeschwindigkeit der Donau ist zu gering“, sagt er. Es komme schon mal vor, dass der Betrieb bei zu viel oder zu wenig Wasser unterbrochen werden muss. Aber so lange sei das schon sehr ungewöhnlich. Ein paar hundert Kilometer weiter südöstlich, im österreichischen Spitz, erzählt Fährmann Ivan Lobanow, dass er keine Autos mehr mitnehmen kann. Die Stufe am steil nach unten führenden Anleger auf seine Seilfähre sei wegen des Niedrigwassers zu groß geworden und deshalb gefährlich. Die Folge: Die Autos fahren einen Umweg von 30 Kilometern. In Ungarn stellte die Fähre zwischen Nagymaros und Visegrád ihren Verkehr ganz ein, nahm ihn aber vor kurzem wieder auf. Überhaupt entpuppt sich die liebeliche Wachau mit ihren steilen Weinbergen, wo das Dorf Spitz liegt, als Problemstelle für den Verkehr, ebenso die Strecke zwischen Straubing und

Passau oder die Region östlich von Wien bis ins slowakische Bratislava. Sie alle zählen zu den wenigen nicht von Staustufen zugebauten Stücken der Donau, wo der Fluss noch so fließen darf, wie er will. Das heißt aber auch, dass dort Niedrig- wie Hochwasser ausgeprägter ausfallen können. Manfred Rosenberger ist schon vor 50 Jahren als Bub mit dem Kajak auf der Donau gefahren. Heute arbeitet der 64-Jährige als Ranger im österreichischen Nationalpark Donau-Auen östlich von Wien und führt Besucher durch das von urwüchsiger Natur geprägte Gelände. „Das ist das extremste und vor allem am längsten andauernde Niedrigwasser, das ich in Erinnerung habe“, sagt er. Dabei seien ein geringer Wasserspiegel ebenso wie Hochwasser eigentlich ein alle 10 bis 12 Jahre wiederkehrendes Phänomen. Doch die Folgen dieses Wassernotstands für den Nationalpark sind drastisch: „Die Nebenarme sind auf viele Kilometer praktisch ausgetrocknet, bestenfalls eine Abfolge von Einzeltümpeln, von dicken Algenwatten gefüllt“, berichtet Rosenberger. Der Fischverlust sei sehr hoch. „Biber sind zunehmend an die Donauufer abgewandert. Das bedeutet, dass sie längere Strecken zu Fuß von ihren Bauten an den Nebenarmen an den Donaustrand unterwegs



sind, um dort junge Weiden zu fressen.“ Vereinzelt seien Biberfamilien auch ganz weggezogen.

Was Besucher erfreut, ist für Rosenberger ein schlechtes Signal – es gibt kaum noch Stechmücken in den Donau-Auen. „Mich haben in den letzten sechs Monaten vielleicht zwei, drei gestochen“, sagt er. Das bedeute „einen herben Verlust an Nahrungsmasse für Fische, Libellen, Fledermäuse und Vögel“.

Seit Rosenbergers Kindertagen ist die Donau anders geworden. Der Strom hat sich immer tiefer in sein Bett eingegraben. Die Kraftwerke mit ihren Stauwehren halten den Schotter zurück, den der Fluss früher mit sich schleppte. Rosenberger sagt: „Als ich vor 50 Jahren Kajak gefahren bin, gab es beim Anlanden Schotterbänke auf Augenhöhe. Derzeit blickt man auf die Ufer steil ansteigend hinauf.“ Manche Vögel, wie der im Schotter brütende Flussregenpfeifer, fänden keinen Platz mehr, wo sie ihre Eier ablegen können.

Die schnellen Katamarane brausen weiter zwischen Wien und Bratislava. Ihr Tiefgang ist besonders gering. Andere Schiffe dagegen wagen sich kaum noch auf diesen Flussabschnitt. Anders als bei einem Hochwasser, wo zum Beispiel die Gefahr besteht, dass Schiffsaufbauten mit Brücken kollidieren, gibt es bei Niedrigwasser kein Fahrverbot, erklärt Ewa Wisniewski vom Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Donau in Nürnberg: „Bei Niedrigwasser entscheidet der Schiffsführer selbst anhand seines Tiefgangs, ob er noch fahren kann. Das hängt unter anderem vom Gewicht seiner Ladung und der Fahrtrichtung und -geschwindigkeit ab.“

Faktisch ist es allerdings so, dass auf den Streckenabschnitten der frei fließenden Donau angesichts des Niedrigwassers ein Schiffsverkehr kaum mehr stattfindet. „Wir hören aus der Güterschifffahrt, dass bereits Transporte per Binnenschiff eingestellt wurden bzw. auf Bahn und Straße verlagert wurden“, sagt Uta Hauff vom österreichischen Wasserstraßenbetreiber viadonau. Und Wisniewski vom Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt ergänzt: „Es handelt sich um die niedrigsten Wasserstände seit Aufzeichnung. Eine Erhöhung ist in den nächsten Wochen nicht in Sicht.“

Die weißen Ausflugschiffe auf der Donau machen sich rar. In der Wachau kommen sie von Krems nur noch die halbe Strecke weit durch. In Bayern ist der Verkehr durch den Donaudurchbruch bei Weltenburg ganz eingestellt. Ebenso betroffen ist das Geschäft mit den Kreuzfahrtschiffen. „Aktuell liegen 24 Flusskreuzfahrtschiffe in Wien. Eine derart hohe Anzahl ist für die Sommersaison grundsätzlich nicht ungewöhnlich. Auffällig ist jedoch, dass die Schiffe derzeit deutlich länger im Hafen verbleiben als üblich“, erklärt eine Sprecherin der Wien Holding, die die Anlegestellen in der österreichischen Hauptstadt betreibt.

Eine Fahrt in Richtung Osten ist für viele der Kreuzfahrer nicht mehr möglich, spätestens im slowakischen Komarno ist Schluss. „Aufgrund der anhaltend niedrigen Wasserstände konnten zuletzt auch klassische acht-tägige Reisen von Passau nach Budapest und zurück nicht stattfinden“, bestätigt der Reiseveranstalter Nicko cruises der taz. Schwierigkeiten, so ist zu hören, gibt es inzwischen auch auf der „Hauptstrecke“ zwischen Passau und Wien in der Wachau.

Das mag all jenen wurscht sein, die die Kreuzfahrerei für überflüssige CO₂-Schleudern halten. Doch der Bruch geht dieses Mal tiefer.

Es scheint, als zeige die Donau den Menschen die Grenzen ihrer Zivilisation. Über Jahrhunderte haben sie versucht, den Fluss zu bändigen, haben ihn sich zunutze gemacht, in Kriegen, als Transportweg, zur Stromerzeugung und als ein Ort der Entspannung. Sie haben ihn begradigt, seine Ufer befestigt, Häfen gegraben, ihn mit Staustufen zerstückelt. Das hat die Wirtschaft ganz wunderbar befördert – und nebenbei den Klimawandel.

Die Donau ist auch eine Straße menschlicher Entwicklung. Sie fungierte lange Zeit als Grenze des Römischen Reichs gegenüber den Barbaren genannten Nachbarn, aber dient bis heute auch als Weg des Austauschs der Kulturen. Migranten sind auf ihr in ferne Länder gereist, Flüchtlinge in die Freiheit, Krieger zu entscheidenden Schlachten, Kaufleute zu bedeutenden Abschlüssen.

Und jetzt sorgt das Niedrigwasser dafür, dass Urlaubsreisen entfallen, Fähren nicht mehr verkehren, Benzin auf Lastwagen umgeladen werden muss, die Ernte der Bauern in Rumänien nicht verschifft werden kann und andere Güter liegen bleiben. Dass der Biber umziehen muss und der Flussregenpfeifer nicht weiß, wohin mit den Eiern. Und dass Fabriken stillgelegt werden müssen.

In Rumänien hat man versucht, das einzige Atomkraftwerk des Landes so lange wie möglich in Betrieb zu halten. Das AKW Cernavodă holt sein Kühlwasser aus einem Seitenarm der Donau, doch das ist rar geworden. Vor zwei Wochen wurde ein Felsen im Fluss in die Luft gejagt, dazu Geröll aus Lastkähnen am Ufer versenkt, nur um das Wasser näher an das Kraftwerk zu bringen. Der Wasserspiegel stieg um ein paar Zentimeter, dann fiel er wieder.

In der letzten Woche mussten beide Reaktoren abgeschaltet werden. Jetzt soll ein altes Braunkohle-Kraftwerk für Energie sorgen. Als letzten Ausweg werde es Einschränkungen beim Verbrauch für große Industriekunden geben, warnte das Energieministerium. Es geht um die Autobauer Dacia und Ford.

In Ungarn stand das einzige Atomkraftwerk in Paks südlich von Budapest, das ebenfalls vom Donauwasser gekühlt wird, schon Ende

Juli vor dem Aus, läuft aber gedrosselt weiter. Die Regierung ruft zum Stromsparen auf. Die nächtliche Beleuchtung des prächtigen Parlamentsgebäudes in Budapest ist abgeschaltet worden.

So wie das mangelnde Donauwasser das Alltagsleben einer vermeintlich fortgeschrittenen Zivilisation durcheinanderbringt, so spuckt sie derzeit aber auch die Reste vergangener Zivilisationen aus. Denn der niedrige Wasserstand fördert nicht nur Inseln und Sandbänke ans Tageslicht. Sondern auch den Schutt von vorgestern.

Es sind nicht immer liebliche Dinge, die da zum Vorschein kommen. In Budapest, gleich gegenüber dem Parlament, bargen Mitarbeiter des ungarischen Instituts und Museums für Militärgeschichte Anfang August die Gebeine zweier mutmaßlicher Wehrmachtsoldaten aus dem durch Gasöl konservierenden Uferschlamm. Dazu wurden ein gut erhaltenes Motorrad der Wehrmacht und mehrere Panzerabwehrminen gefunden, um die sich der Kampfmittelräumdienst kümmern musste. Einer der Toten war der Erkennungsmarke zufolge ein Soldat der Waffen-SS, so Arne Schrader vom Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge. Da die Erkennungsmarken beider Männer noch vollständig erhalten sind, spre-

Europas gefunden zu haben. Durchaus verständlich, denn was sich unter der Wasseroberfläche befindet, ist so unsichtbar, dass manche Menschen glauben mögen, es habe niemals existiert.

Weniger kriegerisch ist der Fund, den Archäologen auf der ungarischen Donauinsel Szalki machten. Sie suchten nach Überresten eines Klosters und fanden stattdessen einen römischen Jupiter-Altar. Bulgarische Altertumsforscher lokalisierten dank der Dürre die Überreste einer Donaubrücke aus römischer Zeit.

Altersmäßig ist das freilich nichts gegenüber dem Fund von Anwohnern des bulgarischen Dorfs Rjachowo nahe der Stadt Ruse. Sie bargen im Flussbett die Knochen eines Mammuts. Das Geschichtsmuseum von Ruse bestätigte, bei dem Fund handele es sich um einen Unterkiefer, zwei Stoßzähne und eine Rippe. Experten würden nun daran arbeiten, die genaue Herkunft und das Alter des urzeitlichen Tiers festzustellen. 4.000 Jahre sind es gewiss, denn so lange gelten Mammute als ausgestorben.

Das meiste, was die Donau zum Vorschein bringt, ist aber einfach Schrott. So wie der Opel Corsa, der seinem Besitzer im ungarischen Szob vor 13 Jahren gestohlen worden war. Jetzt ragt ein Rad des Wagens aus dem Flussbett.



Niedere Gründe: Im Schlamm der wasserarmen Donau tauchen Zeugnisse aus der NS-Zeit auf, hier ein Wehrmachtsmotorrad bei Budapest Foto: Gabor-Kohlrusz/Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge/dpa

che vieles dafür, dass ihre Familien bis heute nichts über deren Schicksal wissen.

Weniger überraschend war das Auftauchen von deutschen Kriegsschiffen aus dem Zweiten Weltkrieg nahe dem serbischen Prahovo. Im Canyon vor dem Eisernen Tor hatten die Nazis damals Teile ihrer Donau-Flotte versenkt, um die Rote Armee bei ihrem Vormarsch zu behindern. Die Schiffe, die die Fahrerin berührten, hat man damals schnell beseitigt, was weniger störte, blieb liegen. Bei niedrigen Wasserständen kamen Teile der Schiffe schon häufiger zum Vorschein. In diesen Tagen spazieren Ausflügler auf den Wracks herum.

In der Slowakei gab eine britische Antischiffsmine derweil zu umfangreichen Sperren Anlass. Manfred Rosenberger stieß in den österreichischen Donau-Auen auf ein Stück Aluminium von einem Messerschmitt-Jagdflugzeug. Kriegsschrott scheint besonders häufig seinen Weg in den zweitlängsten Fluss

Fest steht aber: Es wird wieder regnen, früher oder später. Eher später. Und dann werden die meisten Menschen die sterbende Donau vom Sommer 2026 wieder vergessen, wie sie schon vergessen haben, dass vor gerade einmal zwei Jahren ein schweres Hochwasser die Umgebung des Stroms von Österreich bis nach Serbien heimgesucht hat und Tote, Verletzte und schwere Sachschäden hinterließ.

Eine Analyse des europäischen Forschungskonsortiums ClimaMeter ergab damals, dass der Starkregen größtenteils auf den Klimawandel zurückzuführen sei. Der Klimawandel verschärfe aber auch Hitzeextreme, ist sich Samantha Burgess vom Europäischen Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage angesichts dieses Sommers sicher.

Die Donau, die dem Menschen so lange zu Diensten stand, zieht sich immer mehr vom Menschen zurück.



Knochenalt: Überreste eines Mammuts in Bulgarien Foto: Regionales Geschichtsmuseum Ruse an der Donau/dpa



Deutsche Schiffswracks tauchen auch im slowakischen Teil der Donau auf Foto: Milan Drozd/TASR/dpa

Wagenknecht lässt Thüringer Koalition wackeln

Nur zwei BSW-Abgeordnete rebellieren offen gegen die Koalition mit der CDU. Finanzministerin Katja Wolf spricht von „ferngesteuerter Kampagne“

Von **Michael Bartsch**

Sahra Wagenknecht hat eben von der sprichwörtlichen Pike auf gelernt, wie eine Partei neuen Typus nach leninschem Muster zu funktionieren hat. In dem von ihr gegründeten BSW praktiziert sie dieses, beschönigend „demokratischer Zentralismus“ genannte, Prinzip. Es verlangt die Ausführung dessen, was sie und die beiden Vorsitzenden Amira Mohamed Ali und Fabio De Masi anordnen.

Die witterten dank des angeschlagenen Thüringer Ministerpräsidenten Mario Voigt (CDU) die Chance, die Koalition von CDU, BSW und SPD zu sprengen. Voigt steht wegen der Aberkennung seines Dokortitels durch die TU Chemnitz nach Plagiatsvorwürfen unter Druck, will sich aber gerichtlich wehren. Die Berliner BSW-Spitze verlangte Ende voriger Woche aber jetzt schon den Ausstieg aus der Koalition.

Doch wie schon im Landtagswahljahr 2024 erweist sich auch diesmal der Thüringer BSW-Landesverband als renitent. Am Montag verweigerten im Erfurter Landtag 13 der 15 Fraktionsmitglieder des BSW den Befehl und stimmten für eine Fortsetzung der Koalition und der nach ihrer Ansicht bislang erfolgreichen Regierungsarbeit.

In der Tat hat die Zusammenarbeit in ein-einhalb Jahren erstaunlich geräuscharm funktioniert. Landesvorsitzende und Finanzministerin Katja Wolf, die frühere Eisenacher Oberbürgermeisterin, verweist stolz auf den unter schwierigsten Bedingungen kurz vor Weihnachten verabschiedeten Doppelhaushalt für 2026/27.

Nach der Fraktionssitzung erinnerten Wolf und die Fraktionsvorsitzende Sigrid Hupach in einer Erklärung an das Gründungsziel des BSW Thüringen, „sich nicht wie andere Parteien hauptsächlich mit selbstgerechten Debatten und Ideologien zu beschäftigen“, sondern das Wohl der Menschen zu suchen.

Wagenknecht und die Berliner BSW-Spitze hatten hingegen zum Rückzug aus der Koalition aufgefordert, um nicht einem Ministerpräsidenten Mehrheiten zu beschaffen, der angeblich seine persönlichen Interessen über das Wohl des Landes stelle. Wobei von einer Mehrheitsbeschaffung gar nicht die Rede sein kann, denn die Koalition verfügt nur über die Hälfte der 88 Landtagssitze. Für Mehrheiten braucht es Absprachen mit der Linken.

Insbesondere Katja Wolf ging gegenüber Berlin noch weiter und präsentierte sich als Anwältin der „kleinen Leute“: „Diese Menschen brauchen keine ferngesteuerten politischen Kampagnen, die auf dem Rücken von Thüringen ausgetragen werden. Sie brauchen keine selbstgerechten Eigendebatten der Parteien. Das geht den Menschen auf die Nerven – und uns auch!“ Der CDU-Fraktionschef Andreas Bühl jedenfalls begrüßte den Verbleib des Koalitionspartners in der Landesregierung. Allerdings fehlten bei der Fraktionsabstimmung die beiden BSW-Abgeordneten Anke Wirsing und Sven Küntzel. Beide gelten als Wagenknecht-Anhänger, Wirsing hatte als Mitglied des Bundesvorstandes in der Vorwoche selbst gegen die eigene Thüringer Fraktionsmehrheit gestimmt. Sie begrüßen, dass ein Viertel aller Kreisvorstände des BSW inzwischen einen inzwischen beschlossenen Sonderparteitag gefordert hat und zeigten sich überzeugt, „dass die Thüringer Basis kein ‚Weiter so‘ will“. Sie unterstellen Ministerpräsident Voigt den „Verlust jeder Glaubwürdigkeit“ und kündigten an, ihn und die Koalition nicht mehr zu tragen.

Wie Wagenknecht für Sachsen-Anhalt regene sie auch für Thüringen einen überparteilichen Ministerpräsidenten an, der pragmatisch mit wechselnden Mehrheiten regiert. Das könnte in der politischen Praxis einem Türöffner für die Mitregierung der AfD gleichkommen, zumal mit dem Vorschlag eine Absage an jede Brandmauerpolitik verbunden ist.

Beobachter in Sachsen-Anhalt vermuten, dass dieses Modell in Verbindung mit einer Spaltung der Partei dem BSW den Einzug in den Magdeburger Landtag am 6. September kosten könnte, nachdem das BSW zuletzt in Umfragen nahe an die Fünfprozenthürde herangerückt war.

Grundproblem bleibt Zuständigkeitschaos

Bundesinnenminister Dobrindt (CSU) eröffnet gut gelaunt ein Drohnenforschungszentrum in Cochstedt, Sachsen-Anhalt. Dabei gäbe es eher Anlass zu Demut

Von **Frederik Eikmanns**

Warum genau Alexander Dobrindt am Dienstag so gut gelaunt war, bleibt wohl sein Geheimnis. Bei der Eröffnung des neuen Drohnenforschungszentrums Cochstedt nahe Magdeburg, sprach der CSU-Bundesinnenminister von „einer wunderbaren Veranstaltung“, einem „großen Tag“ und einem „Highlight unserer Sicherheitsarchitektur“.

Eigentlich bietet der Zustand der deutschen Drohnenabwehr eher Anlass für Depressionen – oder zumindest Demut. Vor rund zwei Wochen scheiterte ein Drohnenangriff auf ein ukrainisches Frachtflugzeug am Flughafen Leipzig/Halle wohl nur durch Glück. Ein defekter Zünder am Sprengstoff, mit dem die Drohne bestückt war, verhinderte offenbar eine Katastrophe.

Peinlich für die deutschen Behörden: Die Drohne war zuvor wohl stundenlang unent-

deckt auf dem Flughafengelände umhermanövriert und wurde nach dem gescheiterten Sprengversuch nur zufällig von einem Busfahrer entdeckt.

In einer ersten Reaktion nach dem Vorfall hatte Dobrindt angekündigt, die erst seit wenigen Monaten bestehende Antidrohneneinheit der Bundespolizei von rund 130 auf 300 Beamt*innen aufzustocken. Sie soll an bundesweit 8 Orten stationiert werden, um schnell auf Vorfälle reagieren zu können. Ausgerüstete sind die Polizist*innen dafür etwa mit Netzwerfern, Verfolgerdrohnen und elektronischen Störgeräten.

Nun kommt das Drohnenforschungszentrum dazu, das allerdings schon länger geplant war. Auch wenn die am Dienstag ebenfalls angereiste Bundesforschungsministerin Dorothee Bär (CSU) betonte, Drohnen seien nicht nur Gefahr, sondern auch Chance, etwa bei der Unterstützung der Feuerwehr, liegt

der Fokus des Forschungszentrums offensichtlich auf der Bekämpfung von Gefahren. Angesiedelt auf dem Gelände des Deutschen Zentrums für Luft und Raumfahrt sollen neue Wege gefunden werden, Drohnen möglichst schnell, effizient und sicher vom Himmel zu holen. Deren Technik entwickelt sich rasant weiter, sodass gerade noch bewährte Abwehrme-

Vor zwei Wochen scheiterte ein Drohnenangriff nur durch Glück

thoden schnell ihre Wirkung verlieren können.

Von wem genau die Gefahr ausgeht, ließ Dobrindt am Dienstag aber einmal mehr offen und sprach nur von „hybrider Bedrohung“ und von „fremden Mächten“, wie er es schon unmittelbar nach dem Vorfall in Leipzig getan hatte.

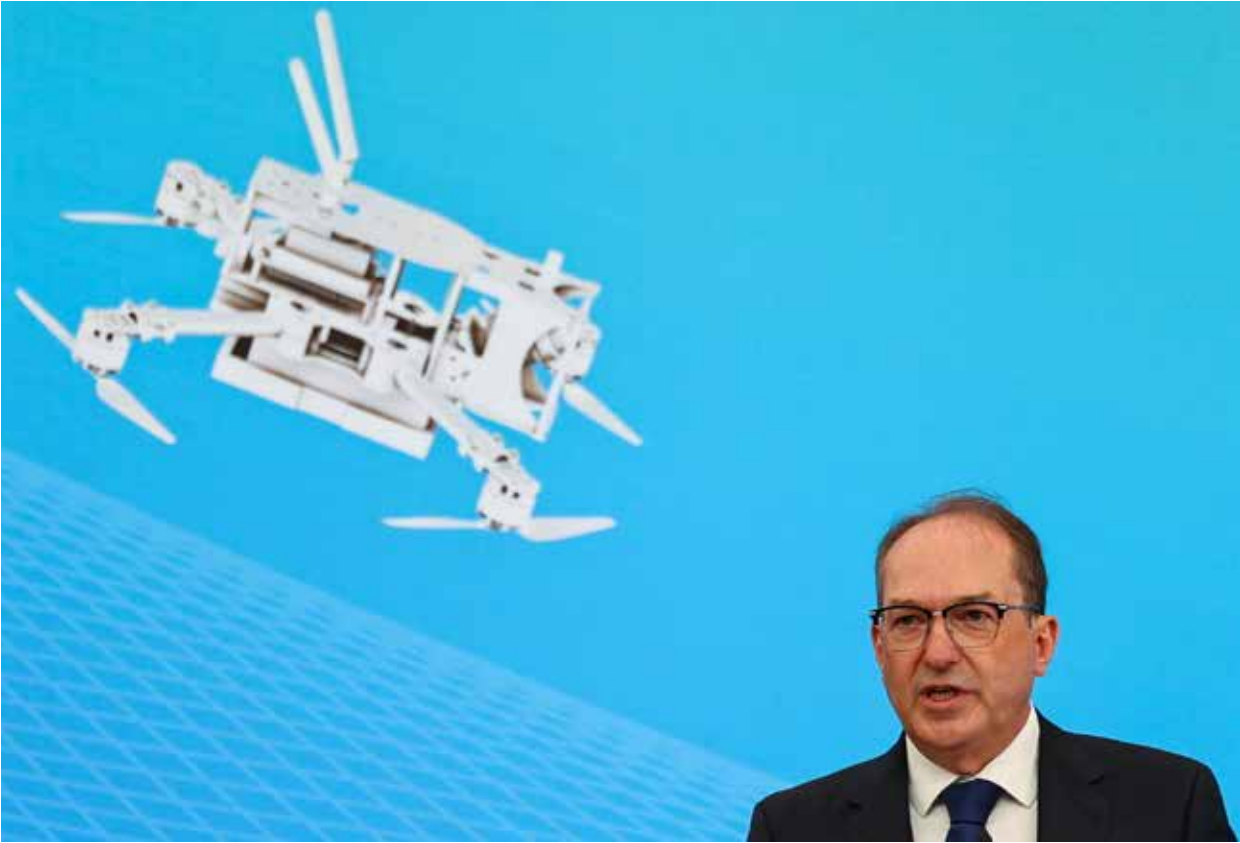
Dafür hatte es harte Kritik gegeben, teils auch von anderen Unionspolitikern. Expert*innen und auch die US-Geheimdienste machen Russland für den Angriffversuch verantwortlich – genauso wie für zahlreiche andere Drohnen- und Sabotagevorfälle europaweit.

Am Kernproblem der deutschen Drohnenabwehr aber dürften weder die aufgestockte Sondereinheit der Bundespolizei noch das neue Forschungszentrum etwas ändern. Denn das grundsätzliche Zuständigkeitschaos bleibt. Nach aktueller Gesetzeslage sind es zunächst die Polizeibehörden der Länder, die Drohnen bekämpfen sollen. Über Bahnhöfen und Flughäfen übernimmt aber die Bundespolizei, wobei auch noch andere Institutionen mitmischen, etwa die deutsche Flugsicherung. Und über Militäreinrichtungen sind wiederum die Soldaten der Bundeswehr zuständig.

Zuletzt hatten Unionspolitiker sogar gefordert, auch die Betreiber von kritischen Einrichtungen wie Kraftwerken könnten dort selbst für die Drohnenabwehr zuständig gemacht werden. Umgekehrt schlug der CDU-Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, Daniel Günther, vor, die Bundeswehr auch außerhalb der Kasernen damit zu beauftragen. Für einen solchen Großeinsatz der Bundeswehr im Inland wäre allerdings eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag nötig, was derzeit praktisch ausgeschlossen scheint.

Um das Zuständigkeitschaos zu beenden, fordern die Grünen – und viele Expert*innen – schon seit Längerem die Drohnenabwehr bei der Bundespolizei zu bündeln. Vor so einem Schritt scheint Dobrindt bislang aber zurückzuschrecken, wohl auch weil dies eine Einschränkung der Länderkompetenzen bedeuteten würde, die in den Landeshauptstädten schwierig durchzusetzen wäre.

Alexander Dobrindt bei der Eröffnung des neuen Technologie-zentrums für Drohnensicherheit
Foto: Karina Hessler/Reuters



Hoffnungsträgerin sagt Parteivorsitz ab

Manuela Schwesig will nicht Parteivorsitzende der SPD werden. Sie wolle die nächsten 5 Jahre Ministerpräsidentin in Mecklenburg-Vorpommern bleiben

Die SPD-Spitzenkandidatin und amtierende Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, hat aufkeimende Gerüchte über einen Wechsel an die Parteispitze zerstreut. „Auch ich habe mich klar für Mecklenburg-Vorpommern entschieden“, sagte Schwesig am Montagabend bei einem Bürgergespräch in Lübtheen. Sie wolle die nächsten fünf Jahre ihre Arbeit als Ministerpräsidentin fortführen.

Angesichts der desolaten Lage der SPD, die in bundesweiten Umfragen nur noch bei 12 Prozent liegt, wird medial und parteiintern immer wieder über eine Auswechslung der amtierenden Doppelspitze aus Lars Klingbeil und Bärbel Bas spekuliert. Die beiden Parteivorsitzenden sind in Personalunion auch Minister:innen in der ebenfalls ungeliebten Regierung von Friedrich Merz. Öffentlich geworden war zuletzt eine For-

derung aus der Berliner SPD nach einem personellen Neustart. Der SPD-Vorsitz müsse von Minister*innen personell getrennt werden, heißt es in einem Beschluss aus Berlin.

Als Hoffnungsträgerin und Ersatzkandidatin fällt dabei häufig der Name Manuela Schwesig. Die 52-Jährige gehört bereits zum engsten Führungskreis der SPD, ist bestens vernetzt, machtpolitisch versiert und medial präsent. Zudem ist Mecklenburg-Vorpommern das einzige Bundesland, wo sich die SPD bei den Landtagswahlen im September Hoffnungen auf einen Wahlsieg machen kann. Hier liegt sie dank Schwesigs Popularität in Umfragen bei 29 Prozent, 7 Punkte hinter der führenden AfD. In Berlin rangiert die SPD derzeit demoskopisch auf Rang 5, in Sachsen-Anhalt droht sie gar aus dem Landtag zu fliegen.

Entsprechend ungelegen kommen der Parteiführung Personaldebatten, man möchte Geschlossenheit demonstrieren. Genauso wenig erpicht ist Schwesig aber auch auf eine andere Debatte: Wie zunächst die taz berichtete, hatte der Sender RTL/ntv ein Talkformat mit den vier Spitzenkandidaten von AfD, SPD, Linken und CDU wieder abgesagt und plant stattdessen nur ein Duell zwischen Schwesig und ihrem Herausforderer, dem AfD-Spitzenkandidaten Leif Erik Holm.

„Ich habe mich klar für Mecklenburg-Vorpommern entschieden“

Manuela Schwesig,
SPD-Ministerpräsidentin

Der gleichlautende Vorwurf der ausgeladenen Kandidaten von CDU und Linken: Die Absage an sie ging nach Intervention aus Schwesigs Umfeld raus. Andere Medien, wie der Spiegel, griffen die Geschichte auf. Der Spiegel veröffentlichte eine Nachricht des Geschäftsführers der Ostseewelle, die die Sendung im Radio ausstrahlen sollte, die eine Einflussnahme belegen könnte. In dieser heißt es: „RTL/ntv hat sich dann aber für das Duell-Format entschieden, nachdem Frau Schwesig das bei ihrem Besuch im Hauptstadtbüro impliziert hatte.“

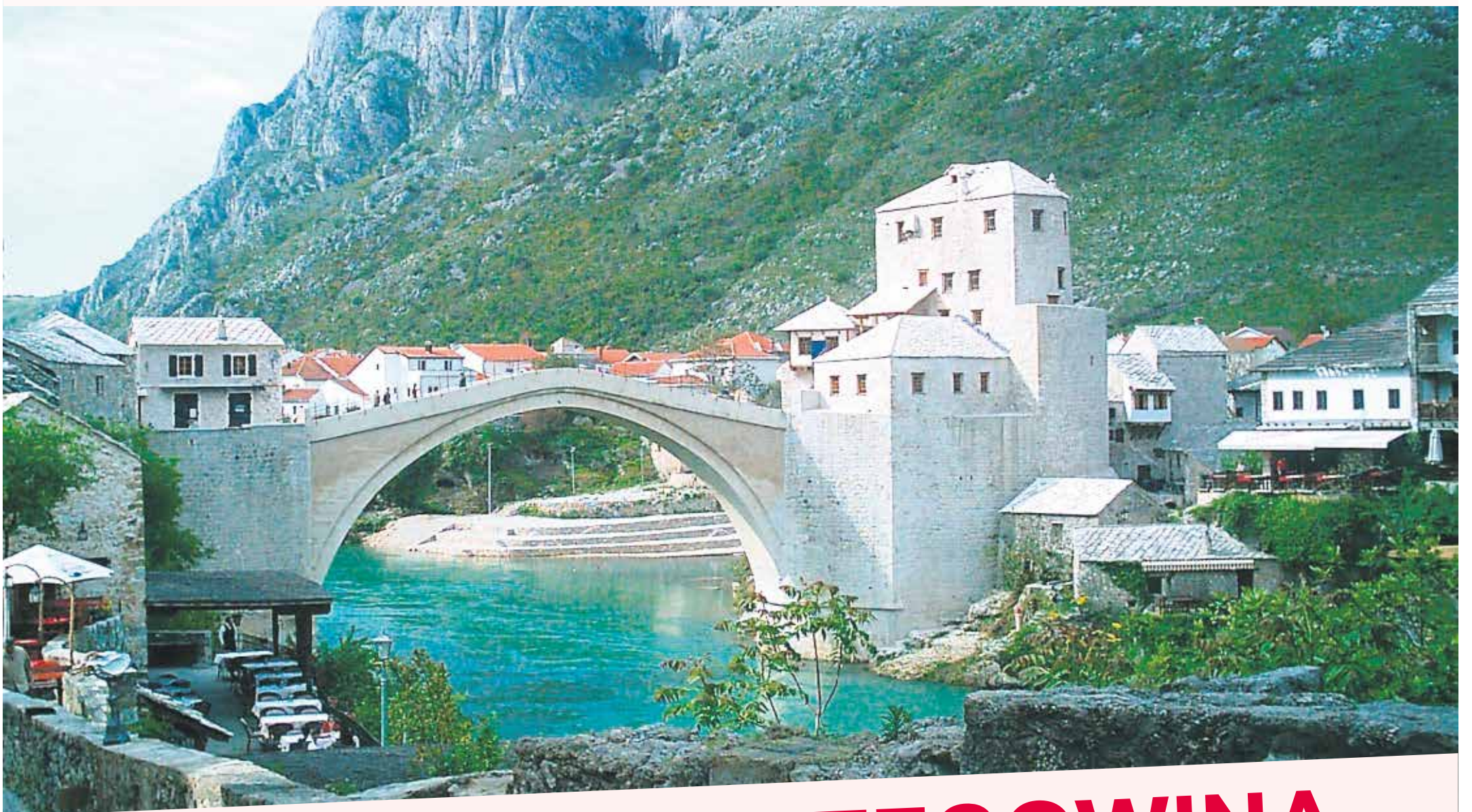
Schwesig und die SPD widersprechen. In einem Statement, welches auch der taz vorliegt, heißt es: „Damit war gemeint, dass sich Frau Schwesig neben dem Vierer-Format u. a. auch für ein Duell-Format wie beim NDR offen zeigt.“ Daraus eine Forderung oder Einflussnahme abzuleiten, sei sachlich falsch.

taz 

reisen
in die Zivilgesellschaft

Gruppenreisen für
Individualist*innen

Fremde Kulturen entdecken: taz-Reiseleiter:innen ermöglichen Treffen mit engagierten Menschen und interessanten Projekten.



BOSNIEN & HERZEGOWINA

SARAJEVO – MOSTAR – SREBRENICA

taz-Korrespondent **Erich Rathfelder** und die Historikerin **Amela Maldosevic** führen Sie zu Schauplätzen der jüngsten Geschichte, Menschenrechtler und Akteure der Zivilgesellschaft erläutern aktuelle Entwicklungen.

18. bis 24. Oktober 2026 ab 1.880 €

Grüne Utopie, graue Finanzierungsaussichten

Die Folgen des Klimawandels belasten die Schulen. Nun beginnt in vielen Bundesländern wieder der Unterricht. Fühlen sich die Schulen vorbereitet?



Von **Pauline Ruprecht**

Alle geflüchtet vor der Hitze im Klassenraum? Foto: Annette Riedl/picture alliance

Es klingt wie der Pitch eines nachhaltigen Stadtplanungs-Startups: Dachbegrünung, Zisternen, um Regenwasser zu sammeln, kleine Bäume, die zu großen heranwachsen und Kindern Schatten spenden werden. Doch es handelt sich nicht um eine ferne Utopie, sondern um einen real existierenden Schulhof in Rheinland-Pfalz. Man sieht es etwa am Acker, den die Schüler*innen selbst bestellen. Vor drei Jahren war der Hof der Gesamtschule Remagen noch deutlich grauer. Asphalt bedeckte das Gelände. Das ist zum einen nicht so schön zum Spielen. Zum anderen heizt sich Asphalt schnell auf, wenn es heiß ist.

Die Stadt sah Handlungsbedarf. Die Gesamtschule Remagen und zwei Grundschulen sollten klimaresilienter gestaltet werden. Davon profitiert nicht nur das Klima: „Es ist einfach toll, morgens an einen Ort zu kommen, der lebenswert gestaltet ist“, erzählt Schulleiter Markus Wald.

Bereits sein Vorgänger setzte sich für eine Entsiegelung des Hofes ein, doch das Geld fehlte. Erst durch eine Förderung des Bundes wurde das Projekt möglich. „Die Idee ist, dass andere Schulen sehen: So kann man es machen“, sagt Wald.

Die meisten Schulen im Land können von einer klimagerechten Sanierung nur träumen. Trotzdem macht der Klimawandel vor ihnen nicht Halt – die Hitze betrifft alle Schulen. Bereits im Juli zeigte eine Recherche der taz, dass die Anzahl der Hitzetage und Hitzeperioden steigt. Damit steigt auch die Anzahl der Tage, an denen Lernen nicht mehr möglich ist. Das belastet alle. An heißen Tagen sinkt die Leistungsfähigkeit der Schüler*innen, ihre Gesundheit ist bedroht, Unterricht ist oft nicht möglich.

In vielen Bundesländern beginnt nun wieder die Schule. Diese Woche starten Schüler:innen unter anderem in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Hamburg, nächste Woche folgen Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Für die nächsten Wochen ist zwar etwas kühleres Wetter angesagt. Doch mit dem Klimawandel wird die

Anzahl der heißen Tage in den nächsten Monaten und Jahren steigen. Klimaanpassung wird damit immer relevanter. Sind die Schulen vorbereitet?

Das ist gar nicht so leicht zu beantworten. Eine Umfrage der taz in den Bundesländern zeigt, dass viele Ministerien keine konkrete Einschätzung zur Lage an den Schulen geben können. Für die Schulgebäude sind die Schulträger, konkret die Kommunen verantwortlich. Doch viele Länder entwickeln zumindest Hitzeschutzpläne oder Richtlinien: Ganz vergessen ist das Thema also nicht.

An der Gesamtschule Remagen ist die Frage der Vorbereitung eine ganz praktische. So schön auch ein klimaangepasster Außenbereich ist – wenn sich Räume aufheizen und es Streit um die Belegung gibt, wird schnell klar, dass es eben eine Schule und keine Skizze eines Architektenbüros ist. „Letzte Woche hatten wir Sprechstunden. Da mussten wir Kollegen in Kellerräume umquartieren, damit sie klimatisch bessere Bedingungen haben“, sagt Wald. Auch die Bundesjugendspiele hätten verschoben werden müssen – dieses Jahr zum ersten Mal geplant und angepasst an die Wettervorhersage anstatt spontan, wegen der Hitze. Das Ziel von Schulleiter Wald: „Wir möchten unsere Ankündigungen zu Hitzemaßnahmen mehrere Tage im Vorfeld und verlässlich machen.“

Das ist nicht immer einfach bei unklarer Wettervorhersage und unklaren Vorgaben. Die Deutsche Allianz für Klima und Gesundheit veröffentlichte im Juni einen Musterplan für Hitzeschutz, der den Schulen als Orientierung dienen soll. Hitze lässt sich demnach kurzfristig managen: dafür muss klar sein, wer verantwortlich ist und welche Bereiche des Gebäudes besonders betroffen sind. Zudem ist wichtig, dass Lehrkräfte, Eltern und Schüler*innen wissen, wie sie mit Hitze umgehen.

„Viele Schulleitungen sind überfordert“, sagt Juri Haas, Leiter der Rechtsschutzstelle der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Sachsen. Oft seien sie sich unsicher, was erlaubt sei und was nicht, wann hitzefrei in Ordnung sei und

wann nicht. „Die Schulen brauchen Entlastung durch Orientierung“, sagt Haas deswegen. „Ich würde mir vom Land klare Richtlinien wünschen.“

Nicht alle Länder geben vor, wann hitzefrei gegeben werden muss. Viele, die keine oder keine verbindlichen Regelungen haben, weisen darauf hin, dass Schulleitungen flexibel entscheiden können müssten. „Aufgrund der Vielfältigkeit von Gebäudestrukturen, der Außenbereiche und der individuellen Bedürfnisse von Mitarbeitenden und Schüler:innen und Schülern setzen wir keine starre, pauschale Hitzebeschränkung um“, schreibt etwa Patricia Brandt, Pressesprecherin des Senators für Kinder und Bildung in Bremen.

Manche Länder reagieren auf die Hitze mit konkreten Angeboten: Seit dem Schulstart bietet das Land Hessen zum Beispiel eine Hotline an, an die sich Lehrkräfte und Schulleitungen wenden können, wenn sie sich fragen, wie sie mit Hitzesituationen umgehen können.

Niedersachsen steuerte nach, indem es klarmachte, dass bei Hitzefrei kein Distanzunterricht angeordnet werden sollte. „Die Temperaturbelastung ist für Schülerinnen und Schüler zu Hause zum Lernen nicht unbedingt besser“, schreibt das Bildungsministerium. Baden-Württemberg möchte künftig verpflichtende Regelungen festlegen, wann es Hitzefrei geben sollte.

Doch kurzfristige Maßnahmen wie Hitzefrei haben ihre Grenzen. Auch die Schulgebäude müssen langfristig angepasst werden. Flächenentsiegelung, Begrünung und Beschattung der Außenanlagen – all das, was überall beim Hitzeschutz hilft, hilft auch an Schulen, wie das Beispiel der Gesamtschule Remagen zeigt. Auch die Unterrichtsräume müssen vorbereitet und eventuell umgebaut werden.

Doch solche Maßnahmen brauchen lange Planung und große Investitionen. Und sie sind in der Verantwortung der Schulträger, also in der Regel der Kommunen. Die kämpfen im Moment aber sowieso mit Haushaltslücken – nicht nur beim Hitzeschutz: Das Kom-

munalpanel 2025 der KfW-Förderbank beziffert den Investitionsrückstand bei Schulgebäuden auf 67,8 Milliarden Euro.

„Seit Jahren weist die Klimagerechtigkeitsbewegung die Bundesregierung darauf hin, dass es teuer wird, wenn sie nichts tut“, sagt Rahel Meier. Sie forscht an der Fakultät der Erziehungswissenschaften der Universität Hamburg und ist Co-Vorsitzende des Vereins Klimabildung e. V., der das Thema Klimagerechtigkeit in Schule, Universität und Gesellschaft tragen will. Es sei auch Aufgabe des Bundes, finanzielle Mittel für den Hitzeschutz an Schulen zur Verfügung zu stellen.

Der Bund bietet im Rahmen des Programms „Nationale Klimaanpassung“ Förderungen für sozialen Einrichtungen und in Kommunen an. So ist auch die Klimaanpassung der Schule Remagen ermöglicht worden. Eine flächendeckende Finanzierung vom Bund gibt es aber nicht. Wegen des sogenannten Kooperationsverbots im Grundgesetz darf der Bund Schulen grundsätzlich nicht direkt finanzieren.

Meier wünscht sich, dass nicht nur Modellprojekte unterstützt werden. Überall sollten Menschen die Möglichkeit haben, sich vor Hitze zu schützen. „Wenn es in einer Pilotschule toll ist, aber im Umkreis an anderen Schulen nicht mehr gelernt werden kann, ist das keine Lösung.“ Sie fordert eine bedarfsgerechte Finanzierung, die zuerst die Schulen unterstützt, die es am dringendsten brauchen.

Bereits im vergangenen Sommer forderte der Deutsche Lehrerverband, dass Teile des Sondervermögens in die hitzeangepasste Sanierung von Schulgebäuden fließen sollen. Theoretisch wäre das möglich: Sowohl der Teil des Vermögens, über das der Bund verfügt, als auch der, der an die Länder geht, kann für Investitionen in Bildungsinfrastruktur verwendet werden. Wie das geht, hat die Bundesregierung Anfang des Jahres gezeigt, als sie vier Milliarden Euro für „Sofortinvestitionen“ in die Sanierung von Hochschulen frei machte. Auch einzelne Projekte an Schulen werden mittlerweile aus dem Sondervermögen gefördert.

Juri Haas von der GEW Sachsen ist kritisch: „Wir haben beim Digitalpaket gesehen, dass es nicht reicht, schnell Geld auf Probleme zu werfen. Jetzt stehen in vielen Schulen Geräte, die gar nicht genutzt werden können. Angesichts knapper Kassen bin ich daher etwas skeptisch, wenn die Forderung nach Finanzierung an erster Stelle steht.“

Die Wahrscheinlichkeit, dass der Bund bald noch mehr Geld zur Verfügung stellt, ist auch eher klein. Auf eine schriftliche Frage der Grünen-Bundestagsabgeordneten Anja Reinalter antwortete die Bundesregierung, sie habe „die Folgen der Hitzerekorde in Kalenderwoche 26 des Jahres 2026 für Bildung und Betreuung zur Kenntnis“ genommen, wie die Onlinezeitung „Schwäbische“ berichtet. Zusätzliches Geld zu den Fördertöpfen und dem Sondervermögen, das den Ländern bereits

zusteht, will der Bund nicht in die Hand nehmen.

Dabei ist Hitzeschutz auch eine Frage der Chancengleichheit: „Wir haben diesen Sommer gesehen, wie schnell Klimawandel zur Bedrohung werden kann“, sagt Rahel Meier von der Universität Hamburg. Der Bericht des Weltklimarates weist seit Jahren darauf hin, dass marginalisierte Gruppen besonders von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen seien. „Die Hitzewellen treffen Menschen in Deutschland ganz unterschiedlich“, sagt Meier. „Insofern ist davon auszugehen, dass die Hitze andere Risikofaktoren verstärkt.“

Bildungsungleichheit hänge zwar von vielen verschiedenen Faktoren ab. „Aber es ist davon auszugehen, dass sich die Hitze auch darauf auswirken wird“, sagt sie. „Es macht einen Unterschied, wo eine Schule liegt, wie kühl die Räume sind.“



forum



Sachsen-Anhalt

Wetten, dass ...
die Demokratie gewinnt?!

Bei der Wahl am 6. September in Sachsen-Anhalt könnte die rechtsextreme AfD laut Umfragen die absolute Mehrheit erreichen. Es steht also viel auf dem Spiel.

Die taz diskutiert bei einer Veranstaltung in Magdeburg mit Vertreter:innen der Zivilgesellschaft und den Spitzenkandidat:innen der demokratischen Parteien.

Infos & Anmeldung unter: taz.de/talk

Live und im Stream

25. August 2026, ab 18:30 Uhr

Moritzhof, Moritzplatz 1, 39124 Magdeburg

Eintritt frei

Unterstützung für SPD-Plan

Sozial- und Umweltverbände befürworten Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz. Der Bund soll etwa bei Hitzeschutz mitzahlen

Die Liste der Unterstützer wird länger. Nach einer Reihe von Umweltverbänden, Gewerkschaften und Sozialverbänden hat sich am Dienstag auch die Deutsche Stiftung Patientenschutz hinter den SPD-Vorstoß gestellt, Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern im Grundgesetz zu verankern. Ihr Vorstand Eugen Brysch fordert, dass sich der Bundestag dabei auf den Schutz von sozialen Einrichtungen konzentrieren soll. „Gerade alte, pflegebedürftige und schwer kranke Menschen leiden“, sagte er.

Zurzeit drehen sich Bundesregierung und Bundestagsfraktionen bei der Klimaanpassung sozialer Einrichtungen im Kreis. „Dabei muss den Beteiligten bewusst sein, dass die 5,8 Millionen Klinikpatienten in den Sommermonaten und die 800.000 Pflegeheimbewohner ohne eine Klarstellung in der Verfassung nicht vor den extremen Temperaturen geschützt werden können“, so Brysch.

Die SPD möchte eine neue „Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung und Naturschutz“ im Grundgesetz festschreiben. Für eine wirk-same Anpassung an die Klimakrise brauche es „eine gesamtstaatliche Kraftanstrengung, die Prioritäten setzt, Ressourcen bündelt, Abstimmungen intensiviert und schnelles Handeln ermöglicht“, heißt es in einem vierseitigen Papier SPD-geführter Bundesministerien für die Kabinettsklausur Ende August. Die Ressorts fordern unter anderem einen nationalen Hitzeaktionsplan, Änderungen im Bauplanungsrecht und den Schutz von Beschäftigten gegen extreme Temperaturen.

„Ohne Klarstellung in der Verfassung können die 5,8 Millionen Klinikpatienten nicht vor den extremen Temperaturen geschützt werden“

Eugen Brysch, Patientenschützer

Bisher liegt die Zuständigkeit für den Hitzeschutz in erster Linie bei Ländern und Kommunen. Wäre er als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz definiert, könnte sich der Bund stärker beteiligen. Momentan beschränkt sich dessen Mitwirkung auf Maßnahmen wie das Erstellen von Hitzeschutzplänen oder auf Förderprogramme wie für den Waldumbau.

Brysch sagte, eine Grundgesetzänderung sei nötig, weil Deutschland bei der Klimaanpassung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen beschränkt sei. „Denn Länder und Kommunen sind nicht in der Lage, die zusätzlichen Milliarden Euro zu bezahlen. Auch ist es Pflegeheimbewohnern finanziell unzumutbar, neben den explodierenden Investitionskosten auch noch den Hitzeschutz aus eigenen Mitteln zu stemmen.“

Um das Grundgesetz zu ändern, sind Zweidrittelmehrheiten in Bundestag und Bundesrat notwendig. Die Umweltminister:innen der Länder hatten sich bereits auf ihrer Konferenz im Mai für eine „Gemeinschaftsaufgabe Naturschutz und Klimaanpassung“ ausgesprochen.

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) hatte am Montag verlauten lassen, er wolle sich noch nicht festlegen, ob er die Forderung des Koalitionspartners unterstützt. Die Regierung werde zunächst intern über den Vorstoß der SPD-geführten Ministerien beraten, sagte Vizeregierungssprecher Sebastian Hille.

Ebenfalls am Montag hatten etwa die Deutsche Umwelthilfe, der Paritätische Gesamtverband, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und Greenpeace darauf hingewiesen, dass die Klimakrise längst reale Auswirkungen habe und Anpassung eine verlässliche Finanzierung brauche. „Ohne schnelle und unbürokratische Investitionen in hitzeresiliente Gebäude bleiben vulnerable Menschen weiterhin gesundheitlichen Risiken ausgesetzt“, warnte der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands, Joachim Rock. Der DGB-Vizevorsitzende Stefan Körzell forderte zusätzlich einen „Hitzegipfel unter Beteiligung der Sozialpartner und Zivilgesellschaft, um über kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Steigerung der Klimaresilienz zu beraten.“ (dpa/epd)

Zahl des Tages

26 Messstationen

Es wird nicht nur heißer, auch die **Belastung durch UV-Strahlung** der Sonne wächst und damit das Risiko von DNA-Schäden und Hautkrebs. Überraschenderweise gibt es nun erstmals Daten für Europa. Für Deutschland war das Bundesamt für Strahlenschutz in Salzgitter beteiligt. Besonders in Mitteleuropa und Westeuropa nahm die Strahlung zu – also auch in Deutschland. **An 26 von 40 Messstationen in 19 Ländern** wurde ein jährliches Plus um 10 bis 20 Prozent festgestellt. Ausgewertet wurde der Zeitraum von 2013 bis 2022. Auch Satellitendaten wurden mit untersucht. Hauptgrund für den Anstieg der UV-Strahlung ist, dass es weniger Wolken gibt – auch bedingt durch, was wohl, den Klimawandel.

Fossile Abhängigkeiten

Kritiker*innen klagen in Brüssel: Wie die Bundesregierung ihre Pläne für neue Gaskraftwerke umsetzen will, verstoße gegen Wettbewerbsrecht

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und die Energiegenossenschaft Green Planet Energy haben in Brüssel Beschwerde gegen das Strom-Versorgungssicherheits- und Kapazitätsgesetz (StromVKG) der Bundesregierung eingelegt, das die Ausschreibung neuer Gaskraftwerke noch in diesem Jahr vorsieht. Das Gesetz sei wettbewerbsrechtlich umstritten, erklärten DUH und Green Planet Energy am Dienstag. Zudem widerspreche es dem Ziel des Accelerate-EU-Pakets, das Europas Abhängigkeit von fossilen Märkten und Energien in der Stromerzeugung verringern will.

Das StromVKG sei „faktisch“ auf neue Gaskraftwerke zugeschnitten, die Ausschreibungen seien nicht technologieneutral, begründeten DUH und Green Planet Energy ihre Beschwerde. Da-

mit verstoße es gegen das europäische Beihilfe- und Wettbewerbsrecht. Das Stromgesetz sieht die Ausschreibung von Anlagen mit einer Leistung von insgesamt zunächst rund zehn Gigawatt ab September vor. Bezuschlagt werden laut Wirtschaftsministerium „Anlagen, die in der Lage sind, über einen längeren Zeitraum am Stück Strom bereitzustellen“. Alternativen zu Gaskraftwerken wie etwa Großspeicher sind damit de facto ausgeschlossen. Die neuen Kraftwerke brauchen staatliche Förderung, da sie als Backup für Zeiten vorgesehen sind, in denen der Strom aus erneuerbaren Energiequellen nicht ausreicht. Mit so begrenzten Betriebszeiten wären sie ohne Förderung nicht wirtschaftlich zu betreiben.

Der rechnerische Förderhöchstbetrag liege bei den geplanten 15 Jahren Laufzeit bei knapp 33

Milliarden Euro, erklärten DUH und Green Planet Energy. Die Bundesregierung wolle die Finanzierung in einem weiteren Gesetz regeln; dabei stehe auch eine Umlage für Verbraucher im Raum. „Mit dem neuen Gesetz soll eine milliardenschwere Dauerförderung für Gaskraftwerke auf den Weg gebracht werden, auf dem Rücken von Verbraucherinnen und Verbrauchern und Unternehmen“, kritisierte Nils Müller, Vorstand bei Green Planet Energy.

Von der EU genehmigen lassen will die Bundesregierung die staatlichen Förderungen laut der Umweltorganisationen im Vorprüfverfahren. Sie forderten daher ein förmliches Prüfverfahren. Ein EU-Sprecher sagte auf afp-Anfrage, die Gespräche über die Genehmigung des StromVKG dauerten an. Zum genauen Zeitplan könne er sich nicht äußern. (afp)



Ölverschmiert: „Das hier ist unser Pass in die Zukunft“, jubelt Präsident Lula da Silva im brasilianischen Amapá
Foto: Agencia Petrobras/afp

Ölfund im Amazonasbecken

Der Erdölkonzern Petrobras hat neue Erdölvorkommen gefunden. Brasiliens Präsident Lula da Silva feiert die klimaschädliche Entdeckung als Garant für mehr Souveränität

Aus Salvador da Bahia
Christine Wollowski

Jetzt ist es offiziell: „Wir haben Öl gefunden“, verkündete die Vorsitzende des halbstaatlichen Erdölkonzerns Petrobras, Magda Chambriard, am Montag bei einem Treffen mit dem brasilianischen Präsidenten Lula da Silva. Schon am Freitag waren erste Verdachtsmomente entstanden. Am Montag war der Staatschef selbst in den äußersten Norden Brasiliens nach Amapá gereist, um sich die Sache auf dem Sondenboot „NS 42“ anzusehen.

„Das hier ist unser Pass in die Zukunft“, jubelte der Präsident mit ölverschmierten Händen. Er verglich den Fund mit den riesigen Vorkommen im Préal, die gegen Ende seiner ersten Amtszeit entdeckt wurden. Brasilien könne sogar den USA Erdöl anbieten, falls sie den Hormus-Ka-

nal wieder schließen wollten, sagt Lula weiterhin. Noch sei nicht abzusehen, welche Mengen an Erdöl in mehr als 2.800 Metern Tiefe vorhanden seien, wiegelte hingegen die Petrobras-Vorsitzende gegenüber der

„Ein Land, das Öl in dieser Qualität hat, wird niemandem erlauben, sich einzumischen“

Lula da Silva, Präsident Brasiliens

Tageszeitung *Folha de São Paulo* ab.

Fündig geworden ist das Unternehmen im Bohrloch Morph, an dem im Januar bei einem Unfall bis zu 18.000 Liter Bohrflüssigkeit ausgelaufen waren. Da-

raufhin wurden die Bohrungen für 30 Tage unterbrochen. Die endgültige Tiefe von Morph soll erst in zwei Wochen erreicht sein.

Petrobras hat in der Region des sogenannten Blocks 59 außerdem Genehmigungen für Testbohrungen an drei weiteren Stellen beantragt. Diese seien notwendig, um das gesamte Ausmaß des Vorkommens einschätzen zu können. Die Umweltbehörde Ibama lehnt weitere Bohrungen nicht kategorisch ab, verlangt aber zusätzliche Daten, um über die Anträge zu entscheiden.

Brasilien produziert zurzeit 80 Prozent seines Erdöls im Préal, wo voraussichtlich gegen 2035 die Spitzenproduktion erreicht sein wird. Danach brauche das Land neue Reserven, um den Rankingplatz als einer der zehn größten Erdölproduzenten der Welt nicht

zu verlieren, so die Petrobras-Chefin. Zur geplanten Energie-wende und der Abkehr von den Fossilien sagte Lula: „Ich verleugne meinen Kampf nicht, dass wir eines Tages keine fossilen Brennstoffe mehr brauchen. Brasilien wird weiterhin ein Land der Innovation bei Biotreibstoffen sein.“

Doch momentan steht das Öl im Vordergrund. Der Minister für Energie und Bergbau, Alexandre Silveira, nennt den Fund eine „historische Entdeckung“, einen wichtigen Schritt Brasiliens auf dem Weg zur Energiesouveränität.

Lula stellt das Vorkommen sogar als Garant für die Souveränität des Landes hin: „Ein Land, das Öl in dieser Qualität hat, wird niemandem erlauben, sich einzumischen“, sagte er und versprach, Kritiken vorwegnehmend: „Wir kümmern uns weiterhin um die Umwelt.“

Wissenschaftler haben kürzlich errechnet, dass bei einem eventuellen Unfall ausfließendes Öl entgegen der Angaben des Konzerns durchaus die brasilianische Küste erreichen würden. Soziale Folgen sind jetzt schon spürbar: Die BBC zeigte bereits zu Beginn des Jahres, wie Immobilienspekulation und ungeordnete Besiedlung in der dem Bohrgebiet am nächsten gelegenen Stadt Oiapoque aufgenommen haben.

Gebaut wird überall gleichzeitig

Die Nord-Süd-Verbindungen sind das Kernstück des Stromnetzausbaus in Deutschland und nicht einfach mal schnell verlegt. Ein Besuch auf den Baustellen

Von **Bernward Janzing**

In Sichtweite der Baustelle steht das Atomkraftwerk Brokdorf, die Reaktorkuppel ist unverkennbar. Es ist die alte Welt, wenn man so will. An der neuen Welt wird an diesem Frühsommertag noch gearbeitet.

Auf einer Fläche von gut sieben Hektar hat der Übertragungsnetzbetreiber TenneT in mitten der Felder der Gemeinde Wewelsfleth eine Baustelle errichtet für eines der größten Sonderbauwerke der Stromtrasse SuedLink. Diese soll ab Ende 2028 Windstrom aus dem Norden nach Süddeutschland bringen, oder auch gelegentlich Solarstrom in die Gegenrichtung.

Über Stahltreppen geht es in die Baugrube hinunter bis 21 Meter unterhalb der Ackerkrume der Wilstermarsch. Durch ein Tunnelportal fahren Baumaschinen in den Untergrund ein, wo sich die 190 Meter lange Tunnelvortriebsmaschine „Elsa“ seit Februar 2025 rund um die Uhr durch Lehm, Sand, Kies und Torf frisst. Hinter ihrem Bohrschild kleidet sie das Loch mit insgesamt 24.000 Tübbing aus, vorgefertigten Betonsegmenten.

So ist inzwischen ein 5,2 Kilometer langer Tunnel unter der Elbe entstanden, 4 Meter im Durchmesser. Ende Juni erreichte die Bohrmaschine ihr Ziel in Wischhafen auf der anderen Elbseite in Niedersachsen, am Montag feierten Politiker der beiden beteiligten Bundesländer den symbolischen Tunneldurchschlag.

Das Bauwerk wurde auf den Namen ElbX getauft. Sechs Stromkabel, jedes 15 Zentimeter dick, werden darin den Fluss unterqueren als Teil von Deutschlands größter Stromtrasse. Sie soll künftig zweimal 2.000 Megawatt von der Nordsee nach Süddeutschland bringen. „Der Bau von SuedLink ist entscheidend für den Erfolg der Energiewende“, sagt Tim Meyerjürgens, Geschäftsführer von TenneT. Dafür sind 10 Milliarden Euro veranschlagt.

Von Wischhafen werden die Kabel komplett unterirdisch in den Süden der Republik geführt. Dafür muss eine Schneise von 40 Metern geschlagen werden; später bleibt davon ein 16 bis 20 Meter breiter Streifen, auf dem kein Bau entstehen und kein Baum wachsen darf. Landwirtschaft immerhin wird hier

nach Fertigstellung wieder möglich sein, denn die Kabel liegen mindestens anderthalb Meter unter der Oberfläche.

Ursprünglich hatte die Politik Freileitungen vorgesehen, doch die Gemeinden wehrten sich gegen die „Monstertrassen“. 2015 verbannte der Gesetzgeber SuedLink komplett unter die Erde. So erkaufte man sich die Akzeptanz teuer – Freileitungen hätten nur ein Drittel gekostet, bei technischen Defekten wären sie schneller zu reparieren gewesen.

Doch die Entscheidung ist Geschichte. In Wewelsfleth hat TenneT ein Besucherzentrum aufgebaut. Hier werden Gruppen empfangen, die von einer Aussichtsplattform über die Baustelle blicken können. Rund um die Uhr wird dort gearbeitet. Nahe dem Zentrum steht ein Betonring, ein 1:1-Modell des Tunnels mit montierten Kabelstücken. Daneben Schilder, die in verschiedene Richtungen weisen. Auf einem steht: „680 Kilometer Netzverknüpfungspunkt Großgartach“.

Großgartach liegt in Baden-Württemberg bei Heilbronn. Dort wird eine der beiden SuedLink-Trassen den Anschluss

an das Höchstspannungsnetz finden. Nicht weit entfernt ist der einstige Atomstandort Neckarwestheim. Die andere SuedLink-Trasse zweigt in Unterfranken ab und endet am Verknüpfungspunkt Bergheinfeld bei Schweinfurt. In der Nähe liegt hier wiederum der AKW-Standort Grafenheinfeld. So gibt die bestehende Netzstruktur die Anschlusspunkte vor.

Vor Ort empfängt die EnBW-Tochter TransnetBW, die das Projekt SuedLink zusammen mit TenneT baut. Vom Dach eines Betriebsgebäudes kann man auf die beiden bereits fertiggestellten Konverterhallen blicken. Die braucht man, wenn man auf HGÜ setzt – auf die Hochspannungsgleichstromübertragung. Damit gebe es nur halb so viel Verluste wie im klassischen Drehstromnetz, erklärt Sebastian Gehring, Betriebsingenieur von TransnetBW. Über die rund 700 Kilometer von SuedLink liege der Gesamtverlust im niedrigen einstelligen Prozentbereich. Der Unterschied: Die HGÜ-Kabel sind quasi Stromautobahnen ohne eine Abfahrt unterwegs, bei Wechselstromleitungen kann man mittels eines Umspannwerks auch unterwegs problemlos Strom abzapfen.

SuedLink wird Windstrom in den Süden bringen – heißt es immer. Das dürfte auch die häufigere Variante sein, aber natürlich ist SuedLink keine Einbahnstraße. „Im Sekundenbereich“ lasse sich die Richtung des Lastflusses auf der Trasse aus technischer Sicht wechseln, sagt Ingenieur Gehring. In der Praxis wird man allerdings abrupte Veränderungen im System meiden und eher binnen Minuten schalten, weil ein harter Eingriff alle anderen Stromflüsse im Netz beeinflussen kann.

In Großgartach fällt neben der Umspannanlage der Förderturm eines Salzbergwerks auf. Auch die vorhandenen Stollen tangierten die Trasse von SuedLink: 16 Kilometer der Kabel mussten in 200 Metern Tiefe durch das Bergwerk geführt werden. Es ist – neben der Elbe – das zweite große Sonderbauwerk im Trassenverlauf.

Dagegen hatte TransnetBW in Oedheim am Kocher nur ein kleineres Projekt zu bewältigen: Weil man in einen Weinberg ansonsten hätte eine lange Schneise schlagen müssen – keine gute Idee in wertvollen Lagen –, unterquerte man den Rebhang per Horizontalbohrung von gut 900 Metern Länge. So ist das eben: Wer eine Trasse einmal durch ganz Deutschland

führen will, hat viele Einzelprobleme zu lösen.

Einfacher hat es TransnetBW in dieser Hinsicht beim Projekt Ultranet – das ist eine zweite HGÜ-Verbindung, die künftig aus dem Norden in Baden-Württemberg ankommen wird. Sie verläuft als Freileitung, die Leiterseile können komplett auf bestehenden Hochspannungsmasten geführt werden.

Bereits Ende 2026 soll hier der erste Strom fließen und wieder soll es vor allem Windstrom sein. Von Emden an der Nordsee werden über den so-

Die bestehende Infrastruktur – die sich an den Atomstandorten orientierte – gibt die Dimensionen vor

genannten Korridor A HGÜ-Erdkabel nach Meerbusch-Osterrath in Nordrhein-Westfalen geführt. Dort beginnt dann Ultranet und endet nach 340 Kilometern im nordbadischen Philippsburg – natürlich ebenfalls an einem früheren AKW-Standort. Zwei Leitersysteme mit einer Kapazität von zusammen 2.000 Megawatt werden dort ankommen, das ist etwa die Leistung, die einst die beiden Atomreaktoren hatten. Zufall ist das nicht, die bestehende Infrastruktur gibt die Dimensionierung vor.

Die Konverterhallen in Philippsburg wurden auf der Fläche der einstigen Kühltürme gebaut, die frühzeitig weichen mussten. So konnten die elektrischen Anlagen schon 2024 in den sogenannten Statcom-Betrieb gehen. Das heißt: Die Konverter stellen dem Netz bereits vor Inbetriebnahme der HGÜ-Verbindung Systemdienstleistungen bereit. Zum Beispiel muss Blindstrom kompensiert werden, das ist ein physikalisches Phänomen in Wechselstromnetzen.

Ortstermin in Mannheim-Neckarau. Dort hat die LTB Leitungsbau ihren Sitz. Zu ihren Vorgängerunternehmen zählte auch der Elektrotechnikkonzern Brown, Boveri & Cie, später ABB. „Unsere Vorgängerunternehmen haben nahezu ein Drittel der deutschen Stromleitungen gebaut“, sagt LTB-Manager Sven Behrend, während er zu einem Hochspannungsmast am Mannheimer Rangierbahnhof führt. 98 Masten hat die 42 Kilometer lange Ultranet-Strecke in Baden-Württemberg insgesamt. Ein Heusteiger erlaubt eine Fahrt zur Spitze des Mastes.

In 67 Meter Höhe eröffnet sich der Blick über den Rangierbahnhof, der auch wieder eine Herausforderung barg – er liegt unterhalb der Leitungstrasse. Das Bauen von Infrastruktur in dicht besiedelten Regionen ist komplex: „Wir mussten bis zu 27 Meter hohe Schutzgerüste innerhalb der Gleisanlagen errichten, um den Bahnverkehr auch während der Arbeiten zu gewährleisten“, sagt Klaus Kaufmann, Projektleiter Leitungsbau Netzprojekte bei TransnetBW.

Von hier oben zeigt sich auch ein historischer Energiestandort in seiner ganzen Ausdehnung. In Mannheim-Rheinau führt seit 1926 die Nord-Süd-Leitung vorbei, die erste 220-kV-Leitung Europas. Sie verbindet das Rheinische Kohlerevier mit der Wasserkraft Vorarlbergs. Ein Projekt, das damals mindestens so revolutionär war wie heute SuedLink mit seiner HGÜ-Technik. Nicht weit entfernt befindet sich das Großkraftwerk Mannheim. Es ging 1921 in Betrieb und ist bis heute das größte Kohlekraftwerk Baden-Württembergs.

Abermals liegen hier also die beiden Welten eng beieinander – die alte Welt, diesmal in Form der Kohle, und die neue Welt des erneuerbaren Stroms. Derweil werden auf dem Hochspannungsmast gerade die 32 Millimeter dicken Leiterseile aus stahlverstärktem Aluminium montiert – auf dass möglichst viel Windstrom von der Küste künftig den Südwesten erreichen möge.



Tunneldurchstich: Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther (CDU, l.) und Niedersachsens Energieminister Christian Meyer (Grüne, r.) Foto: Philipp Schulze/dpa



taz  blogs

**Nicht zu fassen ...
aber zu lesen.**

Mutiges, Abseitiges und Tiefgründiges lesen
Sie auf den Blogs der taz: taz.de/blogs

1.637 Tage
Krieg in der Ukraine



Zwischen
Feriencamp
und Luftalarm

Von Artem Perfilov

Das formal als Frontgebiet geltende Odessa ist die einzige nicht besetzte ukrainische Region, in der es offiziell erlaubt ist, im Meer zu baden. Und genau deshalb kommen Menschen aus allen Teilen der Ukraine im Sommer her. Vor allem die, die sich keinen Urlaub im Ausland leisten können. Die Stadtstrände Odessas sind voll mit Urlaubern. Viele kommen mit ihren Kindern. Allerdings lässt sich diese Art der Feriengestaltung durchaus als extrem bezeichnen – denn die Stadt wird nicht nur täglich von Russland angegriffen, auch die Minengefahr ist real. Erst im Juni starb eine junge Frau am Strand von Odessa durch einen Bombensplitter.

An einem Tag kann es bis zu zehnmal Luftalarm geben, manchmal mehr. Vom Strand aus kann man den Rauch der von Russland attackierten zivilen Schiffe sehen und Explosionen, Schüsse und das Summen der Abfangdrohnen hören.

Odessaer Eltern haben zu dieser Frage ihre ganz eigene Meinung. Einige von ihnen gehen zum Beispiel selbst an den Strand, erlauben es aber ihren Kindern nicht. Stattdessen gehen sie mit ihnen gleich ins Schwimmbad.

Dreifachmutter Anna erzählt: „Natürlich fahren wir mit den Kindern auch Fahrrad, spielen Beachvolleyball, klar. Aber wir wissen auch, dass es gerade am Meer gefährlich ist.“ Es gebe aber auch immer noch Ferienlager oder Sportfreizeiten, sagt sie.

„Dort gehen sie bei Alarm in Schutzräume“, weiß Anna. Und fügt noch hinzu, dass die Kinder sowieso schon dauernd in diesen Kellern seien, weil es immer mehr Alarm gebe. „Feriensportangebote gab es vor dem Krieg in Zatoka, Serhijiwka und anderen Orten südlich von Odessa. Jetzt wird so etwas in den Karpaten angeboten. Aber wir fahren lieber zum Angeln an einen See“, resümiert sie.

Die Stadtverwaltung von Odessa hat entlang der Küste mobile Betonunterstände errichtet. Die bieten natürlich keinen Schutz vor direktem Raketen- oder Drohnenbeschuss, aber zumindest vor umherfliegenden Splittern. Ob das als Sicherheitsmaßnahme für Kinder ausreicht, muss letztendlich jeder für sich entscheiden.

Aber wie man es auch dreht und wendet: Kinder brauchen aktive Erholung. Am besten im Wasser, nicht nur im Keller.

Soja, Mutter der 10-jährigen Alysa, erzählt: „Wir fahren überhaupt nicht mehr an die Strände außerhalb der Stadt, so wie es viele Odessiten früher gemacht haben. Und wir versuchen auch, weniger an die Stadtstrände zu gehen.“ Stattdessen besuchten sie jetzt Schwimmbäder im Binnenland. Denn am Meer ist ein Angriff wahrscheinlicher. Es gibt jetzt auch mehr Orte in Kellerräumen wie Kinderclubs, Sport- und Tanzstudios.

Die Inflation verschärfe die Lage noch zusätzlich, sagt Soja. Kinderferienangebote haben sich im Laufe des Krieges um durchschnittlich 30 Prozent verteuert. Die Gehälter seien hingegen gleichgeblieben.

Für Kinder aus einkommensschwachen Familien, von Militärangehörigen und Binnengeflüchteten bieten Staat und Sozialverbände auch kostenlose Kinderreisen an. Olena (*Name aus Sicherheitsgründen geändert*) ist Soldatenfrau. Ihr 15-jähriger Sohn Borys fährt wegen dieser Angebote jetzt häufiger ins Ferienlager.

„Letztes Jahr war er beim Rafting im Gebiet Mykolajiw, im Winter zum Skifahren in der Westukraine. Dieses Jahr fährt er nach Deutschland. Jedes Camp in der Ukraine garantiert, dass dort Schutzräume sind. Es ist auch immer mindestens ein Arzt dabei“, erzählt Olena.

Seit mehr als zwei Jahren hören wir hier schon die Siegesmeldungen, dass der Krieg jeden Moment zu Ende sein werde, das ist so ein Hintergrundausschlag. Aber Realisten glauben nicht an ein schnelles Ende. Schon jetzt wird Zivilisten geraten, Kurse zur medizinischen und militärischen Ausbildung zu absolvieren. Für Kinder gibt es schon länger militärisch-sportliche Vorbereitungscamps. Nicht, weil wir den Krieg so sehr lieben. Sondern weil wir nicht riskieren wollen, getötet zu werden.

Aus dem Russischen: Gaby Coldewey

Israel bombardiert erneut Städte in Südlibanon
Foto: Houssam Shbaro/imago



Dieser Artikel wurde möglich durch finanzielle Unterstützung des Recherchefonds Ausland e. V. taz.de/auslands-recherche



Artem Perfilov
freiberuflicher Journalist und lokaler Produzent aus der ukrainischen Hafenstadt Odessa. Seit Beginn der russischen Großoffensive in der Ukraine begleitet er ausländische Journalisten, unter anderem in die Frontgebiete. Der Autor war Teilnehmer eines Osteuropa-Workshops der taz Panter Stiftung.

Tausende auf der Flucht

Israel hat die Angriffe in Libanon verstärkt, 11 Menschen wurden getötet. Es ist die schärfste Eskalation seit dem im Juni verkündeten Waffenstillstand



Aus Beirut Julia Neumann

Die Sonne war noch nicht aufgegangen, die Familie Nassereddine lag in ihren Betten und schlief, als eine israelische Bombe ihr Haus traf und sie alle tötete. Der Angriff traf am Samstag das Familienhaus im Dorf Ansar in Südlibanon. Dabei gilt eigentlich eine Waffenruhe.

Der Tod der Familie hat in Libanon viel Aufmerksamkeit erregt. Die Mutter Zainab Nassereddine war eine bekannte Dichterin und Übersetzerin von französischen Klassikern ins Arabische. Sie stammte aus einer Künstlerfamilie. Ihr Vater Mahdi Nassereddine ist Herausgeber traditioneller Texte, ihre Brüder sind Künstler und Dichter. Ihren Mann allerdings, Ali Samir al-Hajj Hassan, hat Israel als Kommandeur der Al-Radwan-Truppe der Hisbollah-Miliz identifiziert.

Die beiden hatten vier Kinder: Hussein, Zahra, Abbas und Hassan. Zainabs Bruder Hussein Nassereddine postete Fotos der Kinder auf Instagram: Beim Basketballspielen, beim Grillen, auf dem Balkon mit einem grauen Papagei in einem Käfig. „Israel hat sie alle getötet“, schrieb er

darunter, „auch ihren Papagei Coucou.“

„Wir haben Überreste von Kindern im Pool gefunden!“, sagt der Nachbar Mohamed Saab fassungslos in einem Video. Er hat ein Gästehaus mit Pool, dessen Beckenrand voller Staub vom Angriff ist. „Was haben wir hier, dass wir das verdienen?“, fragt er.

Die Luftangriffe lösten neue Panik aus. Tausende Menschen flohen in der Gegend um Nabatija erneut aus ihren Häusern. Auf der Autobahn in Richtung Norden stauten sich die Autos mit den Vertriebenen. Für viele ist es die dritte oder vierte Flucht seit Beginn des Krieges im Oktober 2023. Dabei waren sie gerade erst zurückgekehrt.

Mitte Juni hatten Israel und Libanon einen bilateralen Waffenstillstand verkündet. Nach zwei Kriegsphasen und insgesamt über 8.000 Toten in Libanon konnten damals zumindest einige Menschen aus dem Süden zurückkehren – vor allem um die Stadt Nabatija. Über 300.000 Menschen konnten nicht zurück, weil Israel über 60 Grenzdörfer in Südlibanon weiter besetzt und zerstört. Die neue Eskalation in Regionen, die als relativ sicher vor Angriffen galten, lässt viele

bangen, dass Israel es dabei nicht belassen wird. Mit Angst blicken die Libanes*innen auf die anstehenden Wahlen in Israel. Sie befürchten, dass Israels Regierung durch Gewalt in Libanon Wähler*innen gewinnen möchte.

Entsprechend ist die Rhetorik der israelischen Regierung: „Man muss in Libanon die Spielregeln brechen, Beirut bombardieren und sie zerschlagen“, sagte Israels ultrarechter Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, am Sonntag im israelischen Radiosender Darom. Er forderte eine deutliche Eskalation der israelischen Angriffe in Libanon.

Bombardierungen, Explosionen und Artilleriebeschuss gehen vor allem um den Ali-al-Taher-Gebirgsrücken weiter. Dort hat die von Iran unterstützte Hisbollah-Miliz ein Tunnelsystem gebaut. Für Israels Armee würde die Einnahme von Ali al-Taher die Einnahme des gesamten Gebiets bedeuten. Sie möchte das Gebiet einnehmen, trotz Waffenstillstand.

Weil die Kämpfe rund um Ali al-Taher die achte Runde bilateraler Gespräche gefährden, soll Washington darauf gedrängt haben, israelische Angriffe ein-

zustellen. Der Hisbollah wurde angeboten, ihre Stellungen zu räumen und an die libanesische Armee zu übergeben. Doch die Hisbollah lehnt das ab, sagen Abgeordnete der Partei am Dienstag. Die Miliz fürchtet, das libanesische Militär könne das Gebiet vor einer möglichen Besatzung nicht verteidigen.

Das bilaterale Abkommen aus dem Juni sieht vor, dass Israel die Besatzung in Südlibanon schrittweise beendet. Die Hisbollah soll ihre Waffen und Stellungen an Libanons Armee abgeben. Beide Seiten weigern sich.

Leidtragend ist die Zivilbevölkerung. „Die Bewohner der Grenzdörfer sind seit drei Jahren vertrieben und gezwungen, von Haus zu Haus zu ziehen“, sagte Tarek Mazraani vom Verband der Einwohner*innen der Grenzdörfer, der taz. „Unsere Vertriebenen leiden unter Belastungen durch monatliche Mieten und Ausgaben, ohne Arbeit oder Einkommen zu haben.“ Eine Rückkehr sei nicht in Sicht, im Gegenteil: „Täglich werden Häuser zerstört, Gebäude mit Sprengfallen versehen und gesprengt, landwirtschaftliche Flächen abgebrannt.“ Mit der neuen Eskalation sind nun noch mehr Menschen vertrieben.

Libanon läuft zudem Gefahr, erneut zum Schauplatz im USA-Iran-Krieg zu werden. Parallel zu Israels Eskalation in Südlibanon ist auch die 60-Tage-Frist der Waffenruhe zwischen den USA und Iran zu Ende gegangen. Das Abkommen hatten die USA zwar in den ersten Wochen durch Angriffe zunichtegemacht, doch nun sagte US-Präsident Donald Trump, er habe es „nicht eilig“, den Krieg mit Iran zu beenden.

Am Dienstag postete er eine Karte, auf der er die Straße von Hormus als „US-Territorium“ markiert hatte. Iran wiederum droht mit einer stärkeren Eskalation, sollte die USA ihre Versprechen aus dem Abkommen nicht wahr machen und Sanktionen gegen Iran erleichtern. Mit Blick auf Libanon soll Iran überlegen, der Hisbollah mit möglichen Angriffen gegen Israel beizustehen.

Trump droht Oman mit Bomben

Zum Ablauf der im Rahmenabkommen zwischen USA und Iran von Mitte Juni vorgesehenen Frist ist eine dauerhafte Einigung nicht in Sicht. Dafür ist Trump wütend auf Vermittler Oman

Mit einer scharfen Drohung hat US-Präsident Donald Trump den Druck auf Oman erhöht. Das Sultanat soll derzeit mit Iran klären, wie künftig die Schifffahrt durch die Straße von Hormus geregelt sein soll – bisher ohne Einigung. „Wenn Oman uns in die Quere kommt, werden wir sie in Grund und Boden bombardieren“, sagte Trump dem Sender Fox News. Oman ist bislang keine aktive Kriegspartei.

Das zwischen Teheran und Washington Mitte Juni ausgehandelte Rahmenabkommen sah vor, dass Oman und Iran gemeinsam eine Lösung für die Schifffahrt finden – in Absprache mit den Anrainerstaaten und unter Berücksichtigung internationalen Rechts. Oman berichtete zwar von konstruktiven Gesprächen, eine Einigung wurde bisher aber nicht verkündet.

US-Senator Tim Kaine will einen möglichen Militäreinsatz gegen Oman verhindern. Der Demokrat aus Virginia kündigte an, nach der Sommerpause des Kongresses eine Resolution

nach dem sogenannten War Powers Act einzubringen, die militärische Maßnahmen gegen das Land untersagen soll. Kaine kritisierte Präsident Donald Trump scharf und warf ihm vor, mit seiner „Ein-Mann-Kampagne“, weltweit Kriege anzudrohen und zu initiieren, zunehmend außer Kontrolle zu geraten.

Trump's Drohungen gegen Oman seien besonders problematisch, da die USA diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu dem Land unterhielten, sagte Kaine. Davon könnten Gegner der USA wie China und Russland profitieren, die sich darüber „die Hände reiben“ würden.

Trump hatte bereits im Mai mit einer Drohung Richtung Maskat für Verwunderung gesorgt. Oman gilt wegen seiner Rolle als internationaler Mediator in regionalen Krisen als „Schweiz des Nahen Ostens“ und hat wiederholt zwischen den USA und Iran vermittelt – eine Rolle, die etwa von Ägypten weiterhin geschätzt wird.

Das ägyptische Außenministerium teilte mit, ein mögliches Abkommen zwischen Iran und Oman könnte dafür sorgen, dass die USA und Iran für ein „umfassendes und dauerhaftes Abkommen“ an den Verhandlungstisch zurückkehren. Es sein ein Abkommen möglich, „das auf alle Bedenken eingeht und die regionale Sicherheit und Stabilität verstärkt“, teilte das ägyptische Außenministerium nach einem Treffen von Minister Badr Abdelatti mit seinem omanischen Amtskollegen Badr al-Bussaidi am Dienstag mit. Zu Trump's Drohungen gegen Oman äußerte sich das Ministerium nicht.

Trump sagte weiter, trotz der im Rahmenabkommen festgesetzten und mittlerweile abgelaufenen 60-Tage-Frist für vertiefte Verhandlungen mit Iran stehe er nicht unter Druck. „Ich habe es nicht eilig“, erklärte er. Der iranischen Führung legte er nahe, angesichts des wachsenden Drucks die Weiße Fahne zu hissen. „Es sind gute Pokerspieler, aber sie gehen zugrunde.“

Angesichts des Fristablaufs mahnte UN-Generalsekretär António Guterres über seinen Sprecher: „Es gibt keine militärische Lösung für diesen Konflikt.“ Guterres fordere die Islamische Republik Iran und die Vereinigten Staaten auf, wieder Verhandlungen aufzunehmen und „die Rhetorik zu mäßigen, die wir in den letzten Tagen vernommen haben“, hieß es in der Mitteilung.

Iran bleibt unterdessen bei seiner Position, die Straße von Hormus erst dann wieder freizugeben, wenn die USA ihre Verpflichtungen aus dem Rahmenabkommen vom Juni erfüllt haben. Das erklärte Chefunterhändler Mohammed Bagher Ghalibaf am Dienstag in einer vom Staatsfernsehen übertragenen Rede.

Ghalibaf nannte dabei die Aufhebung der US-Blockade iranischer Häfen, die Freigabe eingefrorener iranischer Vermögenswerte, die Aufhebung des Ölembargos sowie „das Ende der Militäreinsätze an allen Fronten.“

(dpa/ap/afp)

meinung & diskussion 12

Wiederwahl mit Schönheitsfehlern in Sambia

Mit über 60 Prozent der Stimmen sichert sich Sambias Präsident Hakainde Hichilema den Verbleib im Amt. Aber der Einsatz des Militärs gegen die Opposition nach den Wahlen wirft einen Schatten auf seine zweite Amtszeit



Anhänger des sambischen Präsidenten Hakainde Hichilema feiern dessen Wiederwahl in Lusaka am 18.08.2026 Foto: Jean Mandela/reuters

Aus Lusaka **Arnold Mulenga**

Es war eine Zeit der Anspannung, doch nun steht fest: Sambias Präsident bleibt im Amt. Die Wahlkommission ECZ erklärte am Montagabend den seit 2021 regierenden Hakainde Hichilema zum Sieger der Wahlen vom vergangenen Donnerstag. Er erhielt 60,5 Prozent der Stimmen, sein wichtigster Herausforderer Brian Mundubile 37,9 Prozent. Bei den Parlamentswahlen sicherte sich Hichilemas UPND (United Party for National Development) nach aktuellen Angaben eine ganz knappe Mehrheit von 141 der 280 Sitze.

„Nach einem harten Wahlkampf hat das Volk gesprochen“, sagte Hichilema in seiner Rede und lobte Sambia als ein friedliches und demokratisches Land. Es müsse nun um Frieden und Wohlstand gehen.

Der 64-jährige Hichilema kann nun für weitere fünf Jahre sein Programm der Wirtschaftsreformen verfolgen: Umschuldungen, Werben um mehr ausländische Investitionen und Ausbau des Bergbaus als Säule der sambischen Volkswirtschaft. Oppositionsführer Mundubile hatte demgegenüber Maßnahmen gegen hohe Lebenshaltungskosten und für ein inklusiveres Wachstum in den Vordergrund seiner Kampagne gestellt.

Doch die Opposition gibt sich mit dem Wahlergebnis nicht zufrieden. Im Wahlkampf seien die Oppositionsparteien, die sich in der Wahl-

lianzen Tonse (Koalition) zusammengefunden hatten, benachteiligt worden, sagte Mundubile und sprach von selektiver Gesetzesanwendung, Einschüchterung und den Einsatz staatlicher Institutionen gegen die Opposition.

Nachdem der Wahltag friedlich verlaufen war und es nur wenige wechselseitige Vorwürfe von Unregelmäßigkeiten gab, hatten sich die Spannungen während der Auszählung entladen, als Mundubile am Freitag vorzeitig seinen Wahlsieg verkündete und die Wahlkommission daraufhin zeitweise die Stimmauszählung unterbrach, weil Wahlhelfer angegriffen und Stimmzettel gestohlen worden seien. Unter erhöhten Sicherheitsmaßnahmen wurde die Auszählung nach sechs Stunden schließlich fortgesetzt, und der uneinholbare Vorsprung Hichilemas zeichnete sich dann relativ schnell ab.

„Bleiben wir darauf fokussiert, ein wohlhabendes Sambia aufzubauen, in dem niemand zurückgelassen wird“, erklärte die UPND, als ihr Wahlsieg sicher war. „Die Reise geht weiter, und mit eurer Unterstützung stehen noch größere Errungenschaften bevor.“ Hichilema tritt seine zweite Amtszeit unter hohen Erwartungen an. Seine erste Amtszeit verringerte zwar Sambias Auslandsschuldenlast und holte Großinvestitionen in den Kupferbergbau, aber hartnäckig große Armut, Arbeitslosigkeit und Inflation bleiben Probleme für die Bevölkerung und lie-

fern der Opposition ein Dauerthema.

Der Frust darüber wurde von Mundubile im Wahlkampf in den Vordergrund gestellt und ist nach den Wahlen nicht verschwunden. Hichilemas Herausforderung ist nun, volkswirtschaftliche Verbesserungen in spürbare Verbesserungen der Lebensumstände zu übersetzen und zugleich das stark gesunkene Vertrauen der Opposition in die Integrität der Regierung und der Institutionen wiederherzustellen.

Dass in den Tagen nach der Wahl Soldaten gegen die Opposition eingesetzt wurden, hat Spuren hinterlassen. Es begann mit einer Razzia im Haus von Mundubile am Freitag, direkt nachdem er in sozialen Medien seinen Wahlsieg verkündet hatte, obwohl noch nichts feststand. Als Mundubile die Razzia als Mordanschlagsversuch darstellte, wurde er festgenommen. Die Regierung bestritt, dass die Polizei Mundubile festgenommen habe. Daraufhin stellte sich heraus, dass Mundubile sehr wohl festgenommen worden war, aber nicht von der Polizei, sondern von Spezialkräften der Armee. Diese wurden nach dem Fund eines Waffenlagers mit Kriegsgeschütz eingesetzt.

Die Soldaten nahmen nicht nur Mundubile mit, sondern auch Familienangehörige, darunter seine 12-jährigen Zwillinge. Erst nach einer Intervention der Wahlbeobachtermission der Regionalgemeinschaft des südlichen Afrikas (SADC) sei er wieder frei-

gekommen, erklärte Mundubiles Oppositionsbündnis Tonse.

Unter den insgesamt elf festgenommenen Oppositionspolitikern waren Tansila Lungu, Tochter von Hichilemas verstorbenem Vorgänger als Präsident, Edgar Lungu; sowie Bishop Trevor Mwamba, Führer der zur Opposition gehörenden ehemaligen Staatspartei UNIP (United National Independence Party) von Sambias erstem Präsidenten Kenneth Kaunda und Schwiegersohn des früheren Präsidenten von Botswana, Ketumile Masire. Den Oppositionsabgeordnete Mutote Kafwaya trafen zwei Schüsse in die Brust, bevor er mit seiner Familie in ein Auto gestopft und weggeführt wurde; von ihm fehlt jede Spur.

Die Oppositionellen hätten Sambias Frieden und Verfassungsordnung mit Gewalt untergraben wollen, lautete der Vorwurf gegen sie. Mundubile sei „am Tatort angetroffen“ worden. Gemeint war ein Fundort von Kriegswaffen, Munition und angeblichen Milizionären in Kabulonga in Sambias Hauptstadt Lusaka. Ein bewaffneter Aufstand sei in Vorbereitung gewesen, mit Verbindungen zu Ausländern und illegalen Trainingslagern, erklärten die Behörden. Die Soldaten seien aus dem Gebäude heraus beschossen worden, bevor sie es stürmten. Mehrere Verdächtige seien auf der Flucht, man gehe davon aus, dass sie versuchten, das Land zu verlassen, erklärte die Regierungspartei UPND und sprach von einer „ernsten

Bedrohung der sambischen Demokratie und der Sicherheit der Bürger“.

Der hochrangige Einwanderungsbeamte Masheke Masheke wurde am Montag von Sambias Migrationsbehörde suspendiert und danach in Gewahrsam genommen, weil er angeblich in den frühen Morgenstunden die illegale Ausreise eines Jonasimba nach Simbabwe am Grenzübergang Victoria Falls in Livingstone ermöglichen wollte. Später am Montag wurde der frisch gewählte Oppositionsabgeordnete Lukas Simumba im Zusammenhang mit den angeblichen Aufstandsvorbereitungen festgenommen.

Mundubile hat die Vorwürfe kategorisch zurückgewiesen und von Unregelmäßigkeiten bei der Stimmauszählung gesprochen. „Sambias Volk verdient einen transparenten, überprüfbaren und glaubwürdigen Wahlprozess“, sagte er. Soldaten hätten unzulässig die Kontrolle von Stimmauswertungszentren übernommen und Veränderungen der Zahlen überwacht, so der Vorwurf. Internationale Wahlbeobachter sagen, sie hätten während der sechsstündigen Suspendierung der Auszählung keine Einsicht in den Auszählungsprozess gehabt.

Man kann zwar nicht sagen, dass diese Wahlen Sambia in Instabilität gestürzt haben. Aber sie haben die Tiefe der politischen Spaltung Sambias offenbart – politisch ist das Land jetzt eine tickende Zeitbombe.

Respekt für Jason Arday, Misstrauen gegen die Presse

Tausende Menschen kritisieren bei einer Trauerkundgebung für Jason Arday in London, Rassismus der Medien habe den Akademiker in den Suizid getrieben

Aus London

Daniel Zylbersztajn-Lewandowski

„Jedes menschliche Leben hat einen Sinn. Stellt euch vor, was passieren würde, wenn wir alle vereint wären. Mit dem gerechten Einsatz dafür, alle Menschen als gleich anzusehen, können vielleicht allerlei großartige Dinge möglich werden.“ Mit diesem Zitat Jason Ardays, verlesen auf Wunsch seiner Familie, beendete die britische Labour-Abgeordnete Bell Ribeiro-Addy am Montagabend eine Gedenkveranstaltung auf dem Londoner Trafalgar Square für den umstrittenen 41-jährigen Schwarzen Akademiker, der sich am Freitag vergangener Woche das Leben genommen hatte.

Neun Tage vor seinem Suizid war Arday von seiner Professur an der Universität Cambridge zurückgetreten, nachdem immense Vorwürfe gegen seine Integrität wochenlang in den britischen Medien die Runde gemacht hatten. Arday war neurodivers und autistisch und hatte nach eigener Darstellung erst im Alter von 11 Jahren angefangen zu sprechen und erst mit 18 Lesen und Schreiben gelernt. Das und andere Einzelheiten aus seiner Lebensgeschichte zwei-

felten Berichte kurz vor seinem Tod an, neben Vorwürfen des Plagiats in seiner Doktorarbeit aus dem Jahr 2015.

An der Universität Cambridge wurde öffentlich darüber gestritten, ob seine Berufung zu einer Spitzenprofessur im Jahr 2023 in Ordnung war. Arday war damals der jüngste Schwarze Professor in der Geschichte der Universität geworden, und diese feierte seine Berufung als Beweis ihrer fortschrittlichen Einstellung – somit wurde Arday zum politischen Angriffspunkt gegen jegliche Inklusivitätsmaßnahmen im Rahmen sogenannter DEI-Programme (Diversity, Gleichberechtigung und Inklusion), die ohnehin im Kreuzfeuer der britischen Rechten stehen.

Einer von Ardays Hauptkritikern, jedoch nicht der erste oder einzige, war Nathan Cofnas, ein wegen rassistischer Äußerungen aus Cambridge entlassener Akademiker, der nun an der belgischen Universität Gent lehrt. Er behauptet unter anderem, dass Schwarze Menschen aufgrund ihrer „Rasse“ nicht fähig seien, Akademiker:innen zu werden.

Viele der laut Veranstalter 30.000 Menschen, die sich am Montag zum Trafalgar Square bemüht hatten, die meisten davon Schwarze, wollten An-

teilnahme und Solidarität aussprechen. Zu dem Gedenken hatte Stand Up to Racism aufgerufen, eine britische antirassistische Organisation mit starker Gewerkschaftsbeteiligung.

Auf einem großen schwarzen Banner neben dem Podium vor der National Gallery stand „Rassismus in den Mainstream-Medien ist für Jason Ardays Tod verantwortlich.“

Mehrere Personen berichteten der taz, dass die Veranstalter darum gebeten hatten, niemand solle mit Journalisten sprechen. Als der Rechtsanwalt Kevin Gordon der taz erzählt, dass er direkt aus dem Gericht hierhergekommen sei, unterbricht ihn eine Frau: „Sprich nicht mit den Medien, die verdrehen unsere Worte!“, sagt sie. Gordon widerspricht: „Ich bin Anwalt und finde, wir müssen zu diesem schmerzlichen Ereignis unsere eigene Geschichte erzählen. Tun wir es nicht, stützen wir uns auf weiße Plattformen, um uns zu vertreten.“ Dann sagt er, dass er hier aus Solidarität und in Professor Ardays Namen stehe.

Viele Teilnehmer trugen ein von den Veranstaltern produziertes Plakat mit der Aufschrift „Rest in Power, Professor Jason Arday“. Etwa Helena, eine in Rente

gegangene ehemalige Café-Besitzerin. Sie sagt: „Ich kam, um Professor Arday meinen Respekt zu erweisen.“ Schwarze Menschen wie sie könnten das, was geschehen sei, nicht ignorieren.

Bianca, 25 und weiße Britin, glaubt, dass die Affäre auf eine gesplante britische Gesellschaft hinweise. „Ich kann beispielsweise meinen Arbeitskolleginnen nicht erzählen, dass ich hier bin. Sie würden dem nicht zustimmen.“ Für sie sei der Fall Arday vor allem eine mediale Vorverurteilung.

Langsame dumpfe Trommelbeats begleiten die Reden auf der Tribüne. Die Labour-Abgeordnete Ribeiro-Addy erhebt erst Vorwürfe gegen die Medien und betont dann, dass dies ein Tag der Andacht sei und dass die Familienangehörigen Ruhe und Frieden wollten. Am besten wäre es einfach, Professor Jason Ardays Namen mit Liebe auszusprechen. Das tun die Anwesenden wiederholt.

Simon Woolley, Schwarzer Bürgerrechtler und Rektor des Homerton College an der Universität Cambridge, spricht von dem Lynchen seines Kollegen. Die Labour-Politikerin Diane Abbott, die 1987 die erste Schwarze weibliche Abgeordnete des Unterhauses wurde und heute dort die amtsälteste

Parlamentarierin ist, nennt unter großem Beifall die Kampagne gegen Arday einen „Angriff auf alle“.

Als einziger weißer Redner fordert Jo Maugham, Leiter der Rechtshilfegruppe Good Law Projekt, Standards für britische Medien. Seine Petition, die eine öffentliche Untersuchung der Umstände von Ardays Suizid fordert, hat mittlerweile rund 100.000 Unterschriften erhalten. Umgerechnet 200.000 Euro sind aufgrund eines Spendenaufrufs des Schwarzen Aktivisten Patrick Vernon zur Unterstützung der Familie und für die Bestattungskosten zusammengekommen.

Auch in anderen Städten, darunter Cambridge, fanden am Sonntag und Montag Gedenkveranstaltungen für Arday statt. Der Kanzler der Universität Cambridge, der ehemalige Labour-Politiker Chris Smith, äußerte sich am Montag erstmals mit einem eigenen Statement und sagte, es müssten zwei Prinzipien gleichzeitig aufrechterhalten werden: der Glaube an die Bedeutung der akademischen Integrität und der Überprüfung von Vorwürfen – und zugleich die Ablehnung einer rassistischen Kampagne gegen einen einzelnen Akademiker.



schlagl_ch

Die Privatisierung des Alls

Einst galt der Weltraum als Anker von Moral und Ordnung. Mittlerweile ist es eine Spielwiese für den narzisstischen Wahn von ein paar Dutzend Oligarchen

Es ist warm, also blasen wir die Matratzen auf und schlafen auf der Terrasse. Blicken in die Sterne. Über uns die Kinderfragen wieder auf: Wo endet das Universum, und wenn es endet, was ist dahinter? Und wenn es nicht endet, kannst du dir das vorstellen? Immer noch erfasst den einen oder anderen dabei ein kleiner Schwindel im Kopf, fünfhundert Jahre nach Kopernikus.

Der Himmel hat sich verändert, seit wir zum ersten Mal auf diesem Dach geschlafen haben. Damals in den Siebzigern war die Aufregung groß, wenn ein Satellit durch den Nachthimmel zog. Drei, vierhundert waren es vielleicht. Jetzt sind es 15.000 oder mehr und fast jede Minute rauschen ein paar von ihnen durchs Firmament. Die Hälfte wird von Elon Musk kontrolliert.

Das All ist kein Gegenstand des Staunens mehr, sondern Rohstofflager und Energiequelle, eine Profitmaschine

Im Juni haben ein paar hunderttausend „Anleger“ Aktien von SpaceX gekauft, für knapp 90 Milliarden US-Dollar. Das Unternehmen wurde mit 1,8 Billionen bewertet. Ein Großteil dieses Wertes beruht auf dem Versprechen, SpaceX werde nicht nur die Starlink-Satelliten betreiben, sondern eine Marskolonie mit mindestens einer Million Menschen errichten.

Und extraterrestrische Rechenzentren betreiben, weil die auf der Erde bald nicht mehr ausreichen fürs Wachstum. Und eine Kardaschow-II-Zivilisation aufbauen, die unendlich produzieren kann, weil sie den gesamten Energieoutput der Sonne einfängt. Der Mars soll also nur der Anfang sein beim Projekt, das Weltall zu besiedeln. Morgan Stanley verkündete zum Börsengang hin, dass die SpaceX-Dividende in Jahr 2040 3,4 Billionen betragen könnte – zu dem Zeitpunkt, an dem die Banker in Rente gehen.

Der gestirnte Himmel über uns: Jahrtausende lang versprach der Gang der Sterne Beständigkeit und Festigkeit des Bodens, auf dem die Menschheit steht. Und den Raum hinterm Firmament besiedelten Sänger und Priester mit Wesenheiten, Gestalten, Göttern, die moralische Gesetze gaben, Missetaten bestrafen, wohlwollend waren. Mythos, Metaphysik und Moral gründeten auf Vorstellungen der kosmischen Ordnung.

Verändert sich das Bild des Kosmos, so geraten auch sie in Bewegung. In den Ausrufen der ersten Neuzeitler klingt der Schrecken über die Obdachlosigkeit, die mit der kopernikanischen Wende über die Menschen kam. „Die Sonne unbeseelt, die Erde auch. Und der Verstand weiß nicht, wohin sich wenden“, heißt es bei John Donne. „Die Menschen rufen auf den Plätzen: Die Welt ist nun erschöpft, da in Planetenferne und am Firmament so viele neue Welten neu erstehen; sie sehen unsre Erde in atomare Vielheit sich zerkrümeln. Das All

in Scherben, nirgendwo ist Halt, nur Rohstoff gibt es noch. Und statt Zusammenhalt nur noch ... Struktur.“

Ein paar Jahrhunderte danach, inmitten eines Krieges, der mit Giftgas und Flächenbombardements die zivilisierte Neuzeit in neue Dimensionen trieb, schrieb Sigmund Freud über die drei Kränkungen der Menschheit. Die kopernikanische war nur die Erste. Die Menschen mussten damals schlucken, dass die Erde nicht das Zentrum der Welt war, sondern nur ein kleiner Punkt in einem Winkelchen der kalten Unendlichkeit. Der Schrecken hielt sich noch ein paar Jahrhunderte, aber er ermunterte die Menschen auch, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen, mit Wissenschaft und mit Gesetzen.

Auch die zweite Kränkung, die darwinsche, zerstörte nicht nur die Illusionen über die „Krone der Schöpfung“, sondern vergrößerte unser Wissen und damit die Macht über die Natur. Die dritte schließlich, die psychoanalytische, zeigte uns, dass wir nicht nur vernunftbegabte Seelen haben, sondern von gesellschaftsstörenden Trieben aller Art bewegt und getäuscht werden: von Machtgier, Bereicherungssucht, Gewaltexzessen. Und, nicht zu vergessen: Narzissmus.

Musk verspricht, die kopernikanische Kränkung rückgängig zu machen. Die alten Weltmythen, die Illusion von der Erde im Mittelpunkt des Alls sind zerstört, gut, setzen wir dem ein neues kosmologisches Märchen dagegen: SpaceX ist das Zentrum, von dem aus das Universum verändert wird: Starship wird nicht nur zum Mars fliegen und das Sonnensystem durchqueren, sondern das Sonnensystem verlassen und zu anderen Sternen reisen.

Diesen Traum aus den Serien seiner Kindheit bringt er an die Börse. Und wir sind dabei: „Deutschland“, so strahlte Forschungsministerin Dorothee Bär (CSU) neulich, „ist eine Raumfahrt-nation“. Die Menschheit werde immer weiter ins All vordringen. Raumfahrt sei Zukunft und berge enorme wirtschaftliche Chancen. „Dafür müssen wir unsere Kinder begeistern.“ Und deshalb solle 2027 die Faszination der Raumfahrt in jedes Klassenzimmer getragen werden.

Die enormen Chancen: Am Ende der technokapitalistischen Entwicklung steht die Privatisierung des Universums. Das All ist kein Gegenstand des Staunens, kein Spiegel, in dem wir unsere wirkliche Größe erkennen können, keine Projektionsfläche für Hoffnungen und Utopien, sondern Rohstofflager und Energiequelle. Nicht nur die Erde, sondern das Weltall: eine Profitmaschine.

Im Mittelpunkt des Kosmos steht wieder der Mensch, in der Gestalt von ein paar Magnaten. Tricksern, Gewaltmenschen, Verrückten. Es ist das endgültige Rollback der Hoffnungen, die sich mit den Entzauberungswellen der Neuzeit verbunden hatten. Als die Amerikaner auf dem Mond landeten, saß eine alte Frau in Salvador de Bahia vor ihrem Radio. Sie weinte und sagte: „Wenn die Menschen das können, dann können sie auch den Hunger abschaffen.“

Das ist jetzt 57 Jahre her und wir leben im Zeitalter der vierten Kränkung. Sieben Milliarden Erdbewohner schaffen es nicht, den narzisstischen Wahn von ein paar Dutzend Oligarchen auszubremsen.



Foto: privat

Matthias Greffrath
geboren 1945 in Bad Harzburg, ist Soziologe, Autor, Journalist und taz-Kolumnist. Er lebt in Berlin.

Schlagloch-Vorschau:
26.8. Gilda Sahebi
2.9. Georg Diez
9.9. Robert Misik
16.9. Georg Seeßlen

Bernd Pickert über Trump und seine Drohungen in Richtung Oman

Stümper in Chief

Am 17. Juni unterzeichneten US-Präsident Donald Trump und der iranische Präsident Massud Peseschkian ein „Memorandum of Understanding“. Damit wurde ein Waffenstillstand vereinbart und eine Frist von 60 Tagen, um Details zukünftiger Regelungen zu verhandeln – zur Straße von Hormus, zu Irans Atomprogramm, zu US-Hilfen für den iranischen Wiederaufbau, zum Ende von Sanktionen gegen Teheran.

Jetzt sind die 60 Tage vorbei, absolut nichts davon ist geschehen, das Memorandum gilt längst als hinfällig. Donald Trump hat nach wie vor keinerlei Idee, wie er den von ihm begonnenen Irankrieg einigermaßen erfolgreich beenden könnte. Und so macht er, was er am besten kann: Die Ziele ändern, Anschuldigungen und Drohungen gegen Verbündete austeilen, Nebenschauplätze schaffen, ablenken.

In diesem Fall traf es zuerst Südkorea, seit über 70 Jahren in einer festen Sicherheitspartnerschaft mit den USA. Kurz vor Beginn eines traditionellen gemeinsamen Manövers erklärte Trump einen halben Rückzug und erinnerte an

seine hervorragenden Beziehungen zum nordkoreanischen Diktator Kim.

Und jetzt droht Trump ausgerechnet dem langjährigen Nahostvermittler Oman mit Bomben, wenn der Golfstaat sich weiter so unartig verhalte. Oman hatte über eine gemeinsame Verwaltung der Straße von Hormus mit Iran nachgedacht. Das ist weit entfernt von Trumps Fantasien, die Meerenge zum US-Territorium zu erklären, aber halt ungehörig für den Möchtegernfeldherrn in Washington.

Es ist gleichzeitig ermüdend und alarmierend, dem 80-jährigen selbsterklärten Verhandlungsgenie bei seiner fortwährenden Stümperei zuzusehen. Denn genau wie er im Innern Institutionen kaputtschlägt, die nicht so einfach zu reparieren sind, hinterlässt er auch außenpolitisch ein Trümmersfeld, was für zukünftige US-Führungen gleich welcher Couleur schwer zu beraumen ist.

Das ärgerliche ist: Ändern könnten das nur die Leute in seinem eigenen Umfeld. Aber wenn sie das wollten, wären sie da nicht. Das Kaputthauen geht weiter, der Rest der Welt muss zuschauen.

ausland 10

Anna Lehmann über Sahra Wagenknecht und den Zerfall des BSW

Die Zerstörerin

Noch steht die Brombeer-Koalition in Thüringen, und zwar gegen den Willen von Sahra Wagenknecht. Der Vorstand der von ihr gegründeten Partei hatte von der Erfurter Landtagsfraktion verlangt, die Koalition mit CDU und SPD zu beenden – diese widersetzte sich. Die Rebellion gegen die Parteispitze markiert den Anfang vom letzten Akt des BSW. Die Partei steht vor dem Aus, sie droht bei den Landtagswahlen im Osten unterzugehen und mit ihr der Mythos Wagenknecht. Schuld daran ist nur sie selbst.

Schade für die engagierten Mitglieder. Die Selbstverzweigung Wagenknechts ist hingegen kein Verlust – an Populist:innen mit destruktiver Agenda besteht in Deutschland kein Mangel. Wagenknechts politische Karriere zeigt zudem, wie Populismus wirkt: Sie hinterlässt eine Spur der Zerstörung.

Seitdem sie als Last-Minute-SED-Mitglied begann, sich politisch zu engagieren, lautete Wagenknechts politisches Credo: dagegen. Sie war gegen die Wiedervereinigung, gegen die Aufarbeitung des Stalinismus in der SED-Nachfolgepartei, gegen den Zusam-

menschluss mit der WASG zur Linken, gegen die Öffnung der Linken für jüngere Wähler:innen.

In Abgrenzung zur Parteiführung gründete sie 2018 die Sammlungsbewegung Aufstehen – und verließ sie nach einem Jahr, als Aufstehen nicht wie geplant abhob. Und immer waren andere schuld an Misserfolgen. Noch kurz vor der Bundestagswahl 2021 veröffentlichte sie einen Bestseller, in dem sie die eigenen Genoss:innen als Lifestyle-Linker verhöhnte.

Erst nachdem sie die Partei verlassen hatte, ging es mit der Linken wieder bergauf. Auch das 2024 gegründete BSW schaffte ad hoc den Einzug in drei Landtage und beteiligte sich an zwei Regierungen – doch die zersetzende Kraft Wagenknechts und ihrer Jünger setzte sofort ein. Die Brandenburger Fraktion und mit ihr die Koalition zerbrach.

Seit einiger Zeit wirbt Wagenknecht nun für eine Regierungsbeteiligung der AfD und bietet das BSW, das die Alternative zur Alternative sein wollte, als Mehrheitsbeschafferin an. Hoffentlich bereiten die Wähler:innen dem Spuk bald ein Ende.

Eva Fischer über die hohen Ernteausfälle

Klimawandel, wie das brutzelt

Das Essen hierzulande dürfte wieder teurer werden. Das machen Zahlen deutlich, die der Deutsche Bauernverband am Dienstag veröffentlichte. Aufgrund von Dürre und Hitze wird die Getreideernte in diesem Jahr unterdurchschnittlich ausfallen, so der Verband: um 3,3 Millionen Tonnen weniger als im Vorjahr, ein Rückgang von sieben Prozent. Am stärksten betreffen die Ernteausfälle aber Winterfrucht mit einem Rückgang von 20 Prozent, was zusätzlich auf Schädlingsbefall zurückzuführen sei.

Auch Heu, Stroh und Futtermittel werden knapp. Demnach müsse man entweder mehr importieren oder den Tierbestand reduzieren, Ergo: Die Kosten für tierische Lebensmittel steigen. Damit zeigt sich, worauf die Klimaforschung schon lange aufmerksam macht: Der Klimawandel bedroht unsere Ernährungssicherheit.

Hierzulande ist die Landwirtschaft laut Umweltbundesland der fünftgrößte Emittent von Klimagasen mit ungefähr 8,8 Prozent der Gesamtemissionen. Bei den Landwirtschaftsemissionen handelt es sich allerdings kaum

um CO₂, sondern zu mehr als 95 Prozent um das noch klimaschädlichere Methan und Lachgas. Sie werden durch die Bearbeitung der Böden, den Einsatz von Stickstoffdüngemittel sowie Nutztiere freigesetzt. Dementsprechend gilt eine andere Ernährung als wirkungsvollste Maßnahme zur Treibhausgasreduktion des Sektors, was aber für die stark von der Viehzucht geprägten deutsche Landwirtschaft Einbußen bedeuten würde.

So nahm auch Verbandspräsident Joachim Rukwied bei der Pressekonferenz das Wort Klimawandel nicht von selbst in den Mund. Die Bauernbranche betreibt bereits ambitionierten Klimaschutz, so seine Antwort auf Nachfrage.

Statt von der Politik mehr Maßnahmen gegen den Klimawandel zu verlangen, fordert der Bauernverband lieber ein „Sofortpaket“: mehr EU-Millionen für Düngemittel, ein früheres Auszahlen der meisten Direktzahlungen, Steuer auf Diesel lower. Ohne im Gegenzug Klimazusagen machen zu wollen. Eine Zukunft der Landwirtschaft auf einem wärmer werdenden Planeten sieht anders aus.

talkshow



Autogramme auf dem „Spiegel“-Cover
Foto: Daniel Biskup

Feigheit vor dem Feind

Der „Spiegel“ bezeichnet den AfD-Kandidaten für Sachsen-Anhalt als „gefährlichsten Mann Deutschlands“. Werbung für die AfD oder wichtiges Statement?

Von Ambros Waibel

Sachsen-Anhalt“, belehrt einen Wikipedia im zugehörigen Artikel etwas überraschend als Erstes, „ist eine parlamentarische Republik“. Und in dieser Republik wird in zweieinhalb Wochen ein neues Parlament gewählt.

Bei einer normalen Wahl würde nicht die Frage im Raum stehen, ob dieser „teilsouveräne Gliedstaat der Bundesrepublik Deutschland“ (auch Wikipedia) am Montag nach der Wahl überhaupt noch eine Republik sein wird, ein Rechtsstaat, dessen Organe sich nicht nur den im Grundgesetz definierten Grundrechten verpflichtet fühlen, sondern bei Verstößen dagegen auch juristisch auf sie verpflichtet werden können.

Doch was in Sachsen-Anhalt passiert, ist keine normale Wahl. Grund dafür ist die nicht auszuschließende absolute Mehrheit für die AfD, eine rechtsradikale und von Kriminellen durchsetzte Putschorganisation, die noch dazu landesverräterisch wesentliche Interessen der faschistischen und völkermordenden Putin'schen Diktatur vertritt.

Es wäre daher Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland, sich selbst und ihren eben nur teilsouveränen Staat von dieser Machtergreifung zu bewahren, ein Verbotsverfahren gegen die AfD einzulei-

ten (längst eingeleitet zu haben, klar!) und vorab alle Energien zu bündeln, um einen formverändernden Wahlsieg der AfD zu verhindern.

Formverändernd: Inhaltlich setzen bestehende Mehrheiten bereits unmenschliche Abschiebungen zu den Taliban durch. Inhaltlich haben wir einen Kanzler, der den Klimanotstand weniger dringlich findet als sein Erholungsbedürfnis. So was gehört zum Tagesgeschäft auch demokratischer Parteien. Doch die AfD hat einen anderen Charakter. Sie ist, egal ob Funktionär oder Wähler, ein Feind unseres demokratischen Zusammenlebens.

Statt diese für uns alle existenzielle Bedrohung durch die AfD in den Vordergrund zu rücken, beschränkt man sich auf Kritik am Cover des aktuellen *Spiegels*. Es zeigt den Spitzenkandidaten der AfD für die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt mit der Unterzeile „Der gefährlichste Mann Deutschlands“. „Das könnte nach hinten losgehen“, kommentiert die FAZ, es handle sich um „Wahlkampfhilfe für die AfD“, heißt es von einem Altkader der Linkspartei, und der abgebildete Politiker, „weiß die Schlagzeile für sich zu nutzen“, weiß der *Stern*.

Gut, dass wir unseren Kindern nun erzählen können, wer schuld daran ist, dass eine Organisation, deren Programm gerade auch ihre eigenen Wähler nur ins öko-

nomische und ökologische Desaster führen wird, eine Regierung stellen konnte – der *Spiegel* war's!

Wie erklärt sich eine so offensichtliche Fehl- und Überinterpretation des Covers? Ist es nicht schlichtweg eine sachlich korrekte Verkaufsaufmachung eines Medienprodukts? Und der *Spiegel* auch eigentlich ein nicht mehr gar so bedeutendes Nachrichtenmagazin?

Für die Einordnung des Titels sind drei Aspekte wichtig: Der Schock darüber, dass bundesweit so viele verrohte Menschen eine menschenfeindliche Gruppierung wie die AfD wählen, lässt die immer noch beständige Mehrheit der AfD-Gegner in den Hintergrund rücken – obwohl gerade in ländlichen und ostdeutschen Gegenden Courage dazu gehört, sich zu positionieren, ohne dabei die Vernachlässigung durch die herrschende Politik wegzuwischen. Diese Menschen sind es in tatsächlich erster, vorderster Linie, die die Bundesrepublik Deutschland verteidigen. Sie haben mehr Aufmerksamkeit verdient. Kritik am *Spiegel*-Titel von dieser Seite ist nachvollziehbar.

Zweitens gibt es in der etablierten Politik eine seit Jahren praktizierte Verweigerung, das Offensichtliche anzugehen, also die sozialstaatliche Grundversorgung in Zeiten multipler Krisen zu sichern und weiterzuentwickeln, bei gleichzeitiger Be-

wahrung der durch die Klimaverschlechterung gefährdeten Lebensgrundlagen und bei gerechter Lastenverteilung. Um dieses Versagen zu kaschieren, ist dann eben auch mal ein *Spiegel*-Titel recht.

Drittens ist die AfD Vertreterin ökonomischer Interessen superreicher Systemsprenger von Elon Musk bis Theo Müller, die zur Durchsetzung ihrer Agenda die formalen Hindernisse der Demokratie gar nicht schnell genug loswerden können – auch hier handelt die blaue Truppe im Auftrag; und die Auftraggeber scheinen derzeit nicht greifbar, jedenfalls weniger als eine Titelei aus Hamburg.

Zusammengefasst gibt das ein tristes Bild, aus dem auch durch das x-te Pro & Contra zum AfD-Verbot keine Anleitung zum Handeln wird. Der *Spiegel*-Titel – und leider nur ansatzweise die ihn begleitende Story – macht deutlich, was auf dem Spiel steht. Das wird auch im Ausland beachtet, wie etwa ein Artikel in Italiens wichtigster Tageszeitung, dem *Corriere della Sera*, zeigt. Er greift den *Spiegel*-Titel auf und stuft eine mögliche AfD-Regierung in dem aus italienischer Perspektive sehr fern liegenden Sachsen-Anhalt als historischen Bruch ein.

Der *Spiegel* hat seinen Job gemacht. Wenn das alle oder zumindest ein paar mehr von sich sagen könnten, wir stünden besser da.

Interview Clara Engelien

taz: Herr Hertel, Sie haben den Großteil Ihres beruflichen Lebens dem Aufbau und der Weiterentwicklung der Täterarbeit gewidmet, also der Arbeit mit Männern, die häusliche Gewalt ausüben. Welche Art von Tätern sind Sie begegnet?

Roland Hertel: Es gibt eine Typologie der Psychologin und Neurowissenschaftlerin Amy Holtzworth-Munroe, die wir aus der Praxis weitgehend bestätigen können. Beim „Family-only-Typ“ würde das Umfeld nie denken, dass er Gewalt ausübt. In meinem Dorf habe ich selbst keine Fälle bearbeitet, Kollegen*innen aber schon. Wenn die Leute in der Nachbarschaft gewusst hätten, wer alles seine Frau schlägt, die hätten ganz schön gestaunt. Der zweite ist der sogenannte „Borderline-Dysphoric-Typ“. Der leidet oft an Depressionen oder Persönlichkeitsstörungen, ist unzufrieden, hat vielleicht Probleme am Arbeitsplatz. Diese beiden üben Gewalt aus emotionalen, belastenden Zuständen heraus aus. Der dritte Typ ist der generell Gewalttätige, der allen Konflikten mit Gewalt begegnet, aus dem Bedürfnis nach Macht und Kontrolle. Typ vier ist ein Mischtyp aus Typ zwei und drei.

taz: Welcher Typ ist für Frauen der gefährlichste?

Hertel: Der generell gewalttätige Typ verübt deutlich schwerere Gewalt. Bei ihm liegt die Trennungsrate der Partnerinnen bei null. Warum? Weil die Frauen in ständiger Angst sind: Wenn ich mich trenne, legt er mich um. Dennoch zeigt sich: Männer töten eher, wenn sie emotional belastet sind, deshalb fallen bei Femiziden Typ eins und zwei häufiger auf.

taz: Die Täterarbeit ist in Deutschland ein noch recht junges Feld in der sozialen Arbeit. Sie haben sie mit aufgebaut. Was brachte für Sie den Stein ins Rollen?

Hertel: Als Sozialarbeiter war ich 30 Jahre bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Landau beschäftigt. 1996 hatte ich einen Auftrag, eine sozial-gutachterliche Stellungnahme über einen Intimidid (*Anm. d. Red.: Tötung des Intimpartners*) einer Frau zu machen, die in Notwehr ihren Mann erstochen hatte. Es stellte sich heraus, dass die Polizei im Vorfeld 20 Mal da war. Auf die Idee unseres leitenden Staatsanwalts hin starteten wir ein Pilotprojekt, in dem wir untersuchten, warum die Frauen den Strafantrag zurückziehen oder Strafverfolgung gar nicht erst in Betracht ziehen und welche Krisen es gibt. Wir suchten gezielt Betroffene auf, um die Konfliktsituationen kennenzulernen und somit als Justiz schneller intervenieren zu können. Wir merkten aber bald: Diese erste Intervention reicht nicht. Wir müssen auch an die Aggressoren ran.

taz: So gründeten Sie zusammen mit mehr als 30 Netzwerkpartnern vor 26 Jahren das Interventionszentrum Südpfalz, in dem bis heute Täterberatung unter dem gleichen Dach stattfindet wie Betroffenenberatung. Was änderte sich dadurch?



„Täterarbeit ist kein Stuhlkreis, sondern knallharte Arbeit“

Der depressive Familienvater oder der unauffällige Nachbar. Gewalttätige Männer sind nicht alle gleich. Roland Hertel erklärt, wie Täterarbeit nachhaltig funktionieren kann

Hertel: Die Eingänge für Betroffene und Täter sind im Interventionszentrum streng getrennt. Worauf es ankommt, ist vernetzte Arbeit. Wenn man sich die Anamnese von häuslicher Gewalt anschaut, dann müssen wir verstehen, dass wir im gewaltbelasteten Familiensystem arbeiten. Für alle Protagonisten brauchen wir Hilfsangebote, auch für die Kinder, und alle Stellen, die mit ihnen arbeiten, müssen im beständigen Austausch stehen.

taz: Wozu ist das so wichtig?

Hertel: Wenn wir beispielsweise mit einem Mann einen Notfallplan erarbeiten, wann er eine Konfliktsituation verlassen muss, bevor es eskaliert, die Frau davon aber nichts weiß und den Konflikt ausdiskutieren möchte, ist das kontraproduktiv. Deshalb muss dieser Notfallplan zwingend mit der Frau abgesprochen sein.

taz: Sie entwickelten den ersten vom Bundesfamilienministerium unterstützten Standard mit, nach dem heute mehr als 80 Mitgliedseinrichtungen deutschlandweit arbeiten. Damit legten Sie auch eine einheitliche Ausrichtung fest, die sich von bereits bestehender Arbeit mit gewaltausübenden Männern unterschied. Was war Ihnen wichtig?

Hertel: Wir waren von Anfang an profeministisch und der Auffassung, dass Gewalt in Beziehungen geschlechtsspezifisch ist. Dass man auch mit zugewiesenen Männern arbeiten muss, die übers Jugendamt, über Strafgerichte oder die Staatsanwaltschaft kommen – nicht nur mit Selbstmeldern. Andere Männernetzwerke warfen uns das vor, sagten, zu einer Beratung könne man niemanden zwingen und Frauen würden ja genau so Gewalt ausüben. Was den Zwang angeht: Jeder, der von der Staatsanwaltschaft oder vom Gericht geschickt wird, muss der Maßnahme zustimmen. Wer keine Bereitschaft zeigt, mitzumachen und sich zu verändern, mit dem wird die Zusammenarbeit beendet oder erst gar nicht zugewiesen. Uns war von Anfang an wichtig: Täterarbeit ist kein Stuhlkreis, in den Männer kommen und sich ein bisschen über gewalttätige Beziehungen unterhalten. Das ist knallharte Arbeit.

taz: Feste Bestandteile des Sozialprogramms sind auch Tatrekonstruktionen und Rollenspiele, in denen Täter ihre Tat nachspielen.

Hertel: Ja, wir setzen die Männer auch mal auf die Knie, um sie in die Kindperspektive zu versetzen. Viele Männer nehmen überhaupt

nicht wahr, dass die Kinder oft dazwischen gehen oder Angst vor ihnen haben. Mit diesen Übungen wollen wir nicht nur Empathie fördern, sondern auch herausfinden, was die Logik einer Gewalthandlung ist. Sie ist ja ein Symptom. Es ist nicht der Großteil der Täter, der heimkommt und sagt, jetzt schlage ich mal meine Frau. Das sind meistens Männer, die in einer emotionalen Ausnahmesituation keine Lösungsmuster haben. Ich bin mit so einem Vater aufgewachsen. Wenn der betrunken war, war es für unsere Mutter teilweise eine regelrechte Hölle. Heute weiß ich, dass dies ein ewiger Kreislauf war, den unsere Mutter irgendwann beendet hat. Großer Vorteil war, dass sie nicht wirtschaftlich abhängig war. Vielleicht bin ich deshalb ein bisschen militanter und klarer als andere. Die Mechanismen des Verdrängens und die Täter-Opfer-Umkehr bei Männern habe ich durch meinen Vater und beruflich immer wieder erlebt.

taz: Kommen Männer aus einem gekränkten Angriffsmodus heraus, wenn sie immer als Täter angesprochen werden?

Hertel: Wir sprechen sie nicht als Täter an, wir sprechen von Klienten.

Das muss ich ganz deutlich sagen. Der Begriff Täter ist ein juristischer Begriff: Täter ist man dann, wenn man rechtskräftig verurteilt ist. Der Großteil der Männer kommt über das Jugendamt, auf Druck der Frau – als vermeintlicher Täter, aber nicht bei uns. Die Täterarbeit ist ein Hilfsangebot, keine Sanktion.

taz: Warum?

Hertel: Wenn wir wertschätzend arbeiten, öffnen sich die meisten Männer. In der Eingangsrunde eines jeden Kurses sagen sie auch ganz deutlich, was sie bewegt. Das ist doch die Kunst: Die Krisen zu erkennen und zu zeigen, wir haben ein Lösungsmuster. Gewalt ist das nicht wert.



Foto: Eric Paul Picture

Roland Hertel, Jahrgang 1959, ist gelernter Sozialarbeiter. Er war Teil der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Häusliche Gewalt und zehn Jahre Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt.

Wie umgehen mit Partnerschaftsgewalt?
Foto: Olga Tsikarishvili/
getty images



Valérie Catil
Vierte Wand

Kauft DVDs!

in Gedankenspiel: Sie wachen mitten in der Nacht auf, weil Sie Geräusche in Ihrer Wohnung hören. Sie sind sich sicher, dass es ein Einbrecher ist. Auf Zehenspitzen tippeln Sie in Ihr Wohnzimmer und sehen eine Person, die eine große Tasche vollpackt: mit Ihren Schallplatten, Büchern und DVDs.

Eine völlig absurde Vorstellung, wer besitzt schließlich noch Medien, die man in den Händen halten kann? Dabei ist das, physische Medien zu besitzen, der einzige Weg, wie man noch Zugang zu seinen Lieblingsfilmen haben kann, ohne zu fürchten, dass sie einem wieder gestohlen werden.

Echte Einbrecher plündern derzeit zwar keine Wohnzimmer, dafür den digitalen Raum. Dabei handelt es sich nicht um dubiose Gestalten aus den dunklen Ecken des Internets, sondern um ganz andere Gauner: die Anbieter, die Ihnen die Filme zuvor verkauft hatten.

Vor wenigen Tagen berichtete ein Google-User, dass seine gekauften Extended-Editions der „Herr der Ringe“-Filme aus seiner Mediathek gelöscht wurden. Eine Benachrichtigung bekam er nicht. Auf seine Nachfrage gab

Google an, dass die Filme nicht mehr Teil ihres Katalogs seien – und dass er keine Rückerstattung bekomme. Kein Einzelschicksal: Immer wieder verschwinden Filme aufgrund von abgelaufenen Lizenzen.

Auch mit der Playstation kann man Filme „kaufen“. Also, für sie bezahlen, sie eine Weile in der Mediathek vor Augen haben, bis sie dann verschwinden – denn auch Sony wird am 1. September 551 Filme und Serien aus deren Mediathek löschen. Das Unternehmen verliert ihre Lizenz mit StudioCanal. Eine Rückerstattung oder sonstige Kompensation wird es für betroffene User_innen nicht geben.

Einen Film zu kaufen, heißt nicht mehr, ihn zu besitzen. Zumindest, wenn der Kauf digital stattfand. Viele Regisseur_innen rufen deshalb seit Jahren dazu auf, zu physischen Me-

dien zurückzukehren. Guillermo del Toro etwa nannte DVD- oder Blu-ray-Besitzer_innen „die Hüter dieser Filme für die kommenden Generationen“. Sie schützen etwas Filmgeschichte.

Es gibt aber noch ganz andere Gründe für DVDs. Vielleicht würden wir etwas langsamer werden und zurückkehren in eine Zeit, als noch kein Algorithmus bestimmt hat, was wir uns am Abend ansehen würden, sondern ein nerdiger Typ in einer Videothek, der den ganzen Tag damit verbrachte, Filme zu sehen. Ich habe die DVD-Sammlungen der Freund_innen bestaunt, wir haben uns gegenseitig Lieblinge ausgeliehen oder gebrannte Kopien vom Onkel bekommen.

Zu diesen Filmen hatte ich eine enge Beziehung: Ich musste gut auf

sie achtgeben, da jeder Kratzer auf der Scheibe bedeutete, dass das Bild einfrieren oder springen konnte. Ein paar besondere packte ich in DVD-Ordner, diese mit den Klarsichthüllen, etwa um sie in den Urlaub zu nehmen. Da war Bonusmaterial, Bloopers, Directors Cut und Kommentare des Casts, alles in einem Produkt. Es gab kein Buffering, keine beschissene Streamingqualität und keine Anbieter, die sie mir irgendwann wieder wegnehmen würden.

Vor wenigen Wochen wurde die Nachricht publik, dass das Unternehmen Anthropic zum Training seiner KI massenweise Bücher kauft, sie aufschneidet, um sie zu scannen, und anschließend entsorgt. Es scheint also, als könnten all jene, die analog lesen, hören, sehen, bald zu Hütern der Kunst werden.

Dein Zukunfts- briefing, jeden Donnerstag

taz 

TEAM ZUKUNFT

Der kostenlose Newsletter
zu Klima, Wissen, Utopien

Jetzt abonnieren





Nur ein Film? Kris (Hannah Einbinder) und Billy (Gillian Anderson) in „Teenage Sex and Death at Camp Miasma“ Foto: Mubi

„Diese Filme kosten die Gewalt aus“

Ein Gespräch mit Jane Schoenbrun über ihre Horror-Slasher-Liebeskomödie „Teenage Sex and Death at Camp Miasma“ und über Transfeindlichkeit im Horrorgenre

Von Thomas Abeltshauser

Jane Schoenbrun liebt Filme, die zugleich verführen und verstören. Schon mit „I Saw the TV Glow“, 2024 im Panorama der Berlinale gezeigt, machte sich die nichtbinäre trans Regieperson einen Namen als eine der eigenwilligsten Stimmen des queeren US-Kinos. Der neue Film „Teenage Sex and Death at Camp Miasma“ ist nun Meta-Slasher, Liebesgeschichte und Selbstbefreiungstrip zugleich. Hannah Einbinder spielt die junge Regisseurin Kris, die eine berühmte Horrorreihe neu auflagen und dafür deren einstiges Final Girl Billy Presley (Gillian Anderson) zurückgewinnen will. Aus der Begegnung wird ein lustvoll-blutiger Exorzismus über Begehren, Scham und die transfeindliche Geschichte des Horrorgenres. Ein Gespräch über die eigene Transition, Gillian Anderson und die Frage, warum queere Freude heute bereits Widerstand sein kann.

taz: Jane Schoenbrun, wie surreal war es für Sie, plötzlich mit Gillian Anderson, Agent Scully aus „Akte X“, zu arbeiten?

Jane Schoenbrun: Gillian kennenzulernen war verrückt. In der vierten Klasse war mein wertvollster Besitz die Romanfassung einer „Akte X“-Folge. Am ersten Schultag sollten wir ein Buch mitbringen, das zeigt, wer wir sind. Ein Junge an meinem Tisch sah mein Buch, und ich konnte beobachten, wie ihm das Gesicht entgleiste: „Ach, auf so etwas stehst du?“ Meine Liebe zum Horrorkino und mein Nerdium gehörten schon immer zur gleichen Familie wie meine Queerness und mein Anderssein. Als ich Gillian über Zoom traf, fühlte es sich an, als würde ich jemandem aus meiner Kindheit begegnen. Aber sie ist eine ernsthafte Künstlerin, und

sie ist nicht Dana Scully. Viele lesbische Freundinnen haben mir erzählt, dass sie beim Entdecken ihres Begehrens eine Rolle spielte.

taz: Ihre Liebe zum Horror begann früh. Sie haben als Kind sogar „Akte X“-Fanfiction geschrieben.

Schoenbrun: Mit acht oder neun, ja. In der Mittelstufe hatte ich dann so einen billigen Camcorder und bestellte meine Freund*innen zu mir nach Hause, damit sie Slasherfilme nachspielten. Von einem besitze ich noch eine Kopie, und die wird niemals veröffentlicht. Die bleibt schön im Giftschränk.

taz: Was faszinierte Sie als Kind an den Slasherfilmen aus den Achtzigern?

Schoenbrun: Ich bin nicht mit Bergman aufgewachsen, sondern mit dem Fernsehen und der Videothek. Die Horrorabteilung übte eine unglaubliche Anziehungskraft auf mich aus. Im Rückblick wird mir klar, wie sexuell aufgeladen das war: Dorthin sollst du nicht gehen, aber ich gehe trotzdem hin. Oh, sieh dir „Puppet Master“ an! Dieses Cover sieht total abgefickt aus. Ich sollte mir das nicht ansehen, aber ich werde es tun. Manche Horrorkinofilme verstören mich. Und dann gibt es welche, die ich so ansehe wie die Sketche in „Saturday Night Live“. Viele Slasherfilme versuchen nicht einmal ernsthaft, einem Angst einzujagen. Man nimmt an einem Ritual teil: Ich hole Süßigkeiten, lade meine Freund*innen ein, und dann johlen und brüllen wir bei einem völlig maßlosen Tod und möglichst viel Blut. Das ist für uns ein Ritual und macht irre Spaß.

taz: Ihr Slasherkiller heißt Little Death und trägt einen Helm mit Lüftungsschlitzen. Wie entstand die Figur?

Schoenbrun: Mir war klar, dass ich einen Slasherkiller brauchte. Er sollte Spaß machen und sich als Actionfigur eignen. Über Weihnachten lag ich im Haus der Familie meiner damaligen Beziehung im Bett, konnte nicht schlafen und starrte an die Decke. Dort war diese Lüftungsöffnung. Und ich dachte: Das ist es!

taz: „Little Death“, der kleine Tod, bezeichnet auch den Orgasmus.

Schoenbrun: Der Film enthält eine Menge präntiöses Zeug ...

taz: Das wollte ich damit nicht sagen.

Schoenbrun: Nein, nein, schon gut. Der Film macht sich ja auch über meine pseudointellektuelle, akademische Seite lustig. Kris hat einen Film namens „Jouissance“ gedreht: Hitchcocks „Psycho“ aus der Perspektive des Duschvorhangs – allerdings nur im letzten Drittel. Doch die Jouissance, der psychoanalytische Begriff für eine Lust, in der Genuss und Schmerz ineinander übergehen, steht im Zentrum des Films: Lust und Tod sind miteinander verflochten, ebenso die konstruktive und die zerstörerische Kraft des Orgasmus. Bei der Konzeption des Blicks, den der Film auf Sex wirft, habe ich viel von dem französischen Philosophen Georges Bataille gelesen. In Slasherfiguren wird eine Menge seltsamer, allegorischer, psychosexueller Scheiß verarbeitet: im Killer, im Opfer, im Final Girl. Ich wollte diese Tropen queeren. Den Slasherkiller sowohl zum Instrument des Begehrens als auch zum Mittel zu machen, den Höhepunkt zu erreichen, erschien mir als der richtige Weg.

taz: Wann wurde Ihnen bewusst, dass die Freude an die-

sen Filmen auch eine problematische Seite hat?

Schoenbrun: Man spürt, dass unter ihrer Oberfläche etwas Böses lauert. Diese Filme kosten die Gewalt aus, insbesondere die gegen Frauenkörper – auf eine Art, bei der man anschließend duschen muss. Der für mich persönlichere Aspekt ist die Traditionslinie des trans Monsters: von Norman Bates über Buffalo Bill in „Das Schweigen der Lämmer“, „Dressed to Kill“ und „Sleepaway Camp“ bis zu „Ace Ventura“. Ich wuchs in den Neunzigern als Kind auf, das sich noch nicht als trans verstand. Vielleicht lag das daran, dass meine wichtigste Assoziation mit Transsein lautete: Das ist der Typ, der seinen Penis nach hinten klemmt und diesen bizarren Tanz aufführt. Oder jemand, der sich einen Anzug aus Menschenhaut anfertigt. Wenn ich einen persönlichen Film darüber drehen wollte, mich in meinem Körper und mit meiner Sexualität wohlfühlen, war der Bösewicht ganz offensichtlich: diese Scham. Sie ist verinnerlicht, aber sie kam nicht aus meinem Inneren. Sie kam aus der Kultur.

taz: Ihr neuer Film ist dabei auf eine andere Weise persönlich als frühere Arbeiten.

Schoenbrun: Es ist mein erster Film nach der Transition. „I Saw the TV Glow“ schrieb ich direkt nach der überwältigenden Erfahrung, mit Anfang 30 allen Menschen in meinem Leben – meiner Familie, meiner Frau – zu sagen, dass ich vor einer Transition stehe. Damals hatte ich die guten Seiten noch nicht erlebt. Ich beschreibe es manchmal so: Bei einem Medikament stellen sich zuerst die schlimmen Nebenwirkungen ein. Man muss warten,

bis sich auch die positiven Effekte zeigen.

taz: Und bei „Teenage Sex and Death at Camp Miasma“ war das der Fall?

Schoenbrun: Ja. Der Film handelt von dem seltsamen, schönen und zärtlichen Prozess, in den Dreißigern zum ersten Mal das zu erleben, was die meisten Menschen in ihrer Jugend erleben: in einem Körper, einer Sexualität und einer Identität anzukommen, die sich richtig und gut anfühlen – die sich nach einem selbst anfühlen. Und weil man viele Jahre mit dem Gegenteil gelebt hat, geht es auch darum, das dadurch entstandene Trauma aufzulösen.

taz: Sie haben das Drehbuch noch während der Biden-Jahre geschrieben. Hat Donald Trumps Wiederwahl den Film verändert?

Schoenbrun: Nein, nicht wirklich. Ich hatte immer damit gerechnet, dass Trump wiedergewählt werden würde. Als Biden gewählt wurde, dachte ja niemand: Gott sei Dank, jetzt ist alles wieder in Ordnung. Ich dachte eher: In diesen vier Jahren können wir einmal durchatmen. Aber das Problem ist noch lange nicht erledigt. Das waren die Jahre, in denen ich zu mir selbst fand und zum ersten Mal Freude in mir erfahren konnte. Mir war bewusst: Ich drehe einen lebensfrohen queeren Film zu einer Zeit, in der trans Menschen massiv angegriffen werden. Einen Film zu machen, der sexy und von queerer Freude und queerem Begehren durchdrungen ist, ist ein Akt des Widerstands.

„Teenage Sex and Death at Camp Miasma“. Regie: Jane Schoenbrun. Mit Hannah Einbinder, Gillian Anderson u. a. USA 2026, 112 Min.



Jane Schoenbrun wurde 1987 geboren und studierte Film in Boston. Nach dem Spielfilmdebüt „We’re All Going to the World’s Fair“ (2021), der beim Sundance Film Festival vorgestellt wurde, folgte 2024 eine Einladung zur Berlinale mit „I Saw the TV Glow“. Schoenbruns Romandebüt, „Public Access Afterworld“ soll im laufenden Jahr erscheinen.

Foto: MUBI

szene

Sie sind keine Muskelprotze

N euerdings trainiere ich mit Männern. „Ladies only“ hat ausgedient, seit der Laden morgens noch geschlossen ist, obwohl er längst geöffnet sein soll. Die im Treppenhaus wartenden Frauen zeigen Verständnis. „Das kann passieren.“, „Es wird bald jemand kommen.“, „Wir haben doch Zeit.“ Ich kann dem nicht zustimmen. Eine schlägt mir vor: „Geh doch die Straße hoch ins gemischte Studio.“ Den Home Club verlassen? Nun, in dieser Situation ausgebreit in Brast, muss ich mich bewegen.

Siehe da: Es ist ein Gewinn. Mehr Platz, mehr Geräte, modernere noch dazu, einige in doppelter Ausführung und drei Langhantelstände anstatt einer wie bei den Frauen. Dort ist diese Station andauernd besetzt und das rumänische Kreuzheben, meine Lieblingsübung, musste ich an manchen Tagen deshalb schon auslassen. Einige Männer grüßen. Sie sind weder Muskelprotze noch fragen sie, „Was willst du denn hier?“, und ich plaudere nicht drauflos à la: „Also, vor zwei Jahren, als ich mit dem Training anfang, hätte ich mich hier nicht hergewagt.“ Ich kenne die Handhabung der Geräte und zeige mehr Rücken.

Dass ich Schlimmes befürchtete, nämlich Macho-Gehabe wie lautes Ausatmen zum Unterstreichen der Anstrengungen, behalte ich auch für mich. Denn die Typen sind, genau wie ich und ein paar andere Frauen, nur hier, um ihren Körper zu stärken. Sie betreiben Kraftsport, und es sieht so aus, als hätten sie Spaß. Das fällt ins Gewicht. Ich hatte Vorurteile und lerne. Oh, was macht er da? Während ich am Beinebeuger trainiere, schiebt nebenan jemand ein quadratisches, mit Gewichtscheiben beladenes Metallgestell vor sich her. Es erinnert mich ans Manövrieren vollbeladener Einkaufswagen im Baumarkt, bloß die Dinger haben Rollen. Und dort schlägt jemand ein anscheinend schweres Tau. Wofür ist das wohl gut? Spannend, hier bleibe ich.

Silke Mohr



Nicht voll auf die Zwölf: Barnt lehnt an Beton
Foto: Julia Janzen

Seine Melancholie klingt prägnant

Der Kölner Elektronikproduzent Barnt macht im Album „After Completing the Hex“ kunstsinnigen Techno, der mit der Tradition seiner Heimatstadt bricht

Von Lars Fleischmann

Dieser Tage feiert der Produzent Barnt gleich zwei Veröffentlichungen. Da ist einerseits die Re-Issue seines ersten Untergrundzenehits „Geffen“: Mit einer Synth-Pad-Hookline, die durch die Oktaven über einem eigenwilligen Percussion-Beat springt, machte der Kölner 2012 erstmals von sich reden. Burnt „bricht mit großer Bereitwilligkeit Regeln und hält sich nicht an Genrekonventionen“, hieß es damals richtigerweise.

Um das zu unterstreichen, folgten mehrere Werke, die stets eine bestimmte Sache anders machen würde; bald eilte ihm der Ruf eines „unicorns“ voraus: So einen Produzenten wie Barnt gab es im weltweiten DJ-Zirkus nicht noch einmal. Über Jahre lag ihm die Clubwelt zu Füßen, er veröf-

fentlichte auf namhaften Checker-Labels wie Hinge Finger in London, dazu kamen Einladungen zu Festivals und Clubnächten in aller Welt und Remixanfragen von Szenegrößen wie Jamie xx.

Nebenbei konnte das Label Magazin, das er mit zwei Jugendfreunden betreibt, international Aufsehen erregen – er hatte die in seiner Wahlheimat Köln so oft besungene „superjeile zick“ (supergeile Zeit). Der Hype war in den tanzenden Wogen seines oftmals ekstatischen Publikums deutlich zu spüren, doch gleichzeitig blieb der Mensch Daniel Ansorge so obskur und auf gar nicht unangenehme Weise verkünstelt wie sein Alias Barnt und die rätselhaften Tracknamen: „If She Says She Is a Healer, She Is a Healer“ ist ein sehr sprechendes Beispiel.

Wo normalerweise biografische Details zur Klärung beitragen würden, wirkten die durch-

gestochenen Informationen eher wie Nebelkerzen – obwohl sie alle korrekt sind: So hat Ansorge vor seiner Hinwendung zum Techno als Teilnehmer an DMC-Meisterschaften Turntablism auf höchstem Niveau betrieben, außer-

Auch auf dem neuen Album klingt nichts wie in anderen Werken dieses Jahres

dem hat er Kunst studiert, wenn er nicht gerade achtsündige DJ-Sets in Kölner Bars abrisst. Ein grünes Sweatshirt trug er dabei stets wie eine Uniform.

Da wirkt es passend, dass in den 2020er Jahren der (durch-

aus positive) Lärm um seine Veröffentlichungen merklich nachließ, was uns zu seinem neuen Album führt: „After Completing the Hex“. Ja, auch hier gibt es verschlüsselte Tracknamen. Nun heißt der Auftakt „Trig graphs don’t match?“. Andere Stücke tragen Namen wie „Ax^2“ und den Zifferncode „02 0221 490Y-26“. Assoziationen mit dem britischen Duo Autechre werden selbstverständlich erzeugt, der Vergleich mit dem Sound ihres Labels Warp ist ohnehin nicht abwegig.

In den ersten Stücken tastet sich Barnt vor, sie gleichen Fingerübungen, klingen nur scheinbar schroff. Unter der Lupe wirken sie zahn wie Lämmchen, eine auch in der Vergangenheit bei Barnt immer wieder prägnante Melancholie gibt die Stimmung vor. Sein Sound kommt ohne genrekonforme Drums aus. Insgesamt wirkt die Musik von „After Completing the Hex“ deutlich kompositorischer, als man es bisher von ihm kannte.

In den Sound von Barnt ist eine Ernsthaftigkeit eingekehrt, die noch mal vor Augen führt, wie ausschlaggebend Gimmicks und Effekte waren, die Tracks wie „Geffen“ und „Ariola“ zum überbordenden Zuspruch verhalfen. Die Langlebigkeit beförderten sie nur bedingt. Barnts neue Stücke sind zurückhaltender, selbst wenn man bei „Ax^2“ eine Verwandtschaft zum Track „Chapel“ erkennt, der damals den Durchbruch in England bedeutete.

Anno 2026 streckt sich Barnt nicht mehr nach den kurzlebigen Hypes des britischen Dancefloors, sondern in Richtung Elektronische Avantgarde, wie sie etwa der Berliner Künstler Carsten Nicolai betreibt. Glücklicherweise geht Burnts Musik jegliche aufgesetzte Ambienthaftigkeit ab. Zwar wird „Lack of Worldliness“ von einer fast schon kitschigen Piano-Line akzentuiert, zählt aber in keiner Sekunde auf den Neo-Klassik-Trend ein.

Dass Barnt hier auch mit Verstärkung arbeitet, zeigt dafür „Emi“, das mit einer nervös herumschwirrenden Synthesewolke aufwartet und etwas Hochpsychotisches besitzt. Worin er sich aber treu bleibt: Auch auf dem neuen Album klingt nichts wie in anderen Werken dieses Jahres. Das werden einige kritische Geister unnötig artig finden, für andere wird es eine Aktualisierung des Nimbus bedeuten, der den eigenwilligen Kölner Produzenten umgibt. Die Wahrheit liegt irgendwo in der Mitte.

Barnt: „Geffen“ und „After Completing the Hex“, beide (Magazin/Kompakt)

Anzeige

TAZ THE RICH

Wenn sich immer mehr Macht in den Händen von Superreichen konzentriert, braucht es diejenigen, die ihnen auf die Finger schauen. Deshalb Journalismus von links – unbestechlich, unbequem, unabhängig.

10x wochentaz für nur 10 Euro
Mo – Fr digital, samstags gedruckt

taz.de/abo

Von **Barbara Schweizerhof**

Darauf angesprochen, dass seine Mutter im Sterben liegt, antwortet Ilay (Mohammed Yassin Ben Majdouba) mit einem brüskten: „Das stimmt nicht!“ Der 16-jährige lebt in seiner eigenen Welt. Oder ist es andersherum? Die Welt existiert, aber ihn gibt es darin gar nicht?

Gleichzeitig sieht man Ilay in lauter höchst realistischen, dabei völlig alltäglichen Situationen: Er leistet Sozialstunden, in denen er Nadelbäume in die sandige, märkische Erde pflanzt; er jobbt in einem Logistikzentrum, er versucht ein paar Wertgegenstände wie Handys und eine Armbanduhr zu Geld zu machen, und er hängt zwischendurch mit Kumpels ab. Und doch sagt er von sich, er fühle sich wie ein „Geist“.

Um was es dem Münchner Regisseur Saša Vajda in seinem ersten abendfüllenden Spielfilm geht, ist nicht leicht in Worte zu fassen. Auch die Figuren reden nicht viel. Außer Ilay lernt man überhaupt nur noch eine weitere Person näher kennen, das ist die Palliativpflegerin Ana (Flor Prieto Catemaxca), die Ilays krebskranke Mutter Maria versorgt.

Ana hat ihre eigenen Probleme. In einer Selbsthilfegruppe erzählt sie von einer Schmerzmittelsucht, die sie zwar aufgegeben, aber noch nicht ganz verarbeitet hat. Ihre Arbeit mit todkranken Menschen hat sie schon so manche Dinge erleben lassen, die man als übernatürlich oder esoterisch bezeichnen könnte. Dass ein Arzt einen Tod bescheinigt, der Tote danach aber noch mal die Augen aufmacht und sogar spricht, erscheint ihr jedenfalls nicht weit hergeholt.

Eine Handlung im eigentlichen Sinne gibt es in „The Lights, They Fall“ nicht. Der Film zeigt Ilay und Ana in verschiedenen Konstellation und Stimmungen und einem Alltag, der selten Höhepunkte bietet. Ana wäscht die bereits apathische Mutter. Ilay sucht wegen seiner Schlaflosigkeit eine psychologische Praxis auf.

Ein Gewitter überrascht Ilay und seine Kumpels auf offenem Feld und lässt sie im Halbdunkel unterm Regen kauern vor dramatischer Kulisse. Sie verrichten diverse Besorgungen. Nie hören sie Musik, gehen essen oder ins Kino oder Ähnliches. Und doch bekommt man über die Zeit des Films ein immer besseres Gespür für die beiden und das, was sie aus-



In Ilay (Mohammed Yassin Ben Majdouba) brodeln es in „The Lights, They Fall“
Foto: Grandfilm

Sie fliehen vor Gefühlen

Regisseur Saša Vajda zeigt im Spielfilm „The Lights, They Fall“ zwei Menschen in einem Übergangsraum. Er inspiriert zu einer neuen Art des Zuschauens

macht. Sowohl Ilay als auch Ana leben in einer Art „liminal space“, einem Übergangsraum. Bei Ana ist das durch ihren Beruf bedingt, den sie mit Geschick, Liebe und großer Sicherheit verrichtet – Laiendarstellerin Catemaxca ist auch im wahren Leben Palliativpflegerin –, und der sie immer wieder an den Rand von Leben und Tod führt. Im Fall von Ilay ist es einerseits das Erwachsenwerden, das mit dem nahen Tod der Mutter beschleunigt wird, und andererseits seine prekäre Existenz in den Randbezirken von Berlin, wo er zwar Freunde hat und sich auskennt, sich aber doch nicht zu Hause fühlt.

Beim Goldhändler, bei dem er seine Armbanduhr schätzen

lässt, hängen an der Wand zwei jener Weltuhren, die die Zeit in Tokio und in Dubai anzeigen. Über dem Schild „Berlin“ aber fehlt die Uhr. Und genauso scheint sich Ilay zu fühlen. Nachdem Vajda mit seinem mittellangen Film „Jesus Egon Christus“ 2021 in die Berlinale-Sektion „Perspektive deutsches Kino“ eingeladen war, feierte „The Lights, They Fall“ 2026 seine Premiere in der Sektion Generation, wo er überraschend viel Zuspruch fand. Man würde eigentlich denken, dass gerade ein junges Publikum bei einem „Slow Cinema“-Film wie diesem schnell die Geduld verliert. Schließlich lässt der Film seine Zuschauer*innen über die meisten Dinge im Un-

klaren. Aus welchem Land Ilay und seine Mutter ursprünglich kommen, wird genauso wenig angesprochen wie die Frage, warum der 16-jährige Bäume pflanzen geht oder an welchem Krebs die Mutter leidet. Der Mangel an Erklärungen inspiriert zu einer anderen Art des Zuschauens: Man ist aufgefordert, sich hineinzudenken in die Welt dieser Figuren, mit ihnen mitzufühlen. Mit Ana, die ihren schwierigen Beruf mit so viel Souveränität meistert, aber auch sehr einsam wirkt. Besonders aber mit Ilay, der nach außen wenig über sich verrät, aber in dessen Innerem es gewissermaßen brodelt. Statt irgendwelcher Plot-Verwicklungen spürt man den

Themen, die für Ana und Ilay in der Luft liegen, nach: Trauer und Verlust, Alltagsstress, Realitätsflucht und Flucht vor Gefühlen.

Man ist aufgefordert, sich hineinzudenken in die Welt dieser Figuren

Vajda arbeitet hier ausschließlich mit Laiendarstellern, was seinem Film zwischendurch den Anstrich des Dokumentarischen verleiht, auch wenn die Szenen „ge-

scriptet“ sind. Die Gespräche, die Ilay mit seinen Freunden führt, zeichnet ein authentischer Duktus aus, der selten ist im deutschen Kino. An einer Stelle unterhalten sie sich über den Ausdruck „Keiner Fliege etwas zuleide tun können“. Trotz ihres raubeinigen Auftretens identifizieren sie sich damit. Am Ende stirbt Ilays Mutter; die meisten Fragen bleiben unbeantwortet. Eines aber begreift man als Zuschauer*in trotzdem ziemlich genau: wie Ana und Ilay sich fühlen.

„The Lights, They Fall“. Regie: Saša Vajda. Mit Mohammed Yassin Ben Majdouba, Flor Prieto Catemaxca u.a. Deutschland 2026, 87 Min.



Wolf-Dieter Vogel
Latin Affairs

Ein Mangel an Differenzierung

Sollte man einen Mann ehren, der auf seinem Weg Tausende unbewaffnete Zivilisten hinarichten ließ? Der 3.000 Frauen und Kinder mit einem Eisen als Sklavinnen und Sklaven brandmarken ließ? Ganz zu schweigen von den unzähligen Toten, die seine Kämpfe zur Eroberung Tenochtitláns, der Hauptstadt des Aztekenreichs, verursachte haben. Sollte man natürlich nicht, findet Mexikos Präsidentin Claudia Sheinbaum und informierte Anfang August darüber, dass der Paso de Cortés nun

in den „Paso de los Pueblos Indígenas“ umbenannt werden soll. Der Gebirgspass vor den Toren von Mexiko-Stadt, zwischen den Vulkanen Popocatepetl und Iztaccihuatl, soll also künftig nicht mehr an den Kolonisator Hernán Cortés, sondern an die indigenen Völker erinnern. Schließlich hätten die Ureinwohner Mexikos den Weg schon viel früher genutzt – lange bevor der spanische Eroberer 1519 mit seinen Truppen über den Pass in die Aztekenstadt einmarschiert ist. Mit der Änderung wolle man die historische Bedeutung der indigenen Völker hervorheben, erklärte die Staatschefin von der linken Partei Morena. Natürlich gibt es keinen Grund, Cortés zu ehren. Sogar die spanische Krone kritisierte ihn damals für seine mörderischen Taten. Und die historische Rolle der Indigenen, die je nach Zählweise zwischen 10 und 19 Prozent der Bevölkerung ausmachen, wird zweifellos zu wenig wahrgenommen. In der mexikanischen Geschichtsschreibung dominieren immer noch im Wesentlichen die Nachfolgerinnen und Nachfolger der Kolonisatoren, und an den Univer-

sitäten, anthropologischen Instituten oder Museen haben weiterhin vor allem sie das Sagen. Wie in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen gilt auch hier: Je weißer, desto privilegiierter. Dennoch stellt sich die Frage: Wer genau sind denn nun die „indigenen Völker“, die künftig Cortés als Namensgeber des Gebirgspasses ersetzen sollen? Moctezumas und Cuauhtémocs „Mexicas“, besser bekannt als Azteken, die ziemlich brutal von Tenochtitlan aus gegen andere Stadtstaaten vorgingen und deshalb mit vielen im Krieg waren? Oder die Menschen aus Tlaxcala, die mit Cortés den Übergang zwischen den Vulkanen passierten, um die Hauptstadt ihrer Rivalen zu erobern? Ohne die Tausenden von Kriegerinnen und ja, auch Kriegerinnen, aus Tlaxcala und anderswo, ohne deren Ortskenntnisse sowie logistische Hilfe hätten die 400 Männer aus Europa gegen Cuauhtémocs Kämpfer ziemlich alt ausgesehen. Sowohl die Indigenen als auch die europäischen Eroberer hatten ihre Interessen, gegen die Mexicas vorzugehen. Dass die Spanier später auch Tlaxcala und ihre anderen indigenen

Alliierten unterjochten, nun ja, das steht auf einem anderen Blatt. Aber das alles zu berücksichtigen, würde einen differenzierten Blick auf die koloniale Geschichte voraussetzen. Und das ist ja nicht Sheinbaums Anliegen in Sachen Dekolonialisierung. Man wolle deutlich machen, dass ihre Regierung einen anderen Blick auf die Indigenen habe, sagte sie. Dieser „andere Blick“ braucht Helden und Bösewichter. Die damit einhergehende Homogenisierung indigener Völker bringt zwar wenig für die Analyse kolonialer Zeiten, bestätigt aber das Bild der Mo-

Die Homogenisierung indigener Völker bringt zwar wenig für die Analyse kolonialer Zeiten, bestätigt aber das Bild der Partei Morena als Vertreterin der Entrechteten

rena als Vertreterin der Gedeutigten und Entrechteten. Und darum geht es. Man kann der linken Regierung nicht vorwerfen, sie kümmere sich gar nicht um die Belange der ursprünglichen Bevölkerung. So wurden zum Beispiel indigene Völker 2024 in der Verfassung als kollektive Rechtssubjekte festgeschrieben. Dennoch führen gerade gegensätzliche Interessen in den Gemeinden auch heute zu schwierigen Konflikten. Die einen erhoffen sich von einer Düngemittelanlage eine Zukunft für ihre Kinder, die anderen fürchten ein Ende ihrer Fischbestände. Manche glauben, ein Bahnprojekt bringe Touristen und damit Geld ins Dorf, während andere die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage beklagen. Nicht selten führen solche Konflikte zu tödlichen Angriffen etwa auf Umweltschützerinnen oder Menschenrechtsaktivisten. Am Ende verlieren beide Seiten – so wie die Bewohnerinnen und Bewohner von Tenochtitlán und Tlaxcala.

Der Autor ist Journalist in Lateinamerika.



Lieber lachen als abstürzen

Thomas Matschoss' „Das größte Lachen oder die Mathematik der Komik“ am Jahrmarkttheater Bostelwiebeck oszilliert zwischen Slapstick und Galgenhumor

Von **Jens Fischer**

Beheimatet ist das Jahrmarkttheater Bostelwiebeck in einem Gartenareal in der Lüneburger Heide, auf 12.000 Quadratmetern um ein Bauernhaus wuchernd, wo auch mal Hängebauschweine herum-schlawinern. Hühner picken unter der Aufsicht eines Hahnes die Kuchenkrumen vom Boden, die dem Publikum in der Freiluftbewirtung entgleiten. Fürs Gemütlichkeitsgefühl rotieren selbst die Windkraft-räder gegenüber in leiser Gemächlichkeit.

Derweil besteigen drei abge-wrackt befrackte Performer:innen eine zwischen drei Eichen aufgehängte Bühne und behaupten, eine uralte Botschaft des Universums an die entstehende Spezies des Homo sapiens entziffert zu haben. Die Erwartungshaltung des Publikums steigt ins Unermessliche, scheint es doch endlich eine klare Ansage für den Sinn des Lebens zu geben.

Aber die Erwartung wird gebrochen und aufs menschliche Maß geschrumpft – auf dass die angestaute Gedankenenergie implodieren und den Affekt des Lachens auslösen möge. Dieser Humor ist ein prägendes Element des Jahrmarkttheaters und auch das Thema der aktuellen Produktion, die „Das größte Lachen oder die Mathematik der Komik“ zu analysieren vorgibt.

Zu erklären, warum etwas lustig ist und welches Muster hinter Witzen steht, wirkt normalerweise

ziemlich unlustig. Nimmt es doch dem Lachen den Zauber der spontanen Reaktion. Aber die Inszenierung von Nathalie Wendt tippt das Sujet gleich in der ersten Szene in schöner Beiläufigkeit an: Die Maddog (Thomas Matschoss) benannte Figur knickt kurz um. Dieser kleiner Bruch im Ablauf sorgt fürs erste Schmunzeln. Aber was war daran lustig? Elementar für Komik ist eben die erlebte Diskrepanz zwischen dem Erwarteten und dem Erlebten. In diesem Fall gewinnt das Publikum den Eindruck eines souverän dahin plaudernden Trios. Dem widerspricht das plötzliche Stolpern.

Wie so etwas auf der Sprachebene funktioniert, beweist Gabi (Antonia Bootz) mit einem Vegetarierwitz: Wie nennt man die unaufgeräumte Wohnung eines Vegners? – Tofuwabohu. Maddog: „Ich mag keine Witze über Tofu, das ist doch geschmacklos.“ Erst ein unerwartetes Wortspiel, dann ein unerwarteter Nebensatz, jede:r vermutet eine rationale Erklärung für die Ablehnung von Tofuwitzen – und bekommt eine Geschmackskritik.

Thomas Matschoss ist auch Autor des Stücks. Zusammen mit Ausstatterin Anja Imig hat er 2005 das Hamburger Theaterleben gegen die Lüneburger Heide eingetauscht. Ihre Heimat ist seither das 45-Seelen-Dorf Bostelwiebeck. Schweinestall und Bauernhaus des Jahrmarkttheater-Gehöftes wurden zu Wohnungen ausgebaut, als Lager dient ein Pferdestall, ein Heuboden als Fundus, der Kuhstall

ist Probebühne und Aufführungs-ort für die Wintersaison.

Im Sommer steht das Anwesen im Dienst der interaktiven Open-Air-Lustbarkeiten. Mit Klappstühlen ausgestattet, flanieren pro Aufführung etwa 100 Besucher:innen zwischen den Spielorten auf dem Gelände umher, werden mit lebensklugen Sentenzen bezirzt und durch dramatische Ober- und Untertöne zum Politisieren gebracht.

Wegen der schwindenden Kulturförderung für die ländliche Bevölkerungsschwundregion stehen dafür keine 20-köpfigen Teams von Schauspielern:innen, Musiker:innen und Techniker:innen zur Verfügung. Eine gute Handvoll Kolleg:innen muss reichen. Die nun alles aufbieten, was an Witzigkeit geht. Der Running Gag beispielsweise, für den Buster (David Sinkemat) immer wieder zu singen beginnt, wenn jemand ein Wort ausspricht, in dem die Buchstabenfolge „so“ vorkommt.

Das Clown-Triple echauffiert sich zudem in Slapstickeffekten – sucht doch eine Schwingtür knallend Nasenkontakt, eine Sahnetorte klatscht ins Gesicht, ein Spieler taumelt ins Plantschbecken. Das funktioniert als offen kommunizierte Animation zum Schlapplachen. Außerdem wird Charlie Chaplin zitiert, der in „Goldrausch“ aus Hungersnot einen Schuh verspeist. In Bostelwiebeck saugt Matschoss ein Schnürband wie Spaghettifäden genüsslich in den Mund. Beim Puppentheater-Zwischenspiel mit Stofftieren wird eine Pointe ge-

sucht, immerhin eine „Po-ente“ gefunden und gefragt, was die klügsten Enten seien. Na? Die „Stud-enten“.

Dann geht es zum kollektiven Zwerchfelltraining. „Physiologisch betrachtet ist Lachen eigentlich nichts anderes als Husten.“ Also formiert sich das Publikum zum Hüstel-Chor: „Ha-ha-ha.“ Aber das reicht nicht zum größten Lachen. Dies könne nur aus der größten Not erwachsen – als Versuch, die Angst wegzulachen. Für echte Not-Gefühle soll nun jemand auf eine Leiter steigen und herabspringen, Fallhöhe acht Meter – woran alle gern scheitern. Nicht springen. Was das Angst bannende Lachen provoziert.

Lebenskluge Sentenzen und dramatische Ober- und Untertöne animieren zum Politisieren

Die Schauspieler:innen haben wunderbar gegensätzliche Typen entwickelt. Die mörderischen Zurechtungen der Welt durch alte, weiße Narzissten wie Trump, Putin & Co. lassen Maddock keine Ruhe, auch auf Merz und Klingbeil kommt er mit vernichtendem Lachen zu sprechen und erklärt, dass er mit jeder aufs globale Leid vergossenen Träne weiter austrockne.

Die Kolleg:innen besprengen ihn hilflos mit Wasser und sorgen

für kathartisches Lachen. Buster tölpelt in Dummer-August-Manier herum und begrummelt die Szenerie mit dem Schmerz der Trennung von irgendeiner Sofie. Und Gabi feiert mimisch wie gestisch die stummfilmgrelle Komik und kommt mit einem geradezu klassischen Jux auf ihren Freund zu sprechen: „Ich habe kein Problem mit Lars, er ist das Problem.“

Irgendwann reicht eine göttliche Hand hinter der Gehöftmauer die Gebrauchsanweisung fürs Leben empor. Zitiert wird die finale Rede aus Chaplins „Der große Diktator“, ein aus der Not (Zweiter Weltkrieg) geborener Appell für Menschlichkeit, Frieden, Freiheit, Güte und Toleranz. Statt mit dem größtmöglichen, allseits befreienden Lachen endet die Aufführung mit menschelnd wärmender Wahrheit.

Was Matschoss anschließend im privaten Gespräch mit einer Sentenz von Samuel Beckett kommentiert: „Immer gescheitert. Egal. Wieder versuchen. Wieder scheitern. Besser scheitern.“ In dem Sinne ist das Jahrmarkttheater programmatisch gescheitert, weil all der gezeigte Slapstick auf einer Ästhetik des Scheiterns beruht – als anarchistischer Einspruch, als Widerspruch zur Realität. Als geradezu subversives Vergnügen an der Zerbrechlichkeit dessen, was ist.

Nächste Vorstellungen: 22. 8., 19.30 Uhr sowie 23. 8., 15 Uhr, Jahrmarkttheater Bostelwiebeck (Bostelwiebeck 24 in 29575 Altenmedingen).

unterm strich

Nora gründet eigenen Verlag

Der im Frühjahr von dem neuen, rechtsextremen Verlagseigentümer Vincent Bolloré entlassene langjährige Chef des französischen Traditionsverlags Grasset hat einen neuen Verlag gegründet. Für Oktober hat Oliver Nora das Erscheinen der ersten beiden Bücher angekündigt: Werke des Intellektuellen Bernard-Henri Lévy und der Rabbinerin Delphine Horvilleur.

Bolloré hatte Oliver Nora nach 26 Jahren Verlagstätigkeit über Nacht gefeuert. Grund dafür war ein Streit über die Gefängnisinszenierungen des algerischen Schriftstellers Boualem Sansal. Wegen Noras Entlassung hatten mehr als 200 französische Autorinnen und Autoren den Grasset-Verlag verlassen; auch ausländische Autor*innen wehrten sich in einer Stellungnahme dagegen, dass

ihre Arbeit politisch instrumentalisiert wird.

Der einflussreiche Milliardär und Medien- und Verlageigentümer Vincent Bolloré ist bekannt für seine rechtsextremen Ideen und seine autoritäre Einflussnahme. Zuletzt hatte sich Widerstand gegen Bollorés Einfluss auf das französische Kino geregt. Über die Filmförderung seines Senders Canal+ spielt er eine große Rolle.

Fuchs hat Humor

Der Kasseler Literaturpreis für grotesken Humor geht im kommenden Jahr an die Berliner Schriftstellerin Kirsten Fuchs. Das teilte die Stiftung Brückner-Kühner mit, die den mit 10.000 Euro dotierten Preis vergibt. Kirsten Fuchs stammt aus Chemnitz und wuchs in Berlin auf, wo sie auch heute lebt. Zunächst machte sie eine Ausbildung zur Tischlerin, 2005 erschien ihr

Debütroman „Die Titanic und Herr Berg“.

Kirsten Fuchs schreibt auch Theaterstücke und ist Mitglied verschiedener Berliner Lesebühnen. Der Jury des Kasseler Literaturpreises zufolge sind ihre Texte „immer ein überraschendes, intensives und hochkomisches Erlebnis“. Kirsten Fuchs zeichne eine „umwerfende, mal feine, mal derbe Sprachkomik“ aus.

Auf dem Nostalgie-Trip

Niclas Füllkrug kehrt als Leihspieler zu Werder Bremen zurück. Nach einer beschwerlichen Zeit im Ausland will der 33-Jährige zu alter Stärke finden



Alte und neue Lichtgestalt von Werder Bremen? Mit Füllkrug soll wieder alles gut werden
Foto: Noah Wedel/imago

Von Frank Hellmann

Es spielt viel Nostalgie mit, wenn der SV Werder im DFB-Pokal beim Lüneburger SK Hansa (Samstag 15.30 Uhr/Sky) antritt. Der Oberligist hat die besseren Zeiten längst hinter sich und aktuell gar kein Heimstadion mehr, sodass das Highlight eben am Hamburger Millerntor ausgetragen wird. Bei Werder läuft vielleicht gleich ein Neuzugang auf, der ebenfalls die Sehnsucht der Vergangenheit bedient. Niclas Füllkrug kehrt zu den Grün-Weißen zurück.

Am Dienstagmorgen parkte der 33-Jährige seine weiße Karosse anlässlich des Medizinchecks auf dem Vereinsgelände. Zwei gebrauchte Spielzeiten in England und Italien liegen hinter dem Stürmer, der auch wegen ständiger Verletzungsprobleme in dieser Zeitspanne einiges an Wert verlor. Premier-League-Absteiger West Ham United stimmte dem Leihgeschäft ohne Kaufoption zu. Werder-Trainer Daniel Thioune hatte sich explizit noch einen Angreifer „mit Abschlussqualität“ gewünscht.

Bei der WM 2022 und EM 2024 war der wichtige Mittelstürmer ein Liebling der deutschen Fans. Sein intensives, kämpferisches Spiel und seine unverkrampften Auftritte neben dem Platz fanden großen Gefallen. Nun soll er in Bremen an alter Wirkungsstätte die Sorgen vor einer erneuten Zittersaison vertreiben. Vor einem Jahr heuerte auf den letzten Drücker ein nicht fitter Victor Boniface an der Weser an, der sich als Fehleinkauf erwies. Auch weil Werder

vorne lange nicht bundesligatauglich besetzt war, herrschte ständige Abstiegsangst. Spielerische Armut prägte die Auftritte der einst so angriffslustigen Bremer, die hinter dem Absteiger St. Pauli die wenigsten Tore der Liga (36) schossen.

Nur mit dem von Fortuna Düsseldorf geholten Schweizer Cedric Itten und Nachwuchsspieler Salim Musah als Stoßstürmer in die Saison zu gehen, wäre ein großes Wagnis gewesen, wie die verpatzte Generalprobe am „Tach der Fans“

Werder-Trainer Daniel Thioune hatte sich explizit noch einen Angreifer „mit Abschlussqualität“ gewünscht

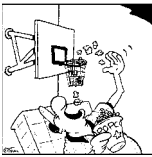
gegen AJ Auxerre (0:1) verriet. Füllkrug will seine Karriere wieder an jenem Schauplatz ins Laufen bringen, wo er bereits als Jugendlicher im Internat wohnte. Und er stürmte von 2019 und 2023 überaus erfolgreich für die Hanseaten, die er mit 19 Zweitligatoren 2022 zurück ins Oberhaus schoss.

Gemeinsam mit Marvin Ducksch bildete er das Gespann „der hässlichen Vögel“ (O-Ton Füllkrug), die ganz kurz sogar in der Nationalmannschaft vereint waren. Als Bundesliga-Torschützenkönig zog es ihn vor drei Jahren zu Borussia Dortmund, wo er nach 16 Pflichtspieltreffern für 27 Millionen Euro zu West Ham United weiterzog. Es

folgte eine schwierige Zeit. Nur drei Tore erzielte er für die „Hammers“, nur eines für die „Rossoneri“, als der Mann mit der Zahnlücke für ein halbes Jahr beim AC Mailand anheuerte. Weil West Ham nun nicht mal eine Rückennummer für den 24-fachen Nationalspieler hatte, ging die Tür nach Bremen auf.

Hätte Füllkrug nicht kräftige Abstriche beim Gehalt gemacht, wäre Werder nie zum Zuge gekommen, nachdem zuvor schon der gebürtige Bremer Eren Dinkçi vom SC Freiburg ebenfalls ausgeliehen wurde. Spieler und Verein setzten darauf, dass die romantischen Rückholaktionen allen weiterhelfen. Den Spielern und dem Verein. Bei Claudio Pizarro hat das stets geklappt, aber das ist auch schon ein Weilchen her.

Wichtig wäre für Geschäftsführer Clemens Fritz, dass seine Pläne auf dem Transfermarkt endlich aufgehen, nachdem die Personalpolitik der jüngeren Vergangenheit wenig glücklich wirkte. Diesen Sommer sind mit Mio Backhaus (SC Freiburg) und Romano Schmid (Frosinone Calcio) bereits zwei Leistungsträger verkauft worden, um die Finanzlöcher zu stopfen. Den dicksten Batzen soll Verteidigertalent Karim Coulibaly bringen. Den 19 Jahre alten U21-Nationalspieler würde Werder gerne für weit mehr als 20 Millionen Euro an den französischen Erstligisten Racing Straßburg veräußern, der eine Kooperation mit dem FC Chelsea unterhält. Die „Blues“ parken im Elsass gerne jene Spieler, bei denen viel Fantasie und weniger Nostalgie mitspielt.



american pie

Deal unter Druck

Beim Verkauf der Los Angeles Lakers wird über die Einflussnahme des US-Präsidenten spekuliert. Käufer des Basketballteams ist der Bruder von Donald Trumps Schwiegersohn

Als LeBron James Ende Juni seinen Wechsel von den Los Angeles Lakers nach Philadelphia bekannt gab, glaubten die meisten Kommentatoren noch an sportliche Gründe. James spielte in seiner 23. Profisaison noch immer auf allerhöchstem Niveau. Die Lakers kamen trotzdem nicht über die zweite Runde der Playoffs hinaus.

Im Nachhinein ist es jedoch durchaus wahrscheinlich, dass James andere Gründe hatte, aus L. A. zu verschwinden, wo er eigentlich seine Karriere ausklingen lassen wollte. In der vergangenen Woche wurde überraschend der Verkauf der Lakers für 12,5 Milliarden Dollar bekannt gegeben. Die Umstände des Deals waren jedoch überaus dubios. Käufer der Mannschaft waren der Bruder von Donald Trumps Schwiegersohn Jared Kushner, Josh Kushner, sowie der ehemalige Disney Chef Bob Iger. Dies befeuerte Spekulationen, dass Donald Trump selbst die Finger dabei im Spiel gehabt haben könnte. Die Vermutung wird dadurch untermauert, dass der bisherige Besitzer der Lakers, Mark Walter, die legendäre Mannschaft nach nur einem Jahr unter massivem Druck wieder abstieß. Die Verhandlungen um den Milliarden-Deal dauerten keine drei Tage.

Walter hatte es lange Zeit geschafft, relativ anonym zu bleiben, obwohl er einer der größten Investoren im Sportbusiness ist. Ihm gehörten neben den Lakers die L. A. Dodgers, die in den vergangenen sechs Jahren dreimal die World Series gewannen – nicht zuletzt, weil Walter dazu bereit war, ungeheure Summen in das Team zu stecken. Zusätzlich zu den Dodgers gehört Walter der FC Chelsea, das WNBA-Team L. A. Sparks, die Frauen-Eishockey Liga PWHL sowie der Formel-1-Rennstall Cadillac.

Das Vermögen, mit dem Walter seine sportlichen Aktivitäten finanziert, stammt aus seinem Lebensversicherungsgeschäft, zuvorderst der Delaware Life Versicherung und ihrer Schwester Clear Spring. Die Gesellschaften gerieten im vergangenen Jahr ins Visier des FBI. Unmittelbar nach einer Landung seines Privatjets kamen Beamte an Bord und beschlagnahmten den Laptop und das Telefon von Walter.

Investitionen von Lebensversicherungen sind selbst in den USA stark reguliert, um die Stabilität der Anlagen zu garantieren. Anscheinend haben die Firmen von Walter jedoch die gesetzlichen Einschränkungen kreativ umgangen. So gab es offenbar großzügige Kredite an Walters eigene Firmen aus dem Versicherungsgeschäft – zum Beispiel eine 4-Milliarden-Dollar-Anleihe an Dodgers Tickets, eine Unterfirma seines Baseballteams. Keine dieser Anleihen war akkurat gekennzeichnet.

Nachdem der Bund Untersuchungen gegen Walter eingeleitet hatte, musste Delaware Life 17 Milliarden an betrügerisch gekennzeichneten oder nicht verbuchten Investitionen in mit Walter verbundenen Unternehmen zugeben. Nun ist Walter unter Druck, diese Investitionen rückgängig zu machen und seine Unternehmen neu zu finanzieren. Dabei dürften die 12,5 Milliarden aus dem Lakers Verkauf überaus hilfreich sein. Zusätzlich wird berichtet, dass Walter seine Anteile an Chelsea verkaufen möchte. Dass der Zuschlag für die Lakers an Josh Kushner und seinen Mitinvestor, den ehemaligen Disney Chef Bob Iger, ging, dürfte kaum zufällig sein. Als Chef von Disney hat Iger sich besonders dabei hervorgetan, vor Trump auf die Knie zu fallen – nicht zuletzt durch die Streichung von DEI-Programmen und die Absetzung des kritischen Talkshow-Gastgebers Jimmy Kimmel.

Walter kann sich nun eine Minderung des Drucks auf seine verschiedenen Unternehmen erhoffen. Auch seine Investmentfirma Guggenheim hat Schwierigkeiten: Sie wird derzeit von der Finanzaufsicht SEC unter die Lupe genommen. Der neue SEC-Chef Paul Atkins ist jedoch auch ein Trump Mann und ein Befürworter des Schutzes von Unternehmen vor allzu strenger Regulierung.

Als lautstarker Trump-Kritiker dürfte LeBron James jetzt froh sein, dass er mit all dem nichts mehr zu tun hat. Allerdings hat sich der 76ers Besitzer Josh Harris in der Vergangenheit auch nicht gescheut, Trump zu schmeicheln, wenn dies seinen Interessen diene. Ganz, so scheint es, kann man im US-Sport Trump nicht mehr ausweichen. Sebastian Moll

Anzeige

was alles nicht fehlt

In Erklärungsnot: Der französischen Olympia-Zweiten Cyréna Samba-Mayela droht wegen Verstößen gegen die Anti-Doping-Bestimmungen eine Sperre von bis zu zwei Jahren. Wie die französische Sportzeitung *L'Équipe* berichtet, soll die 25 Jahre alte Leichtathletin innerhalb von zwölf Monaten dreimal gegen ihre Meldepflicht verstoßen haben. Werden drei Meldepflicht- oder Kontrollverstöße innerhalb von zwölf

Monaten festgestellt, liegt nach den Anti-Doping-Regeln ein Verstoß vor. Die Hürdensprinterin Samba-Mayela ist nach Angaben von *L'Équipe* bislang nicht gesperrt. Die unabhängige Integritätskommission des Leichtathletik-Weltverbandes (AIU) habe die Französin aufgefordert, die mutmaßlichen Verstöße zu erklären. Samba-Mayela hatte bei den Olympischen Spielen 2024 in Paris über 100 Meter Hürden Silber gewonnen.

Fulminante Rückkehr: Serena (44) und Venus Williams (46) haben bei ihrem Comeback als Tennis-Duo nur knapp einen spektakulären Sieg nach großem Rückstand verpasst. Gegen Marta Kostyuk und Peyton Stearns verloren die beiden Schwestern beim Turnier in Cincinnati den ersten Satz deutlich mit 2:6, erzwangen mit einem 6:1 im zweiten Satz aber den Match-Tiebreak – der dann mit 8:10 knapp verloren ging.

Eine Untersuchung: Nach dem tragischen Tod des walisischen Radprofis Finlay Tarling hat die portugiesische Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eröffnet. Der 19-jährige Waliser sei am Freitag Medienberichten zufolge auf der achten Etappe der Portugal-Rundfahrt zurückgefallen. Bei einer Abfahrt sei er in einer Kurve frontal mit einem entgegenkommenden Fahrzeug zusammengestoßen, das nicht zur Rennorganisation gehörte.

taz 🍷 panterstiftung

Rest & Resilience

Das Refugium Auszeit-Stipendium

Verfolgte Journalist*innen verbringen 6 Monate in Berlin, um Energie zu tanken und eine dringend benötigte Auszeit zu nehmen

Seit 2015 vergibt die taz Panter Stiftung das Refugium Auszeit-Stipendium



Spenden unter:

www.taz.de/spenden

GLS-Bank Bochum | BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE97 4306 0967 1103 7159 00

Bleifreie Pest

Menschen, die alkoholfreie Flaschen als Gastgeschenke mitbringen, verlieren automatisch jegliches Gastrecht

Von Uli Hannemann

In jüngster Zeit bekamen wir von Besuchern zu verschiedenen Anlässen gleich mehrmals Flaschen überreicht. Zwei davon eher bauchiger Natur, mit bonbonbunten Flüssigkeiten gefüllt, und die dritte sieht nach einem edlen Sekt aus.

Man denkt also, da kommt was Leckeres, und dann die Enttäuschung. Die scheinbaren Likörpullen enthalten alkoholfreie Grundstoffe, die sich mit Eis und Sprudelwasser zu irgendwelchen Mocktails mixen lassen – eine Idee direkt aus der Hölle. Das alles wird einem dann noch mit so einem unangebrachten Stolz in der Stimme haarklein erklärt. Und auch der Sekt ist alkoholfrei. Folglich kein Sekt, so klar muss man das sagen.

Es ist, als ob die Oma früher statt Schokolade altes Schwarzbrot mitbringt. Da noch Freude und Dankbarkeit zu heucheln, kostet mich das mimische Talent eines todkranken Schauspielers, der in einer Hochzeitskomödie den verliebten Bräutigam gibt.

Ich glaube ja nicht mal, dass die Schenkenden hier groß missionieren wollen, weil sie vielleicht seit neuestem selbst nichts trinken. So wie man das von vernünftigen Ex-Rauchern kennt, die sogar an der frischen Luft immer gleich so super genervt herumwedeln, sobald im



Prost! Alkohol ist ein Geschmacksträger, der für bestimmte Getränke unverzichtbar ist Foto: imago

Umkreis von fünfzig Metern irgendjemand qualmt. Aber so sind meine Leute gar nicht drauf. Das sind normalerweise gute Menschen.

Stattdessen nehme ich zu ihren Gunsten einfach an, dass sie mir auf diese Weise so taktisch wie liebevoll signalisieren, dass sie sich kritisch mit meinem mutmaßlichen Alkoholkonsum und dessen Auswirkungen auf meine Gesundheit auseinandersetzen. Das ehrt sie ja auch.

Liebe Freunde, ich weiß eure Sorge wirklich zu schätzen, aber sprecht mich dann ruhig direkt an oder geht meinewegen den Umweg über gemeinsame Bekannte, Angehörige oder den

sozialpsychiatrischen Dienst. Das halte ich nicht nur für legitim, es rührt mich sogar. Das ist total nett. So muss es sein. Nur bitte behaltet euer Zeug.

Aber vermutlich interpretiere ich auch zu viel hinein, und man macht das jetzt einfach so. Es ist das Lifestyle-Mitbringsel schlechthin, ein Gesundheitsgeschenk wie ein Obstkorb oder ein Gutschein für Yoga. Was gestern das Buch, die Zimmerpflanze, der Rotwein war, ist heute die Fake-Plörre. Laut einem jüngeren Bekannten ist das inzwischen sogar der angesagte Trend bei Kneipenbesuchen: Nicht mehr saufen – alkoholfrei ist das neue Ecstasy.

Das ist ja auch alles ganz wunderbar. Eingetretene Scheiße aus dem ausgelatschten Profil eines überholten Zeitgeists zu kratzen, war noch nie das Dümme. Dass man in Zügen, Restaurants und Krankenhäusern Zigaretten raucht, kann sich heute auch keiner mehr vorstellen. In diesem Rahmen gehört selbstverständlich auch die uneingeschränkte Gesellschaftsfähigkeit kollektiver Druckbetankung auf den Prüfstand.

Nur bitte doch nicht so. Natürlich habe ich das bunte Gesöff aus Respekt vor Gabe und Gebern gutwillig probiert: Das eine ein bitterer Ersatzstoff, der vage Richtung Aperol oder Campari geht beziehungsweise gehen soll, das andere ein reines Fantasy-Produkt, ohne Anlehnung an irgendwas, am ehesten vielleicht noch Hubba-Bubba-Kaugummi.

Das Zeug schmeckt einfach nicht, denn Alkohol ist ein Geschmacksträger, der für bestimmte Getränke unverzichtbar ist. Wer den Geschmack ohnehin nicht mag, umso gesünder, herzlichen Glückwunsch. Aber ersetzen kann man ihn nicht.

Wenn ich keinen Cocktail trinken will, mache ich das am besten, indem ich keinen Cocktail trinke. Bei Wein genauso. Alles besser als dieser flüssige Coitus interruptus, der nach Trau-

bensaft schmeckt, bloß noch einen ganzen Zacken schlechter als echter Traubensaft.

So etwas zu konsumieren, ist, wie in einem Auto ohne Räder zu sitzen und laut „brmm, brmm“ zu machen. Lieber trinke ich Tee oder Wasser, Saft, Schorle, Tonic oder Ginger Ale. Oder alkoholfreies Bier – das ist tatsächlich das einzige, was auf dem Feld der Ersatzstoffe gut funktioniert.

Oder ich trinke eben Alkohol, weil ich von meiner überbordenden Intelligenz ja auch mal dringend eine Auszeit benötige, deren Notwendigkeit wahrscheinlich nur diejenigen verstehen, deren quälend selbstzerstörerische Neigung zum übermäßigen Denken meiner ähnelt. Was Balkonien für den Körper, ist Alkohol für den Geist: Erholung daheim. Aber vielleicht hätte ich genau das den Freunden gegenüber nicht so oft betonen sollen. Jetzt schleppen sie in einem fort das nichtsnutzige Gesöff an.

Über den Sekt hat der Schenker übrigens gesagt, der sei sehr gut, der schmecke „eben nicht wie Traubensaft“. Aber ich bleibe argwöhnisch, weil genau das es ist, was diese Leute immer gern zu diesen Sachen sagen. Deshalb habe ich den Sekt noch nicht geöffnet. Dabei könnte ich den ja guten Gewissens zu jeder Tageszeit trinken. Nur, warum sollte ich das tun?

Abgefahrener Zug

Frauenkampf ohne Bier bei Luxemburgs

Durch eine Verkettung zumindest undurchsichtiger Umstände landeten wir am Dienstag auf der Website der Rosa-Luxemburg-Stiftung, auf der eine Veranstaltung an der Ruhr-Universität Bochum beworben wurde: „feminist futures II: Feministisch vergesellschaften“. Bei der am 25. September 2026 stattfindenden „Tagung“ beziehungsweise „Konferenz“ gehe es um die „Themenbereiche Geschlechterverhältnisse, Kapitalismus-Analyse, Commons / Soziale Infrastruktur, Demokratischer Sozialismus, Feminismus“. So weit, so gut im Frauenfrauen-Wesen. Aber dann fiel unser Auge auf die nebenstehende Werbung für „Ähnliche Veran-

staltungen“, mit der eine „Exkursion“ nach Hamburg unter dem Titel „Der Zug ist abgefahren und Bier gibt's auch keines mehr“ angepriesen wurde. Und wo liegt die Ähnlichkeit zur feministischen Analyse der Geschlechterverhältnisse? Ist dort längst auch der Zug abgefahren? Oder gibt's bei Frauenfrauen kein Bier mehr? Und wenn der Zug nach Hamburg längst weg ist, warum wird er dann noch bei Luxemburgs beworben? Fragen über Fragen, die wir bei einer kurzfristig einberufenen Konferenz unter dem Titel „beer futures I“ mit einem kraftvollen Zug Bier letztgültig zu klären versuchen. Prost allen abgefahrenen Frauenkämpferinnen!

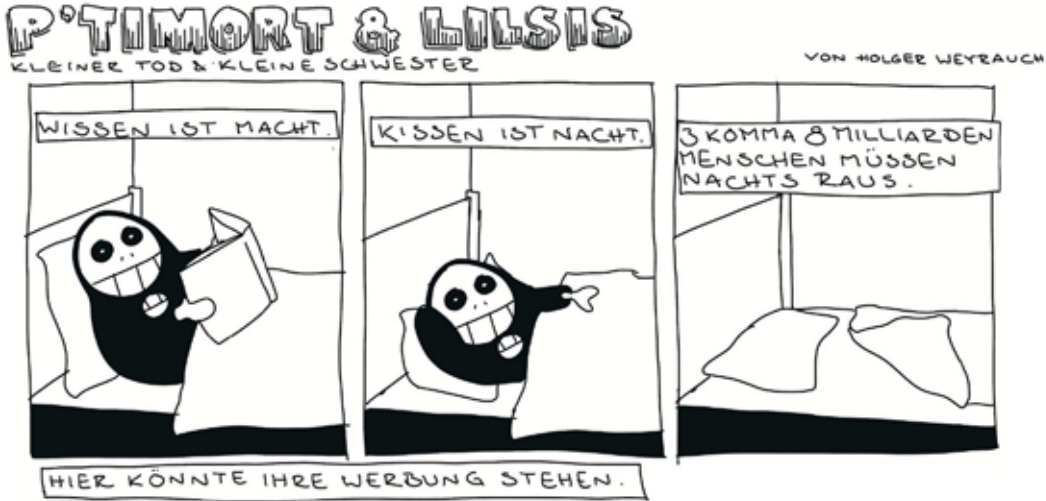
Wahrheit-Drohne kommt!

Humorüberflieger wie wir gingen lange leer aus

Endlich ist sie da! Lange hat sie in der Straße von Hummus (spricht: Hormus) in einem klitzekleinen Containerschiff festgehangen, konnte aufgrund erratischer Twix (spricht: Tweets) von Donald Dumpf (spricht: Trump) nicht ins Wahrheit-Kontor nach Berlin-Kreuzberg ausgeliefert werden. Doch nun, siehe da! Soeben ist das Lieferando-Paket über uns eingeschwebt und gelandet – prall gefüllt mit unserer von humorigen Hintermännern im Auftrag des großen nordkoreanischen Wahrheit-Anhängers und führenden Führers Kim Jong Un angefertigten Drohne der Wahrheit. Endlich, endlich, führender Führer, wir danken dir, und dann kommt das Ding auch noch passend zur Eröffnung des nationalen „Technologiezentrums Drohnensicherheit“ am Flughafen Magdeburg-Cochstedt im Letztewahlhand Sachsen-Anhalt! Zur Stunde döst unsere Wahrheit-Drohne, ob der zehrenden Auslieferungzeit erschöpft, im Kontor-Papierkorb. Von dort wird sie, jedenfalls steht es so im Lieferumfang beschrieben, sämtliche Konfliktherde, Fettnäpfchen und humorbefreite Zonen, mit denen unser kleines Satire-Ressort stets wohlgenut kämpft, lustig überfliegen.



WahrheitDrohneFoto: imago



Fritz Tietz

Sei's trumm

Seit der Hinrichtung Störtebekers hat die Hamburger nichts mehr so polarisiert wie die Neue Sternbrücke. Während die einen die unlängst installierte Bahnquerung zwischen Hauptbahnhof und Altona als elegantes, das Stadtbild völlig neu prägendes Bauwerk feiern, zeigen sich andere zutiefst enttäuscht von dem stählernen Monster.

Vor allem Anwohner sind entsetzt über die quasi geköpfte Identität ihres Stadtteils. Sie spüren ein nagendes Gefühl der Entfremdung, sind von einem regelrechten Brückenschock erfasst, wännen sich wie erschlagen von der gewaltigen Konstruktion. Entsprechend betrübt ist die Stimmung im Kiez. Verzweiflung und Langzeittraumata drohen.

Die bisherige, fast 1.000 Jahre alte Brücke hatte wenigstens noch Charakter. So hutzelig, so pittoresk wie alles hier. Die neue aber ist einfach nur stahlglatt und überdimensioniert. So hört man jetzt die Heimeligen seufzen – und irgendwo bellt ein Hund. Sein Herrchen will das Brückentrumm am liebsten gar

nicht mehr schauen, macht jetzt immer weite Umwege beim Gasgehen.

Besonders schwer trifft es jene, die jahrelang gegen den kühnen Brückenschlag über eine der absurdesten Hamburger Straßenkreuzungen agitieren: das stählernen Koloss, wie man angesichts der knapp zwei Millionen Autos, die diese Kreuzung täglich belärmen, anmerken könnte. Hätte man nicht eher dagegen aufbegehren müssen? Schließlich machte das Straßenungetüm den gewagten Stahlbau darüber erst nötig.

Unterdessen haben sich im Viertel Selbsthilfegruppen gebildet. Man trifft sich bei Flaschenbier und gitarrenbegleitetem Jungsgesang, um die gute alte Zeit zu beschwören. Eine Zeit, in der noch die gute alte Eisenbahnbrücke stand. Die man so sehr liebte, weil man sie kannte und unter ihr so krass abfeiern konnte. Weil ihre Nieten gleichsam die Seelen der Community spiegelten und ihre ehernen Stützen das Rückgrat der Szene. Dass auch diese alte Brücke irgendwann mal eine neue war, wird nicht vertieft.

Sei's trumm. Der Brückenschaden ist nun angerichtet, die Gegend auf ewig verunzert. Da helfen auch so quasitherapeutische Maßnahmen nichts, wie sie die Brückenverantwortlichen plötzlich anzetteln. Während der zuständige Senator anregt, den stählernen Koloss mit seinen aufragenden Bögen hinter einer rundum deutlich höheren Neubebauung zu verstecken, erwägt die Bahn, ihrem ungeliebten Stahlwerk durch eine möglichst kiezkonforme Deko mehr Akzeptanz zu verpassen; vielleicht indem man es schon vorab mit diesen typisch krustenen Ablagerungen verzieren lässt, ehe das gänzlich unkontrolliert die Tauben erliden?

Statt die Zukunft durch Überhöhung des Fortschritts einfach auszublenden, setzen wir Neue-Sternbrücken-Fans eher auf die hierzulande allerdings nicht sehr verbreitete Einsicht, dass sich auch das allerliebste Dorf gelegentlich verändern muss. Sogar dann, wenn man das vom eigenen Küchenfenster aus mit ansehen muss.



das wetter

Weit gefehlt

Herr Brandt und Frau Brehm lebten des Längeren bereits in einer Beziehung, zogen es aber vor, beim guten alten Sie zu bleiben. „Sie, Frau Brehm, täten Sie mir den Radio leiser drehen?“ – solcher Art waren die Sätze, die das Ehepaar Brandt/Brehm des morgens wechselte. „Sie, Herr Brandt, lassen Sie doch gefälligst den Butter über Nacht nicht auf der Anrichte stehen, der schmilzt doch nur, der Butter, und schmeckt dann fad, ja ranzig.“ Weit gefehlt, aufgrund solcher Konversationen auf Beziehungsturbulenzen der beiden zu schließen.

gurke des tages

Nach dem großen Brand nahe Monschau war am Dienstag viel von „Wiedervernässung“ die Tickerrede. Die Hitze zuletzt hat tatsächlich für arg trockene Kehlen gesorgt. Deshalb empfehlen wir für die Wiedervernässung und gegen den „Brandgeruch bis Köln“ (dpa) ein echtes Feuerwasser: Montjoier Els, einen Kräuterbitter, der in dem – hust, hust – Luftkurort Monschau seit 1844 über den trockenen Knorpel gegossen wird. Nach dem Brand ist vor dem Brand.

taz die tageszeitung

erscheint tägl. Montag bis Samstag. Herausgeb.: taz die tageszeitung. Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de Chefredaktion: Katrin Gottschalk, Barbara Junge, Ulrike Winkelmann Chefredakteur: Peter Unfried

Lokalredaktionen: Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0 Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0 Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 2 5 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Barbara Junge Anzeigen: Dieter Schwengler Berliner Lokalteil: Susanne Memarnia | alle Berlin Regionaltteil Nord: Jan Kahloke | Hamburg LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

taz Shop: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf: taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21 Tel.: 030 | 25 902 314 E-Mail: anzeigen@taz.de

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH Friedrichstraße 21, 10969 Berlin Geschäftsführer:innen: Aline Lüllmann, Andreas Marggraf Gesellschafter: taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand: Pascal Becker, Redakteur | Anne Fromm, Redakteurin | Aline Lüllmann, Kauffrau | Andreas Marggraf, Kaufmann | Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

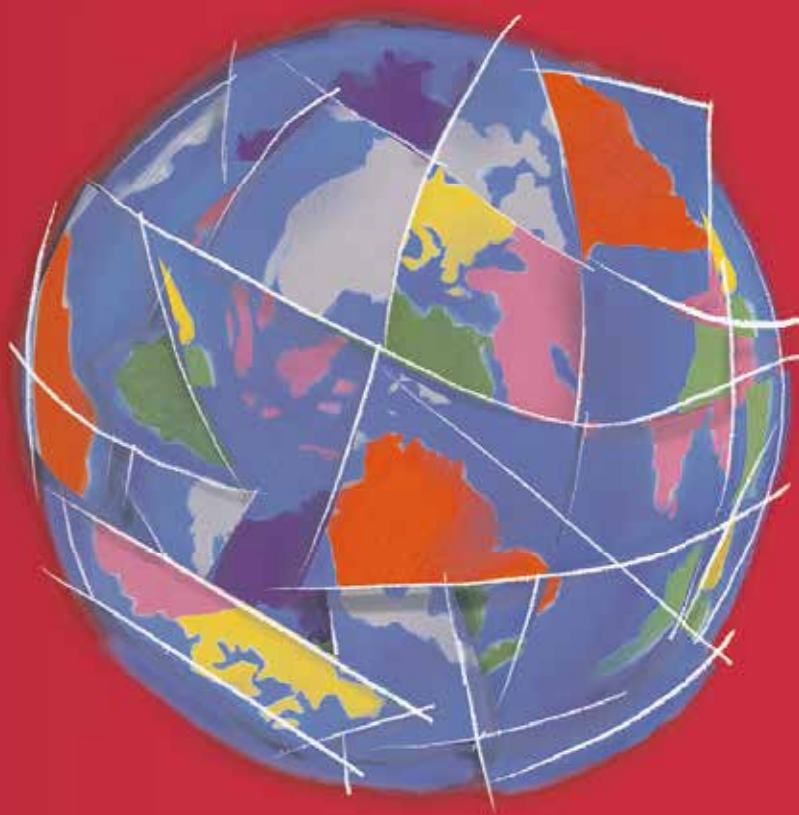
Aufsichtsrat: Tolgay Azman, Unternehmer, Hamburg | Dr. Astrid Deilmann, Historikerin, Berlin | Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Bielefeld

Abo-Service: 030 | 25 902 590 9.00 – 16.00 Uhr | Mo. – Fr. Fax: 030 | 2 59 02-680 E-Mail: abo@taz.de Abo-Nummer nicht vergessen! Mtl. Mindestpreis digital 22,40 €



ATLAS *der* GLOBALISIERUNG

Welt als Beute



**Jetzt
bestellen**

Die Welt war nie gleich, aber wenn gerade mal 0,001 Prozent der Weltbevölkerung mehr besitzen als die ärmere Hälfte zusammen, dann nimmt die Ungleichheit monströse Züge an. Und wenn Trump, Netanjahu, Putin und Xi unverfroren Ansprüche auf fremde Territorien erheben, behandeln auch sie die Welt als Beute.

Mit über 250 Karten und Grafiken von Adolf Buitenhuis sowie Beiträgen von Perry Anderson, Ulrike Herrmann, Steffen Mau, Bee Wilson und vielen anderen.

26 Euro | shop@taz.de | T. (030) 25 90 21 38



Erst mal offline: Eingang zur Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Foto: Joko/imago

Wenn nur noch das Festnetz funktioniert

Ein Hackerangriff hat Teile der Berliner Verwaltung lahmgelegt. Es ist nicht der erste Vorfall dieser Art – Fachleute sprechen von massiven Versäumnissen

Von Hanno Fleckenstein

Ein kleiner, kryptischer Hinweis steht am Dienstag auf der Webseite der Berliner Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt: „Momentan sind wir nur eingeschränkt erreichbar. Über den weiteren Stand werden wir Sie an dieser Stelle informieren“, heißt es dort. Am Nachmittag wird ein ähnliches Kästchen auf der Startseite der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen freigeschaltet: Man sei „zur Zeit nicht per E-Mail zu erreichen“.

Dabei ist bereits seit Montagabend bekannt: Ein Hackerangriff hat die beiden Verwaltungen lahmgelegt. Oder, wie die Senatskanzlei ebenfalls einermäßen rätselhaft schreibt: „Im Zuge forensischer Untersuchungen hat sich eine Inkriminierung des Landesnetzes Berlin ergeben.“

Die beiden Landesbehörden waren deshalb bereits am Freitag vom Landesnetz – der zentralen Datenleitung der Berliner Verwaltung –getrennt worden.

Seitdem funktionieren Internet und externe Mailkommunikation nicht mehr, Homeoffice ist für die Mitarbeiter*innen nicht möglich. „Wir sind praktisch arbeitsunfähig“, zitiert der *Tagespiegel* am Dienstag einen Mitarbeiter der Verkehrsverwaltung.

Dagegen versichert der Sprecher der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, man sei arbeitsfähig. Schließlich würden die Telefone funktionieren, ebenso wie interne Mails. Es müsse bloß noch organisiert werden, wie die Behörde die Kommunikation mit anderen Verwaltungen am besten gewährleisten könne.

Die Folgen allerdings sind gravierend: Offenbar ist zum Beispiel die Auszahlung des Wohnungsgelds und der Sozialleistung „Bildung und Teilhabe“ (BuT) in Gefahr. Das Bezirksamt Pankow schreibt etwa, eine Fallbearbeitung im Wohnungsamt sei aufgrund der technischen Störung nicht möglich. Und: „Nach aktuellem Stand können voraussichtlich auch keine BuT-Leistungen ausgezahlt werden.“ Auch in anderen Bezirken sind den Anga-

ben zufolge die Wohnungsämter betroffen.

Die Hintergründe der Attacke sind unterdessen unklar. Ebenso die Frage, wie groß der Schaden ist. Aber was bislang bekannt ist, deutet auf einen massiven Sicherheitsvorfall hin. Demnach sind die Hacker wohl unbemerkt in das System der beiden Verwaltungen eingedrungen, konnten sich dort in aller Ruhe umschauen und aussuchen, welche Daten sie mitnehmen.

Erst der Datenabfluss soll dann bemerkt worden sein. Ob dabei nur ohnehin öffentlich zugängliche Daten offen lagen oder sensible Daten gestohlen wurden, war am Dienstag noch nicht geklärt. Die Senatskanzlei widerspricht einem RBB-Bericht, wonach zum Teil „sehr sensible Daten“ betroffen waren. Es handele sich vielmehr um Daten, die über Open Data frei zugänglich waren, so Sprecherin Christine Richter. Laut *Tagesspiegel* wird auch geprüft, ob der Vorfall lediglich dazu gedient haben könnte, von einem anderen Hackerangriff abzulenken.

Für den Angriff sei kein großes Insiderwissen nötig gewesen, erklärte am Dienstag der Grünen-Digitalexperte Stefan Ziller. „Es wurden zwei Verwaltungen angegriffen, die eine gemeinsame IT haben, weil sie mal zusammengehört haben. Das wissen viele“, sagt Ziller der taz. Die betroffenen Verwaltungen und die Senatskanzlei müssten jetzt für Klarheit sorgen, fordert der Abgeordnete: „Welche Daten sind abgeflossen? Auf was hatten die Hacker Zugriff?“

Die Senatskanzlei beteuert derweil, die Absicherung des Landesnetzes und die Ermittlungen zum Vorfall liefen „mit Hochdruck“. Eingebunden seien das Landeskriminalamt, die Staatsanwaltschaft Berlin und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik. Zudem sei ein Notfallkrisenstab unter Leitung des Landesbevollmächtigten für Informationssicherheit eingerichtet worden.

Doch es gibt bereits deutliche Kritik an Berlins digitaler Sicherheitsarchitektur. Berlin sei da „sehr schlecht aufgestellt“, sagte

der Informatiker Manuel Atug von der AG Kritis im RBB. „Die Cybersicherheit ist in Berlin in den vergangenen Jahren sogar noch schlechter geworden“, so Atug. Ihm zufolge sind zahlreiche notwendige Verbesserungen versäumt worden.

Tatsächlich herrscht im Land Berlin eine gewisse Kleinstaatelei bei der IT-Sicherheit. Viele Behörden, Ämter und Bezirke setzen auf eigenständige IT-Systeme und nicht auf Bündelung beim landeseigenen IT-Dienstleistungszentrum (ITDZ).

Das sei jetzt zum Verhängnis geworden, betont Stefan Ziller. „Die Systeme der beiden betroffenen Senatsverwaltungen wurden nie zentralisiert und zum ITDZ übertragen.“ Auf diese Weise isoliert seien sie zum Opfer geworden.

Insgesamt sei in den vergangenen Jahren viel zu wenig unternommen worden, sagt Ziller. „Pläne für Verbesserungen gehen bis in die 2030er Jahre. Aber so viel Zeit haben wir nicht“, stellt der Grünen-Digitalpolitiker klar. „Die Betriebsverantwortung für

sicherheitskritische IT-Systeme muss zum ITDZ“, fordert er. Die Bedrohungslage in Berlin sei riesig. Da sei es wichtig, sich an einer einzigen, aber dafür gut aufgestellten Stelle zu verteidigen. „Dafür braucht es jetzt einen Fahrplan, womöglich auch mehr Personal beim ITDZ.“

Die Versäumnisse sind eigentlich seit Langem bekannt. Etwa erstellt der Senat jedes Jahr einen IT-Sicherheitsbericht, in dem die Defizite aufgeführt sind. Der Be-

„Die Cybersicherheit ist in Berlin in den vergangenen Jahren sogar noch schlechter geworden“

Manuel Atug, AG Kritis

richt ist zwar unter Verschluss, aber es braucht ihn auch gar nicht, um über die Probleme informiert zu sein. Denn es gibt immer wieder größere und kleinere Pannen.

Der wohl schwerwiegendste Vorfall ereignete sich Ende 2019 am Kammergericht. Ein Trojaner führte damals zum Totalschaden, Berlins höchstes Gericht war monatelang vom Netz. Und erst im vergangenen Jahr verschafften Hacker sich Zugriff auf den Kalender und weitere sensible Daten von Justizsenatorin Felor Badenberger (CDU). Der *Spiegel* berichtete später unter Berufung auf Sicherheitskreise, verantwortlich sei mutmaßlich die iranische Cyber-Gruppierung namens Charming Kittens.

Außerdem wurde zuletzt in mehreren Behörden und Ämtern das Update auf Windows 11 verschlafen. Das Land zahlte in der Folge 240.000 Euro an Microsoft, um dadurch entstandene Sicherheitslücken beim veralteten Betriebssystem Windows 10 zu stopfen. Auch hier waren mehrere Bezirke zögerlich, mit dem ITDZ zusammenzuarbeiten.

Die Aufarbeitung des aktuellen Hackerangriffs dürfte spannend werden. Wer dahintersteckt, ist Gegenstand von Spekulationen, die von einem hybriden Angriff eines anderen Staates bis zu einer autonom agierenden künstlichen Intelligenz reichen. Für Stefan Ziller steht trotzdem bereits jetzt fest: „Das ist eine Katastrophe. Berlin hat verdammt relevante Daten.“ Am Montag tagt der Digitalausschuss – Grüne und Linke haben Redebedarf angekündigt.

Susanne Messmer hat einen dekolonialen Blick auf das neue Aquarium geworfen

Vom Zipfelkrötenfrosch und den blinden Flecken

Sie wissen gerade partout nicht, wie ein Tannenzapfenfisch, ein Knochenzüngler oder ein Zipfelkrötenfrosch aussieht? Glück gehabt. Nach drei Jahren Sanierung öffnet am heutigen Dienstag das denkmalgeschützte Aquarium Berlin an der Budapester Straße wieder. Mehr als eine Million Liter Wasser passen hinein, rund 20.000 Tiere aus etwa 10.000 Arten leben darin – wobei schon ihre Namen manchmal den Eintritt wert sind.

Gebaut wurde das Aquarium zwischen 1911 und 1913, in einer Zeit also, in der sich die europäischen Großmächte nicht nur ferne Länder untereinander aufteilten, sondern auch deren Natur mit großem Eifer vermaßen und nach Hause transportierten. Koloniale Expeditionen lieferten Tiere, Präparate und

Informationen an Zoos und naturkundliche Sammlungen; Handelswege, die für Menschen und Rohstoffe geschaffen worden waren, machten zugleich den globalen Tiertransport einfacher. Dass sich diese Geschichte auch in europäischen Aquarien und Zoos niederschlug, ist heute kaum zu übersehen.

Das bedeutet nicht, dass es Oskar Heinroth (1871–1945), dem ersten Direktor des Aquariums, um koloniale Propaganda gegangen wäre. Der Mann war vor allem Zoologe und Verhaltensforscher, und zwar einer, der schon als Lehrling im Zoo Kükens aufzog und sehr genau hinsah, was Tiere eigentlich tun, wenn kein Mensch ihnen gerade etwas unterstellt. Er untersuchte jene frühe Form des Lernens, die als „Prägung“ bekannt wurde, und prägte selbst Begriffe der Verhaltensbiologie wie „Hetze“, „Im-

poniergehabe“ und „Triumphgeschrei“. Konrad Lorenz betrachtete ihn später als einen wichtigen Lehrer.

Nur macht Wissenschaft ihre Zeitgenossen nicht automatisch zu Menschen außerhalb ihrer Zeit. Teile der damaligen Zoologie waren allzu eng mit Eugenik und sozialdarwinistischen Vorstellungen verflochten; Lorenz selbst verwendete während der NS-Zeit ausdrücklich „rassenhygienische“ Argumentationen. Damit lässt sich Heinroth nicht automatisch zum Faschisten erklären. Es erinnert aber daran, dass Wissenschaftsgeschichte selten so sauber hinter Glas liegt wie ein präparierter Käfer.

Bei der Sanierung scheint das Aquarium seine Selbstdarstellung allerdings nicht im selben Maße mitrenoviert zu haben wie das Gebäude. Über die Eröff-

nung am 18. August 1913 erfährt man etwa nach wie vor, dass vor allem die 170 Quadratmeter große Krokodilhalle für Aufsehen sorgte. Weniger prominent ist die Frage, auf welchen Wegen all die Tiere aus fernen Weltgegenden eigentlich nach Berlin gelangten – und welche Strukturen eine solche Institution zu Beginn des 20. Jahrhunderts überhaupt möglich machten.

Die weitere Geschichte des Hauses ist dramatisch. 1943 wurde das Aquarium durch einen Bombentreffer in der Krokodilhalle nahezu vollständig zerstört. Heinroth starb 1945 an einer Lungenentzündung, die er sich unter anderem durch Löscharbeiten im Zoo geholt hatte. Der Wiederaufbau kam etagenweise: 1952 öffnete das Erdgeschoss, 1956 das Terrarium, 1959 schließlich das Insektarium.

Heute verteilen sich die Tiere wieder über drei Besucheretagen. Und bei aller historischen Last gibt es dort Dinge, denen man sich erfreulich unangestrengt hingeben kann. Gleich im Eingangsbereich lassen sich ausgesprochen freundliche Kois von Kindern wie Erwachsenen streicheln. Besonders stolz ist das Aquarium außerdem auf seine Quallenzucht mit 25 Arten. Spezielle Strömungssysteme sorgen dafür, dass die empfindlichen Wesen weder zu Boden sinken noch gegen die Scheiben treiben.

Ein hübsches Bild eigentlich für ein Haus mit einer so langen Geschichte: Man muss in Bewegung bleiben, um nicht auf dem Boden der eigenen Vergangenheit liegenzubleiben. Und manchmal lohnt es sich sehr, sich die Nase an der Scheibe plattzudrücken. Und das an 365 Tagen im Jahr, täglich von 9 bis 18 Uhr.

Von **Andreas Hergeth**

Im Fennpfuhlpark in Lichtenberg ist an diesem Nachmittag nicht viel los. Nicht, dass der weitläufige Park je überlaufen gewesen wäre. Seit Corona gehen mein Mann und ich hier immer mal wieder spazieren, weil es keine Menschenmassen wie im Volkspark Friedrichshain gibt, dafür jede Menge zutraulicher Eichhörnchen, die einem gerne Nüsse aus der Hand fressen. Aber die meisten Parkbänke sind verwaist, nur hie und da sitzt eine einzelne Person in den Himmel blickend, hie und da auch Paare, die sich unterhalten, öfter noch schweigen – oder ein Eis verputzen.

Mehr Menschen treffen sich am Anton-Saefkow-Platz gleich um die Ecke: In der Eisdielen sowie in der alteingesessenen Lichtenberger Bäckerei Plötner herrscht Hochbetrieb. Im Außenbereich sitzen ältere Damenrunden und Rentnerpärchen bei Kaffee und Kuchen oder beim Mittagstisch. Hier wird geplaudert, was das Zeug hält. Braucht es da überhaupt das Angebot einer „Plauderbank“?

Seit Juli 2023 steht eine solche im Fennpfuhlpark, es ist die erste und einzige ihrer Art im Bezirk Lichtenberg. Genau genommen sind es zwei, die beiden holzfarbenen Parkbänke mit der Aufschrift „Plauderbank“ stehen dicht beieinander. Ein Schild zwischen beiden ragt an einem Pfahl hoch hinaus. „Du suchst Gesellschaft oder ein nettes Gespräch? Dann bist du hier richtig“, verspricht eine Sprechblase. Eine zweite ergänzt: „Indem du hier Platz nimmst, zeigst du: Ich habe Lust auf ein Gespräch.“ Anfangs saß jeden Mittwoch eine ehrenamtliche Plauderin für zwei Stunden auf der Bank und hatte ein offenes Ohr für alle, die Lust auf ein zwangloses Gespräch hatten.

Die Kosten für Einbau und Beschaffung lagen laut Bezirksamt bei rund 800 Euro, finanziell sind solche Angebote also keine große Sache. Zumal weitere Kosten für die Instandhaltung bisher nicht angefallen sind, wie Filiz Keküllüoğlu (Grüne), Bezirksstadträtin für Verkehr, Grünflächen, Ordnung, Umwelt und Naturschutz, der taz sagt. „Wir freuen uns, hier ohne übermäßige Kosten einen Mehrwert für die Menschen geschaffen zu haben und eventuell ein klein wenig zur Verringerung des immer größer werdenden Einsamkeitsproblems und zum

gesellschaftlichen Zusammenhalt beigetragen zu haben.“

Solche Gelegenheit des ungezwungenen Austausches gibt es auch in anderen Bezirken. Plauderbänke stehen zum Beispiel im Park am Weißensee und im Wedding, aufgestellt vom Verein Silbernetz.

Aber hey, wer nimmt in einer anonymen Großstadt so ein Angebot, mit wildfremden Leuten zu quatschen, überhaupt an? Auf meinen unzähligen Spazierrunden am späteren Nachmittag saß auf der Plauderbank niemand – oder selten mal junge Leute, die sich anschwiegen und aufs Smartphone schauten.

Nun, es kommt auf die Uhrzeit an. Das jedenfalls sagt an diesem Mittwoch gegen 13.30 Uhr eine Frau, die schon auf der Plauderbank Platz genommen hat, als ich vorbeikomme. Und bereitwillig Auskunft gibt. Wenn sie kann, kommt Heidemarie Micke jeden Tag in den Fennpfuhlpark und setzt sich auf der Plauderbank. „Jeden Nachmittag!“, betont sie. „Ich bleibe nicht in der Wohnung sitzen wie die anderen Frauen in meinem Alter.“ Die würden alle um die Uhrzeit ein Mittagsschläfchen halten. „Das mache ich nicht“, sagt sie und erzählt, dass sie nun, wo sie nicht mehr so gut zu Fuß, statt langer Spazierrunden eben hier auf der Plauderbank sitzt.

Darf man nach dem Alter fragen? Heidemarie Micke lächelt: „Ich bin 83 Jahre.“ Seit 1981 wohnt sie hier im Kiez. Sie setzt sich bewusst auf die Plauderbank – „sie steht zum Glück im Schatten!“ – und nicht irgendeine beliebige Bank, denn sie macht damit „ein Angebot“, wie Frau Micke sagt. „Es kommen immer mal wieder Leute vorbei, mit denen ich mich unterhalte.“

Dieser Austausch lenke vom Alltag ab und mache abendrein Spaß. „Viele Menschen sind einsam. Einsamkeit ist schlimm, das ist wie eine Krankheit.“ Sie würde schon an den Gesichtern der vorbeigehenden Menschen erkennen, wer einsam ist. Auch jüngere Leuten wirken einsam, wie ihr in letzter Zeit immer öfter auffalle. Und oft kämen an der Plauderbank die gleichen Spazierenden vorbei. „Kennt man sich vom Sehen, wird begrüßt, obwohl man in Berlin ja eigentlich nicht grüßt. Hier aber schon!“

Über was für Themen tauscht sie sich aus? „Ach, über Alltägliches, Krankheiten, aber auch übers Wetter oder Haussanierungen, solche Themen, von denen man selbst be-



Bezirksstadträtin Filiz Keküllüoğlu (rechts) am Tag der Einweihung auf der Plauderbank im Fennpfuhlpark, Juli 2023
Foto: picture alliance/dpa/ Britta Pedersen

Plaudern gegen die Einsamkeit

Im Fennpfuhlpark steht die einzige Plauderbank des Bezirks Lichtenberg. Wird das Angebot genutzt? Heidemarie Micke sitzt täglich hier – und plaudert

troffen ist.“ Auch über das Alleinsein und Übrigbleiben, wenn ein langjähriger Partner stirbt. Sie hat das vor Jahren selbst erlebt, erzählt Heidemarie Micke, als ihr Mann starb. „Ich habe mich danach einsam gefühlt.“

Und wenn die älteren Leute nicht gut laufen können und den Weg zur Plauderbank nicht mehr schaffen? Bräuchte es solche zum Gespräch einladenden Bänke nicht vor jeder Haustür? Gerade vor den vielen Hochhäusern, die rings um den Fennpfuhlpark stehen?

Da nickt Heidemarie Micke und hat noch eine schöne Geschichte parat: Nach der Corona-Zeit hat sie hier – und sie klopft auf das Holz der Bank – ihren neuen Partner kennengelernt. „Wirklich, hier auf der Plauderbank.“ Sie hätten sich gleich unterhalten, nachdem er gefragt hatte, ob er sich setzen darf. „Seitdem sind wir ein Paar“, lacht Micke. Die beiden leben in getrennten Wohnungen, erzählt sie, unternehmen viel zusammen und sitzen oft gemeinsam auf der Plauderbank im Fennpfuhlpark.

Heidemarie Micke bleibt meist zwei Stündchen auf der Plauderbank, je nachdem, was noch so ansteht, was in der Wohnung zu tun ist

oder ob die Gymnastikgruppe ruft. „Damit muss man früh anfangen und dranbleiben“, rät die 83-Jährige. Auch ihr Partner gehe regelmäßig zur Gymnastik.

Wie aufs Stichwort erreicht Dieter Schumacher die Plauderbank und begrüßt seine Partnerin mit einem „alles gut?“. Auch er gibt bereitwillig Auskunft. „Im Moment sind ja wenig Leute im Park unterwegs“, sagt der 79-Jährige, „das muss mit den Ferien zu tun haben.“ Aber viele der Älteren würden ja nicht mehr wegfahren, oder? „Denen ist bestimmt zu heiß und sie bleiben zu Hause“ – anders als die beiden, sie zieht es nach draußen.

Dieter Schumacher erzählt, dass er „aus einer gescheiterten Ehe“ kommt, „wir waren 44 Jahre verheiratet“. Auf Heidemarie Micke deutend, sagt er: „Sie hat mich so ein bisschen ins Leben zurückgerufen.“

Nun plaudern wir zu dritt, unter anderem über Plötners Café. Da gehen die beiden aber nicht hin. „Zu teuer“, sagt sie, „Kalorien sparen“, sagt er, der früher selbst als Bäcker und Konditor gearbeitet hat. Wir reden über die Regelungen des Erbes, wenn man keiner Kinder hat,

die viel zu hohen Honorare von Rechtsanwältinnen – und darüber, dass beide vorgesorgt haben. Wir sprechen über Wohnungseinbrüche und Trickbetrüger, die ältere Mitmenschen übers Ohr hauen wollen. Sie haben da allerhand Beispiele parat und wären dementsprechend vorsichtig.

Themen eben, die bei alten Leuten auf der Hand liegen. Ein anregender Austausch, ganz unverhofft an diesem frühen Mittwochnachmittag. Und nur, weil ich mich auf eine Plauderbank gesetzt habe und zwei Menschen zum Reden fand.

Sommerserie „Unter anderen“

Unsere Gesellschaft driftet auseinander. Aber das ist nur ein Teil der Wirklichkeit. Berlin ist voller Orte, an denen Menschen noch ins Gespräch kommen – beiläufig, ungeplant und oft überraschend. Räume des urbanen Zusammenlebens, offen, widersprüchlich und sozial durchlässig. Für unsere Sommerserie erkunden wir diese alltäglichen Kontaktzonen, in denen Menschen Verbindung und Verschiedenheit suchen, aushalten und verhandeln.

Alle Texte zur Serie sind hier auf taz.de versammelt.

Anzeige



Deutsche Ausgabe

+ LE MONDE *diplomatique*

EXKLUSIVES ANGEBOT

für taz-Abonent:innen



39,60 €

für 1 Jahr

LMD auf

Papier

Jetzt bestellen und jeden Monat mit *Le Monde diplomatique* die Welt begreifen

taz.de/lmd-gedruckt



Gewalttat im Juni in Stade: Mit vielen Einzelmaßnahmen soll darauf nun in der Jugendhilfe Hannover reagiert werden
Foto: Kai Moorschlatt/dpa

Behutsame Schritte zu mehr Sicherheit

Sieben Wochen nach dem Mord an sechs Sozialarbeiter*innen in Stade feilen die Verantwortlichen der Jugendhilfe der Region Hannover an neuen Schutzkonzepten. Man wolle nicht in blinden Aktionismus verfallen

Von Nadine Conti

Diese entsetzliche Tat, sagt Sozialdezernentin Anne Spiegel gleich am Anfang, hat dafür gesorgt, dass es im Jugendamt der Region Hannover eine Zeit vor und eine Zeit nach Stade gibt. Sieben Wochen ist es her, dass ein Vater mit einer Waffe zu einem Hilfeplangespräch in das Mutter-Kind-Heim in Stade kam und sechs Sozialarbeiter*innen erschoss.

Drei von ihnen kamen aus der Region Hannover. Aus der Institution, die für die Inobhutnahme der kleinen Tochter des mutmaßlichen Täters verantwortlich war, weil der Verdacht bestand, dass das Baby durch Schütteln schwer verletzt worden war. Der Verdächtige beging später in der Untersuchungshaft Suizid.

Und nun sitzt die zuständige Sozialdezernentin Anne Spiegel neben dem Leiter des Fachbereichs Jugend, Roland Levin, auf einer Pressekonferenz und versucht zu erklären, welche Konsequenzen man aus diesem schrecklichen Geschehen ziehen will. Das ist keine leichte Aufgabe. Der Katalog, der viele kleine Einzelmaßnahmen enthält, ist lang. Man sei sich einig gewesen, jetzt nicht in blinden Aktionismus verfallen zu wollen, sagt Spiegel. Alle Maßnahmen seien in einem partizipativen Prozess von und mit den betroffenen Mitarbeitern entwickelt worden.

Es gibt aber nicht nur eine Zeit vor und nach Stade, sondern auch einen Wissensstand vor und nach Stade. Das ist etwas, was die beiden auch noch einmal deutlich machen müssen. Denn natürlich drehen sich viele Fragen immer noch darum, was da eigentlich schiefgelaufen ist und ob man diese entsetzliche Eskalation wirklich nicht hat kommen sehen können.

An der Gefährdungseinschätzung der Kollegen habe man, auch nach gründlicher Überprüfung, nichts aussetzen, betont Levin. Es lagen schlicht keine Hinweise auf eine so massive Gewalttätigkeit vor: Die Anzeige der behandelnden Ärzte, die den Vater als bedrohlich empfunden hatten, bezog sich „nur“ auf verbale Ausraster – mit denen habe man es in der Jugendhilfe aber praktisch täglich zu tun. Der Vater habe sich zunächst auch kooperativ gezeigt.

All die Dinge, die später ans Licht kamen – etwa von einer kriminellen Vorgeschichte in der Türkei, über die verschiedene Medien berichtet hatten –, waren damals weder beim Jugendamt noch bei der Polizei bekannt. Es gab also schlicht keine Veranlassung, den Termin unter Polizeischutz stattfinden zu lassen.

Denn diese Möglichkeit, die Polizei oder den hauseigenen Sicherheitsdienst hinzuziehen, habe es auch vor den Ereignissen von Stade schon ge-

geben. Und ja, davon werde auch regelmäßig Gebrauch gemacht, versichert Levin auf Nachfrage. Mit steigender Tendenz in den vergangenen zwei bis drei Jahren, weil sich ganz offensichtlich etwas Grundsätzliches verschoben habe in

In einem Pilotprojekt sollen außerdem sogenannte Safe Watches, die am Handgelenk getragen werden und mit denen man schnell Alarm auslösen kann, getestet werden

der Gesellschaft – was sich ja leicht auch an der wachsenden Zahl der Übergriffe auf Rettungskräfte oder andere Bereiche ablesen lasse.

Der Krisenstab, den die Region unmittelbar nach der Tat eingerichtet hatte, tagt mittlerweile nur noch wöchentlich. Am Anfang habe man oft mehrmals täglich zusammengeessen, schildert Spiegel. Aber da ging es ja auch überhaupt erst einmal darum, den Schock zu verarbeiten und die Angehörigen zu betreuen, psychologische und traumatherapeutische Unterstützung zu organisieren.

Auch die Zusammenarbeit mit der Polizei habe sich noch einmal deutlich intensiviert, die allerdings auch vorher schon sehr vertrauensvoll gewesen sei. Mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen will man nun noch nachlegen. Dazu gehören räumliche Veränderungen – es soll für schwierige Gespräche einen Extra-Raum in der Nähe des Sicherheitsdienstes geben. Öffentliche und nicht-öffentliche Bereiche der Verwaltung sollten besser voneinander getrennt werden, Eingangsbereiche – auch in den Außenstellen – mit Gegensprechanlagen und Kameras gesichert werden.

Es soll eine verbesserte Ausstattung der Mitarbeitenden geben: Dazu gehören mehr Diensthandys und Dienstautos, ein verbesserter Schutz der persönlichen Daten. In einem Pilotprojekt sollen außerdem sogenannte Safe Watches, die am Handgelenk getragen werden und mit denen man schnell Alarm auslösen kann, getestet werden. Auch Schließfächer und Schutzwesten sollen angeschafft werden.

Die Präventionsteams der Polizei sollen die Besprechungsräume in Augenschein nehmen, zu klugem Aufbau und sicheren Fluchtwegen beraten. Möglicherweise können man in einzelnen Bereichen auch darüber nachdenken, Räumlichkeiten bei der Polizei oder in Amtsgerichten zu nutzen.

Dazu kommen Fortbildungen für die Mitarbeitenden – in Sachen Selbstschutz, aber auch Gesprächsführung, um die subjektive Sicherheit zu erhöhen. Zwei zusätzliche Stellen wurden geschaffen: Eine für die fortgesetzte interne psychologische Beratung und eine für die Koordination mit dem Baubereich zur Umsetzung der neuen Sicherheitskonzepte.

Grundsätzlich bewege sich das Ganze aber eben in einem schwierigen Spannungsfeld, betont der Jugendamtsleiter immer wieder. Denn natürlich lebe die Jugendhilfe von der Nähe und der niedrigschwelligen Erreichbarkeit. „Im SGB 8 steht nichts von Sicherheit“, sagt Levin und meint die einschlägigen Sozialgesetze.

Auch das sei den Kolleg*innen sehr wichtig. Die im Übrigen, bei aller Betroffenheit und Verunsicherung, eben auch in den vergangenen Wochen weiter ihre Arbeit gemacht haben: weil sie die Familien, die Kinder und Jugendlichen nicht im Stich lassen wollen.

Eine hundertprozentige Sicherheit wird es nie geben, sagen die beiden Führungskräfte. Aber, sagt Spiegel, möglicherweise müsse man auch insgesamt noch einmal darüber reden, was in einer Gesellschaft schief läuft, in der zunehmend die angegriffen werden, die eigentlich helfen möchten.

„Mehrwerte für die Bürger:innen schaffen“

Rund um die Stadt Schleswig sind mehrere Rechenzentren geplant. Bürgermeister Jonas Kähler sieht das als Chance – trotz des hohen Bedarfs an Kühlwasser

Interview **Esther Geißlinger**

taz: Herr Kähler, wenn Sie Manager einer Firma wären, die ein großes Rechenzentrum etwa für den Betrieb von KI-Modellen bauen will, fänden Sie Schleswig-Holstein attraktiv?

Jonas Kähler: Ja, definitiv. Schleswig-Holstein hat den Vorteil, dass es hier einen großen Überschuss an erneuerbaren Energien gibt, zudem Flächen, die sich für Rechenzentren eignen.

taz: Okay, das war der Blick des Firmenbosses. Nun sind Sie allerdings Bürgermeister der Stadt Schleswig. In Ihrer Stadt und in mehreren Nachbargemeinden sollen große Rechenzentren entstehen, wie auch andernorts in Schleswig-Holstein. Was sagen Sie als Stadtmanager dazu?

Kähler: Im Moment ist es interessant zu beobachten, wo überall solche Projekte aufploppen. Ich finde dabei gerade die Pläne spannend, bei denen die sogenannte Sektorenkoppelung gleich mitgedacht wird: Ist da ein Umspannwerk in der Nähe, werden die Kommunen einbezogen, gibt es Abwärmekonzepte?

taz: Wichtiges Stichwort: Rechenzentren verbrauchen viel Energie und erzeugen Abwärme, es gibt daher in vielen Orten, etwa in den USA, Proteste. Wie gehen Sie in Schleswig mit der Abwärme um?

Kähler: Für mich ist zwingend, dass wir die Abwärme

nutzen. Geplant sind drei Projekte in und um Schleswig, in den Gemeinden Schuby und Busdorf und in einem Gebiet im Norden der Stadt Schleswig. Das Ziel in allen Fällen ist, die Abwärme in die Stadt und in die Gemeinden zu bringen. Wir wollen nicht nur Gewerbe ansiedeln, sondern auch Mehrwert für die Bürger:innen schaffen.

taz: So weit die Theorie. Gibt es schon Ideen für die Praxis?

Kähler: Wir sind in Busdorf am weitesten. Da fanden sehr früh Gespräche zwischen den Investoren und unseren Stadtwerken statt, es geht darum, wie die Abwärme ins Fernwärmenetz eingespeist werden kann. Wir verhandeln auch mit dem Investor, dass er die Leitungen baut. Das wäre für uns natürlich besonders gut. Wir sind noch nicht so weit, dass wir Zahlen nennen könnten, aber das Potenzial ist enorm. Es gibt kaum andere Möglichkeiten, so viele Haushalte auf einen Schlag an eine saubere Wärmequelle anzuschließen.

taz: Was sind das für Investoren, läuft die Zusammenarbeit auf Augenhöhe?

Kähler: In allen drei Projekten im Umland läuft die Zusammenarbeit sehr gut. In Busdorf und Schleswig sind es Investoren mit Beziehungen in die Region. In Schuby, so nehme ich es wahr, ist es ein Projektierer, der nicht von hier kommt, aber eng mit der Gemeinde und dem Kreis im Gespräch ist.

taz: Neben Strom brauchen Rechenzentren viel Wasser für die Kühlung. Ist das angesichts des fortschreitenden Klimawandels und der Trockenheit nicht ein Problem?

Kähler: Sie hatten die USA angesprochen, wo es Proteste gibt. In Deutschland liegt die Planungshoheit bei den Gemeinden, und wir machen uns selbstverständlich Gedanken über diese Frage. Ein Thema sind geschlossene Kreisläufe, ein anderes die Idee, statt Frischwasser Oberflächen- oder Grauwasser zu nutzen. Klar ist: Wir haben das Thema im Blick und sprechen im Verfahren auch mit allen Verbän-

„Schleswig-Holstein produziert mehr nachhaltigen Strom, als wir selbst verbrauchen. Also ist es sinnvoll, hier Industrie anzusiedeln“

den und Gruppen, die öffentliche Interessen vertreten.

taz: In Rechenzentren arbeiten kaum Menschen. Wäre der Region nicht mehr geholfen, wenn sich andere Betriebe ansiedeln würden?

Kähler: Wie gesagt, Schleswig-Holstein produziert mehr nachhaltigen Strom, als wir selbst verbrauchen. Also ist es sinnvoll, hier Industrie anzu-

siedeln. Für mich sind die Rechenzentren dabei Ankerinvestoren, um die herum sich andere ansiedeln werden. So bekommen wir den Wandel zur CO₂-neutralen Industrie hin.

taz: Betreiben Sie gemeinsam mit anderen Gemeinden oder dem Kreis aktive Ansiedlungspolitik, um diese Firmen zu finden?

Kähler: Die aktive Ansiedlungspolitik sieht so aus, dass wir mit den Umlandgemeinden kommunale Gewerbegebiete rund um die geplanten Rechenzentren ausweisen, sodass diese Folgeansiedlungen ebenfalls die Abwärme nutzen können. In der Nähe stehen Windräder, weitere sind geplant, sodass wir auch die nötige Energie bereitstellen können. Wichtig finde ich, dass wir als Kommunen alle Pläne gemeinsam tragen, über die Stadt- und Gemeindegrenzen hinweg. Wenn wir zeigen, dass die Bürger:innen profitieren, schafft das auch Akzeptanz für den Bau von Rechenzentren.

taz: Was wünschen Sie sich von der Politik auf Landes- oder Bundesebene, braucht es Neuregelungen oder Hilfen?

Kähler: Das Wichtigste ist Planungssicherheit. Ganz konkret: Zurzeit müssen Investoren ein Abwärmekonzept mitplanen, aber Wirtschaftsministerin Katherina Reiche überlegt, das zu ändern. Für uns Kommunen wäre das eine Katastrophe, da wir genau hier einen Hebel ansetzen können.



Foto: privat

Jonas Kähler 31, ist seit 2025 Bürgermeister der Kreisstadt Schleswig. Der gelernte Verwaltungsfachmann und Vater von zwei Kindern trat als Parteiloser an. Vor seiner Wahl zum Bürgermeister war als Stadtplaner in Schleswig tätig, zuvor arbeitete er in verschiedenen Abteilungen im Innenministerium in Kiel

gebannt

Der Weltuntergang ist einen Stock tiefer

Wer künstliche Intelligenz hasst, wird überrascht: Die nun vorgestellte Bremer KI-Strategie ist erfreulich – und kann schlimmstenfalls milde langweilen

Da sitze ich nun auf der Pressekonferenz, wie das Land Bremen künstliche Intelligenz (KI) strategisch in der Verwaltung nutzen will, und schon in den ersten drögen Minuten ist klar: Das hier ist nicht böse, es ist praktisch. Wahrscheinlich ist es sogar gut.

Dabei bin ich immer ein bisschen auf Weltuntergang eingestellt, wenn ich KI höre. Ich hasse die künstliche Intelligenz und scheue sie, wo immer es geht. Ich habe Angst davor, dass wir als Menschheit uns selbst überflüssig machen: im Job, im Sozialen, im Kreativen. Ich finde es absurd, dass die KI für uns Texte schreibt und Musik macht und Bilder erstellt. Ich Sorge mich, dass wir Kulturtechniken verlieren – das Denken verlernen, um es pathetischer zu formulieren.

Es beunruhigt mich, dass es Milliardäre sind (und ein Billionär), die mit der Kontrolle über die KI unsere Welt gestalten können. Und dann auch noch die besonders megalomanen unter den Superreichen ... Die KI, die ja vor allem Altes reproduziert, setzt Diskriminierung fort und stützt konservativ das Bestehende und Mächtige. Das kann nicht gut sein.

Angst habe ich aber auch, wenn sie dann doch eigene Ideen entwickelt: Wenn sie uns irgendwann in allem überflügelt und – mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit – einfach abschafft. Aber das passiert bestimmt nicht, oder?

Das ist ganz schön viel Angst und Unbehagen und klingt in der Masse ein bisschen spinnert; bestimmt überschätze ich manche Gefahr, irre mich bei anderen, und wiederhole Szenarien, die Angsthasen und Bremser seit Menschengedenken bei jeder neuen Technologie äußern. Schon mit fast 40 Jahren gehöre ich wohl zum technologiefeindlichen alten Eisen – ja, Kruzifix!

Der schneller bearbeitete Wohngeldantrag

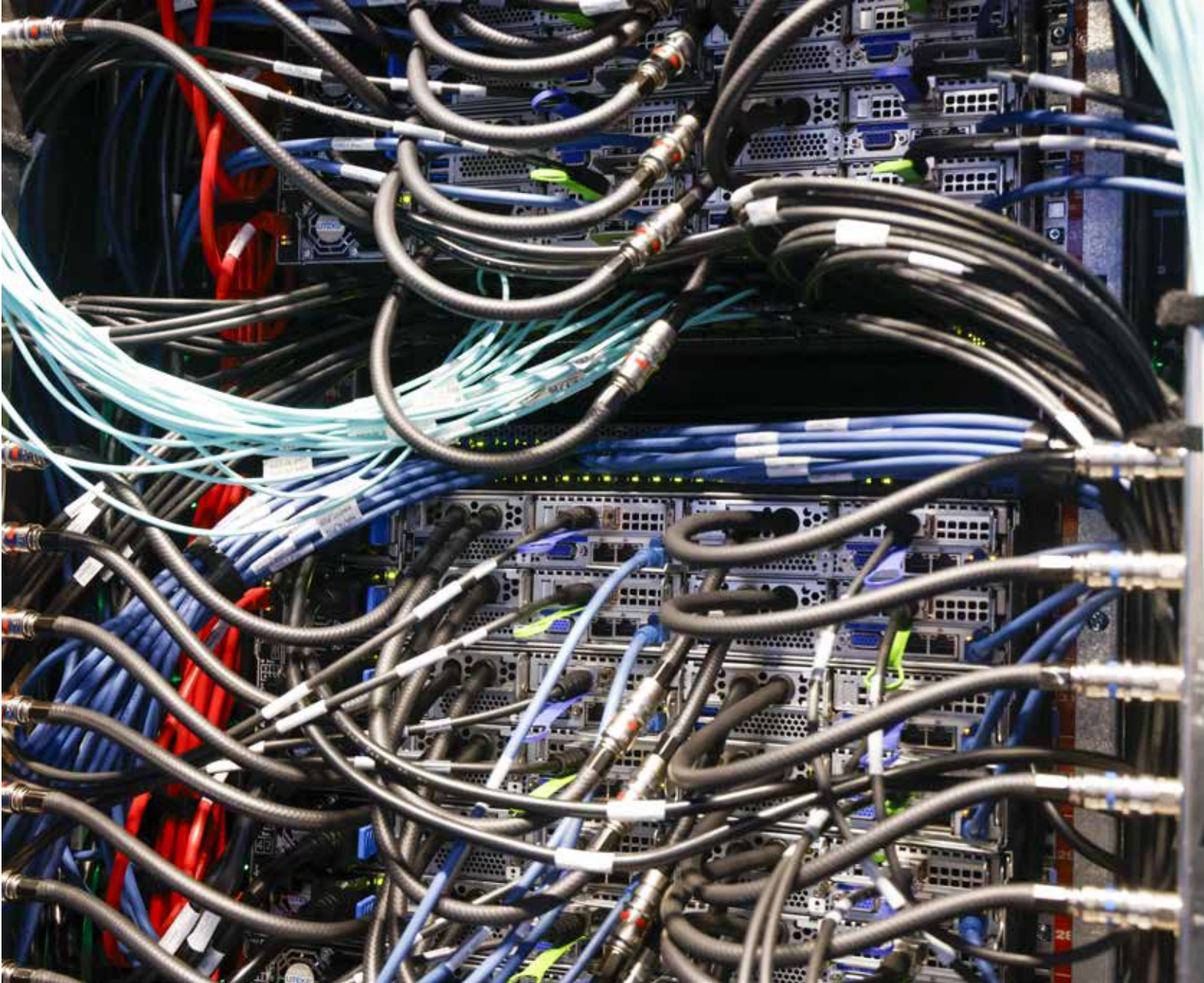
Vor allem passen die ganzen Gefühle so gar nicht zu dem, was Bremen da präsentiert als KI-Strategie. Da gibt es erst einmal viel Positives zu sagen: Es ist gut, wenn man sich ein paar Gedanken macht über KI. Es ist richtig gut, wenn die Verwaltung eine eigene datenschutz-sensible KI nutzt: Die größenwahnsinnigen Superreichen hat man damit schon mal gebannt, soweit das eben geht.

Und werde ich als Bürgerin den Unterschied merken, wenn Behördenbriefe in Zukunft vom Textassistenten „LL Moin“ formuliert wurden? Vermutlich ja: LL Moin soll verständlich und diskriminierungsfrei sein, hurra! Und möchte denn nicht auch ich, dass Wohngeldanträge schneller bearbeitet werden? Und wäre es nicht wirklich toll, wenn Finanzbeamte endlich wieder Zeit für die wichtigen Dinge hätten, für eine Steuerprüfung bei Superreichen zum Beispiel?

39 Projekte gibt es in einem ersten Aufschlag; nur gut die Hälfte davon bezieht sich auf konkrete KI-Anwendungen – die anderen sind eher begleitende Projekte: Etwa im Modul „KI verantwortungsvoll prüfen“, da kriegt man auch die KI-Kritikerin. Oder im „Kompetenzzentrum für künstliche Intelligenz“, damit die Beschäftigten abgeholt werden. Überhaupt, die Mitarbeiter: Die hat man vorab befragt, eine Zustimmung des Personalrats gibt es auch. Um seinen Arbeitsplatz muss sich niemand sorgen, sagt Finanzsenator Björn Fecker (Grüne).

Und die Arbeitsplätze der Zukunft? Na ja, wenn der demografische Wandel reinschlägt und die Babyboomer in Rente gehen, dann ist es für das Gemeinwesen vielleicht ganz gut, dass nicht alle Stellen in den Behörden wiederbesetzt werden müssen: Schon heute finden Verwaltungen landauf, landab, nicht genug Mitarbeitende. Nix für ungut also, Bremen! Mach mal KI. Ist auch nur ein Werkzeug. Und: muss ja.

Noch ein paar O-Töne fürs Fernsehen, dann ist sie aus, die PK im Rathaus. Gut so: Ein Stockwerk weiter unten beginnt nämlich nun das Mittagessen für besondere geladene Gäste der KI-Konferenz. Nein, nicht die Konferenz zur neuen Strategie, sondern die „IJCAI-ECAI 2026“, eine der „weltweit wichtigsten wissenschaftlichen Konferenzen zu künstlicher Intelligenz“ mit 2.500 Teilnehmenden aus 40 Ländern. Serviert wird auch dort ganz, ganz viel Hilfreiches – und wer weiß, vielleicht auch eine Prise Menschheitsdämmerung. **Lotta Drügemöller**



Benötigt viel Strom, kann viel Wärme abgeben: Rückseite eines Servers in einem Rechenzentrum Foto: Sämmer/Imago

das wird

„So kann man Literatur sinnlicher machen“

Von Kuchen, Cocktails und Lieferdiensten: Das Hamburger Lesefest „Sorbet“ präsentiert Texte, die direkt oder indirekt mit Kulinarik zu tun haben

Interview **Wilfried Hippen**

taz: Frau Kavouras, Sie haben in Hamburg das kulinarische Lesefest „Sorbet“ gegründet. Wie kam es dazu?

Nefeli Kavouras: Ich arbeitete zusammen mit Peter Reichenbach beim Mairisch-Verlag in Hamburg. Wir beide essen sehr gerne und reden auch gerne über Literatur. Irgendwann kamen wir auf die Idee, dass man vielleicht Literatur sinnlicher machen könnte, wenn etwas über das Essen und Trinken vorgelesen wird und man dazu das essen kann, was einem vorgelesen wird. Dafür haben wir schöne, verbindende Ort gesucht. Vor sechs Jahren haben wir das erste kulinarische Lesefest „Sorbet“ organisiert. Und weil es alle zwei Jahre stattfindet, ist dies nun die dritte Ausgabe.

taz: Es scheint ja ein Erfolg zu sein, denn drei der fünf anstehenden Veranstaltungen sind ja inzwischen schon ausverkauft.

Kavouras: Ja, wir merken, dass es ein großes Interesse gibt. Und zwar gerade bei Menschen, die sich normalerweise nicht in klassische Kulturräume hineintrauen. Wir hatten Lesungen in Bars, Restaurants oder einem Bierladen, bei denen Leute uns hinterher erzählt haben, dass sie davor noch nie zu einer Lesung gegangen sind und dann die Bücher gekauft haben, weil sie so begeistert waren.

taz: Diesmal ist ja bei den Veranstaltungs-orten auch nur ein Buchladen dabei.

Kavouras: Ja, denn wir wollen Literatur an Orte bringen, die man sonst eher aus dem Alltag kennt.

taz: Und wie kuratieren Sie das Festival?

Kavouras: Wir schauen, welche Neuerscheinungen es gibt, in denen Essen, Trinken und Gastfreundschaft eine Rolle spielen – und bei welchen Büchern es denkbar wäre, dass die Literatur selber zum Gastgeber wird. Und wir achten dabei auch darauf, dass wir eine gute Mischung aus Autor*innen von außerhalb und aus Hamburg haben.

taz: So gibt es ja auch die Lesung „Russische Spezialitäten“ von Dmitrij Kapitelman.

Kavouras: Da wird davon erzählt, wie es ist, wenn eine ukrainische Familie in Deutschland lebt, aber einen russischen Spezialitäten-Laden hat. Uns geht es darum zu zeigen, dass man auch aus anderen Kulturen etwas über Kulinarik lernen kann.

taz: Manchmal ist der kulinarische Bezug ja eher indirekt.

Kavouras: Das stimmt. In der Veranstaltung „Prekär. Traurig. Lustig.“ mit Tomer Gardi geht es nicht um das Essen selbst, sondern um die prekäre Situation von Menschen, die für Lieferdienste arbeiten. Da gibt es eine Szene, in der Kinder ganz gierig auf indische Burger warten, die dann aber nicht geliefert werden. Und da haben wir gedacht, es wäre doch schön, wenn man bei der Lesung diese Burger dann doch serviert bekommt.

taz: Der Hamburger Pflichttext zum Thema Essen ist „Die Entdeckung der Currywurst“ von Uwe Timm, der aber bei Ihnen ja nicht selbst vorliest.

Kavouras: Nein, aber es gibt eine sehr schöne Adaption der Novelle von der Hamburger Comiczeichnerin Isabel Kreitz, die sich intensiv mit dem Werk beschäftigt und dabei auch die Hamburger Neustadt illustriert hat, in der das Festival ja stattfindet.

taz: Zu der Lesung wird eine „vegane Currywurst“ gereicht. Wie ist es denn dazu gekommen?

Kavouras: Wir haben uns gedacht, dass es heute ja keine Selbstverständlichkeit mehr ist, einfach Fleisch zu essen. Und wir wollten auch den Menschen etwas anbieten, die sich sonst vielleicht ausgeschlossen gefühlt hätten. Und das Wichtige ist ja nicht die Wurst an sich, sondern die Soße. Und auf die legen wir natürlich großen Wert.

taz: Worauf haben Sie sonst bei der Wahl der Speisen und Getränke geachtet?

Kavouras: Wir wollten auch kulinarisch eine möglichst große Bandbreite haben. Bei der Lesung des Essays „Eine Frau geht einen Martinez trinken. Alleine“ von Lou Zucker, in dem es darum geht, womit eine Frau konfrontiert wird, die alleine in eine Bar geht, gibt es zum Beispiel Cocktails.

Steht wegen Kürzungen im Schulbereich in der Kritik: Hamburgs Bildungs-senatorin Ksenija Bekeris (SPD)
Foto: Christian Charisius/dpa



Gymnasien als Sparschweine der Stadt

Zu Beginn des Hamburger Schuljahrs wird klar: In 700 Fällen wurde die Schulbegleitung reduziert. Und auch die Lehrerversorgung an Gymnasien wird gekürzt

Von **Kaija Kutter**

Es gibt wieder einen Rekord an Schülerzahlen in Hamburg. Mit solchen Superlativen lud Hamburgs Schulsenatorin Ksenija Bekeris (SPD) zwei Tage vor Schulbeginn die Presse ins Rathaus. Doch es brodeln an den Schulen, weil der rot-grüne Senat für den nächsten Haushalt an vielen Stellen die Spar-Axt anlegt. Der Ärger um die restriktive Bewilligung der Schulbegleitung ist noch nicht verrauch, nun werden Kürzungen der Lehrerstunden pro Schüler an Gymnasien bekannt.

Vor den Ferien waren viele Eltern behinderter Kinder ver-zweifelt, weil plötzlich weniger Schulbegleiter bewilligt wurden. Bekeris' Behörde hatte die Bremse gezogen, weil es von den Schulen in diesem Jahr deutlich mehr Anfragen gegeben habe. Die Senatorin bestritt stets, dass gekürzt wird, nannte aber keine konkreten Zahlen. Nur das *Hamburger Abendblatt* zitierte Bekeris mit der Aussage, es habe diesmal rund 5.200 Anfragen gegeben.

Jetzt nannte sie eine Zahl. Sie rechne im neuen Schuljahr mit rund 4.500 Bewilligungen von Schulbegleitung. Das sind rund 700 weniger, als ursprünglich angefragt wurden.

Laut Bekeris kamen während der Sommerferien 540 Fälle in einen „Überprüfungsprozess“. Nur bei 20 Fällen blieb es bei der bisherigen Entscheidung, 68 Anträge seien ganz neu gewesen und bei 256 Fällen sei eine Bewilligung im Sinne der Eltern erfolgt. Elternvertreter äußerten die Vermutung, dass die Kürzung der Schulbegleitung nur da rückgängig gemacht wurde, wo Eltern sich beschwert hatten. Doch 196 Fälle waren an diesem Montag noch nicht entschieden. Nachteile ergaben sich daraus nicht, beteuerte Bekeris. „Diese Kinder gehen zur Schule, ob mit oder ohne Schulbegleiter.“

Die Schulen hätten für die Inklusion eigene Ressourcen, hier stehe Hamburg gut da. Der Anstieg des Bedarfs

an Schulbegleitung sei auch eine Nachwirkung von Corona und erlebe gerade einen Peak, für den auch in 2027 der Etat auf 44 Millionen Euro erhöht werde, so Bekeris. Nach künftigen Haushaltsplanungen gefragt, sagte sie, die Behörde gehe davon aus, dass nach ihren Kriterien nur 3.300 bis 3.400 Kinder eine Schulbegleitung brauchen. Sprich: Der Streit wird weitergehen.

Noch gar nicht bekannt in der Stadt ist, was anderen Schulbereichen blüht. So kündigte die Schulaufsicht drastische Einschnitte an Gymnasien an. Die Gymnasien würden gar zum „Sparschwein“ der aktuellen Haushaltsplanung und damit die Möglichkeit verlieren, ihrem Leitbild gerecht zu werden, kritisierten Christian Gefert und Arne Wolter von der Vereinigung der Leitungen Hamburger Gymnasien und Studienseminare (VLHGS).

So wird die Lehrer-Schüler-Relation an den Gymnasien verschlechtert. Dafür wird die sogenannte „Basisfrequenz“ für die Jahrgänge sieben bis zehn von 24 auf 25 erhöht. Das bedeutet, dass es 25 Kinder bedarf, damit eine Klasse Grundunterricht erhält. Auch wenn es mit einem Schüler Unterschied nicht nach viel klingt, ist dies de facto eine Kürzung um gut vier Prozent.

Die Anhebung dieser Basisfrequenz wurde erst 2020 im Hamburger „Schulfrieden“ von SPD, Grünen, CDU und FDP beschlossen. Ziel war, dass auch Hamburgs Gymnasien Kinder besser fördern können, etwa durch Teilungsstunden. Das wird nun einkassiert. Etwas irreführend ist, dass der Senat darauf insistiert, die bisherigen „Klassenhöchstgrenzen“ von 28 Schüler blieben ja bestehen. Denn das ist nur eine organisatorische Größe, die auch überschritten werden darf und wenig aussagt.

Noch deutlicher erhöht wird die Basisfrequenz für die Oberstufenkurse, und zwar sowohl an Hamburgs Stadtteilschulen als auch an den Gymnasien. Hier soll die Basisfrequenz künftig 24 statt bisher

22 Schüler betragen. Da ist eine Ressourcenkürzung von neun Prozent.

Dies wird laut Gefert und Wolter dazu führen, dass die Schüler nur noch in großen Kursen lernen und das Angebot verringert wird. Die ginge vor allem zu Lasten der Kurse in den Naturwissenschaften wie Physik und Chemie, die bisher auch eingerichtet werden, wenn sich wenige Schüler finden. „Es ist zu erwarten, dass an den Gymnasien die Vielfalt der Angebote in den Naturwissenschaften einbricht“, warnen die beiden Schulleiter. Dies sei ein „veritables Risiko“ für den Wissenschaftsstandort Hamburg.

Doch auch die Kürzung in den Klassen sieben bis zehn werde spürbar sein, etwa durch Wegfall von Lernförderkursen.

Bei kleineren Gymnasien sei zudem mit einer Zusammenlegung von Klassen zu Größen mit weit über 28 Schülern zu rechnen. Zusätzlich erschwert werde die Lage durch eine Absenkung der Vertretungsreserve um 25 Prozent.

Die CDU-Schulpolitikerin Birgit Stöver sagte, größere Klassen seien in der heutigen Zeit „der vollkommen falsche Weg“. Es sei der Intervention der CDU zu verdanken, dass nicht auch noch die gesetzlichen Klassenhöchstgrenzen angehoben wurden, doch hier passiere eine „Sparmaßnahme durch die Hintertür“.

Ksenija Bekeris sagte, auf die Basisfrequenzen angesprochen, sie seien eine Herausforderung, „aber wir glauben, dass das die Gymnasien schaffen“.

Anzeige

genossenschaft



Valentin Ihßen, Beate Kesper
Genosse seit 2025, Genossin seit 2018

GENERATIONEN-KONFLIKTIVITÄT

Die taz lebt, weil ihr so seid wie wir: solidarisch.

Mit dem Generationenprojekt öffnen wir die Türen für junge engagierte Menschen, die in die Genossenschaft einsteigen wollen, denen aber das nötige Kapital fehlt. Ältere übernehmen dabei für sie den Anteil – und tragen so das Modell weiter, auf dem die taz beruht: gelebte Solidarität in einer generationenübergreifenden Gemeinschaft.

Helft mit, der nächsten Generation den Einstieg zu ermöglichen – und unserer taz den Rücken zu stärken. Alle Infos unter: taz.de/generationenprojekt